Arbeitsbeschaffung

durch

Erwerbslosenbeschäftigung

Zwei hilfswirtschaftliche Vorschläge der Professoren Graham und Lederer in ihrer allgemeinen Bedeutung.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde

genehmigt von der

Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin.

Von

Gerd Bollert

Dipl.-Volkswirt aus Berlin.

Tag der Promotion: 13. 7. 1934

Tag der mündlichen Prüfung: 9. 12. 1933.

Buch- und Kunstdruckerei Wilh. Postberg, Bottrop i.W.

1934

Referenten: Prof. Dr. August Müller
Prof. Dr. Ludwig Bernhard

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Gliederung.

Einleitung. 5

Hauptteil:

A) Die Bedeutung der Vorschläge:
1. Geschichtliches, 7
2. Inhalt der Pläne, 14
3. Zugrundeliegende Wirtschaftsanschauungen, 19
4. Vorbedingungen der Pläne:
a) lokaler Art, 22
b) temporaler Art. 24

B) Die Wirkungen der Pläne:
I. innerhalb der Hilfswirtschaft:
a) bei Grahams Corporation, 27
b) bei Lederers Erwerbslosenproduktion; 30

II. auf den freien Markt:
1. Versuch statischer Betrachtung:
a) Wirkungen auf den Arbeitsmarkt, 34
b) Wirkungen auf den Warenmarkt, 42
c) Wirkungen auf Geld- und Kapitalmarkt, 46
2. Einführung von Bewegungsmomenten:
a) Konjunktur und Geldmengenänderung, 56
b) technischer Fortschritt, 65
c) andere Bewegungsmomente; 68

III. Beeinflussung der Gesamtwirtschaft. 69

Schluß. 75

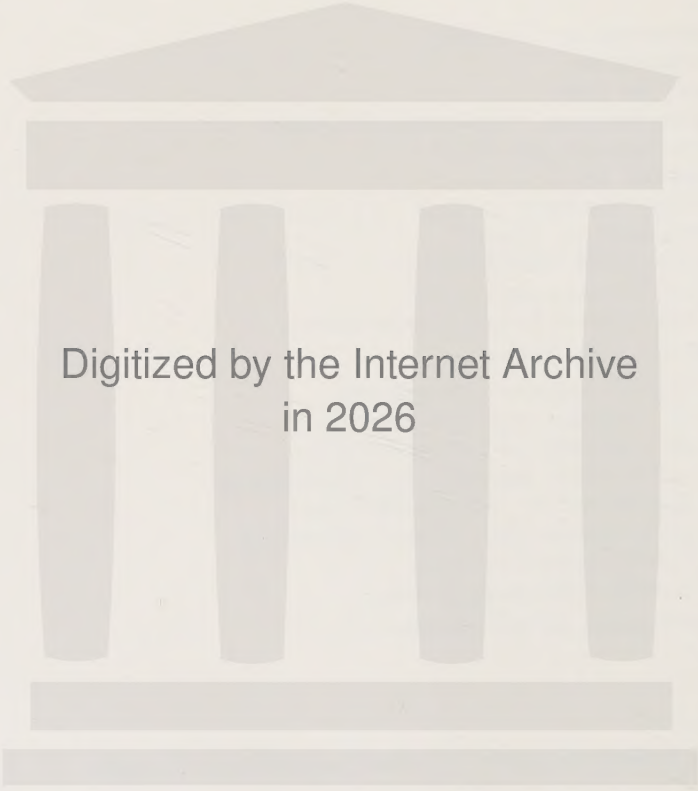
Anhang A:

Bestehende Selbsthilfegruppen mit hilfswirtschaftlichem Charakter. 77

Anhang B:

Unselbständige Hilfswirtschaften. 106

Literaturverzeichnis 110


Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41550810_0107

Einleitung.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen heute die Probleme der Arbeitsbeschaffung. Viele Millionen Menschen auf der ganzen Erde sind ohne Erwerbsmöglichkeit und leiden unverschuldet Not.

Es muß daher die dringendste Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft sein, alle mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Fragen klarzustellen und damit Wege zu einer Besserung zu weisen.

Daß sie diese Aufgabe vernachlässigt habe, kann man der sozialökonomischen Wissenschaft der letzten Jahre nicht nachsagen. Die Fülle der sozialpolitischen, finanz- und lohnpolitischen, handels- und agrarpolitischen Literatur, die Fragen der Arbeitslosigkeit aufzeigt, ist ungeheuer. Nur leidet die Mehrzahl dieser Veröffentlichungen an dem Fehler, über den Erfordernissen der Theorie die politischen Gegebenheiten und Notwendigkeiten zu vernachlässigen, so daß der praktische Wert der Untersuchungen minimal bleibt.

Unsere folgenden Darlegungen sollen ebenfalls einen Beitrag zur Lösung der Erwerbslosigkeitsfragen geben, und zwar einen bisher wenig beachteten Problemkreis, den einer „Hilfswirtschaft", anschneiden. Wir sind uns bewußt, daß wir damit nur einen schmalen Sektor aus den Fragen der Sozial- und allgemeinen Wirtschaftspolitik herausgreifen, wir glauben aber, daß diese Fragen einmal bedeutungsvoll werden können.

Unter „Hilfswirtschaft" verstehen wir eine Gütererzeugung, die neben der regulären Produktion besteht und nur subsidiären Charakter trägt. Eine Hilfswirtschaft ist somit eine Wirtschaft zweiten Ranges, eine Hilfsmaßnahme, die ein Wirtschaften zum Ziel hat.

Das Wort „Hilfe" hat jedoch in Verbindung mit „Wirtschaft" noch einen zweiten Sinn: Hilfswirtschaft ist eine Wirtschaft, die Hilfe bringt, Hilfe für die Erwerbslosen.

Mit Hilfswirtschaft werden also zugleich Art und Zweck der Wirtschaft bezeichnet.

Jede Hilfswirtschaft trägt fürsorgerischen Charakter, sie ist ein Ausdruck aktiver Sozialpolitik. In diesem weitesten Sinne wollen wir auch den Begriff „Arbeitsfürsorge" verstehen, den wir häufiger verwenden werden. „Arbeitsfürsorge" soll für uns jede auf Vermehrung oder Umschichtung der Erwerbsgelegenheit hinzielende Maßnahme sein, die von einer Gemeinschaft mit wirtschaftlichen Vollmachten (z. B. Staat, Genossenschaft) ausgeht.

Der hilfswirtschaftliche Gedanke hat den Inhalt, daß es möglich sein müsse, die Erwerbslosen mittels ihrer eigenen Arbeit zu erhalten.

Gegenüber dem allgemeineren Argument für Erwerbslosenarbeit, daß jede Arbeit Wert schaffe, daß die Unterhaltskosten des Arbeiters also aus dem Gegenwert seiner Arbeit bestritten werden könnten — der Gedanke, der z. B. dem Arbeitsdienst bei seiner ökonomischen Begründung zugrunde liegt —, bedeutet Hilfswirtschaft, daß der Erwerbslose vornehmlich oder ausschließlich für den eigenen Bedarf tätig sein soll.

Damit wir für unsere Erörterungen einen Rahmen schaffen, was zweckmäßig erscheint, wollen wir von den zahlreichen Vorschlägen, die für die Organisation einer solchen Hilfswirtschaft gemacht wurden, die beiden herausgreifen, die von den Professoren Frank D. Graham und Emil Lederer stammen. Wir werden an ihnen, als 2 Polen politischer Art, „Hilfswirtschaft" demonstrieren. (Die bestehenden oder ehemaligen deutschen und ausländischen Hilfswirtschaften werden wir im Anhang schildern, können auf die Problematik ihrer Zirkulationspolitik aber nicht weiter eingehen.)

Zu dem Streite „Freie Wirtschaft — gebundene Wirtschaft" werden wir keine Stellung nehmen, wir werden allein die Gegebenheiten der praktischen Wirtschaft zum Ausgangspunkt unserer Untersuchungen machen.

Wir werden versuchen, den wichtigsten Fragen, die eine Hilfswirtschaft aufwirft, gerecht zu werden, die Fülle der Probleme und der Rahmen einer Dissertation verbieten es uns aber, das Thema erschöpfend darzustellen; unsere Erörterungen müssen den Charakter einer „Studie" tragen.

A. Die Bedeutung der Vorschläge.

1. Geschichtliches.

Die Wiedereinsetzung an sich arbeitsfähiger Menschen in den Produktionsprozeß ist seit jeher das Bestreben der auf wirtschaftspolitische Aktivität bedachten Menschen gewesen. Staatspolitik und Sozialpolitik verbanden sich zu diesem Zwecke, und solange es Armenfürsorge gibt, ist ein Teil von ihr immer die Arbeitsfürsorge gewesen[1]). Zwar sind die Maßnahmen früherer Zeit noch nie so weitreichend und umfassend gewesen, wie die heute gültigen oder zum Vorschlag gebrachten, dennoch finden wir bei der Betrachtung der Vergangenheit manche interessante Parallele zu unserem Thema.

Angesichts der Fülle der Gedanken wollen wir nur die charakteristischen herausgreifen und zuvor folgende Gliederung geben:

a) die Arbeitsfähigen werden wieder in die laufende Produktion eingegliedert, oder

b) die Beschäftigung erfolgt in besonderen Arbeitsveranstaltungen. (Unter „besonderen Arbeitsveranstaltungen" sollen Organisationen verstanden werden, die vom Staat oder Fürsorgeträgern zur Arbeiterbeschäftigung begründet werden. Gleichfalls rechnen hierunter neu eingeführte, staatlich geförderte Gewerbe.)

Für unser Thema interessiert der Abschnitt b) in dieser allgemeinen Fassung weniger. Vornehmliches Interesse besitzt eine Unterabteilung, die staatlicherseits unterstützten Arbeitsstätten, in denen die Arbeitslosen in erster Linie für ihren eigenen Konsum tätig werden. Wir werden diese Form gesondert unter c) betrachten.

a) Mit der Wiedereingliederung von Arbeitskräften in die laufende Produktion ist gleichbedeutend ihre Belassung in der Produktion während einer Krisenzeit. Naturgemäß werden sich hierzu in der mittelalterlichen Bedarfsdeckungswirtschaft kaum Beispiele finden lassen, erst mit dem Wachsen kapitalistischer Formen entstehen in größerem Umfange Freisetzungen von Arbeitskräften. Bereits 1528 findet sich in England eine Aufforderung des Geheimen Rates (Privy Council), daß die Lohnarbeiter im Bekleidungsgewerbe verschiedener Grafschaften auch in Zeiten einer Handelsdepression Beschäftigung finden sollten, ihre Arbeitgeber müßten dafür Sorge tragen[2]) [3]).

---

[1]) Vgl. Soziale Praxis 1927 Sp. 653 Dr. Erna Hamann-Berlin, „Arbeitsfürsorge".

[2]) Aus: S. u. B. Webb. English Poor Law History 1927 Vol. 1 p. 189.

[3]) Vgl. dazu die 300 Jahre späteren Forderungen von J. D. Lawätz (Ueber die Sorge des Staates für seine Armen und Hülfsbedürftigen, Altona 1815 S. 179—81) u. Sismondi (Nouveaux Principes 1827 II. S. 661).

Im übrigen lag im 16. Jahrhundert die Arbeitsfürsorge, wie überhaupt die gesamte Armenversorgung, noch ausschließlich in den Händen der Kirche. Für die Diakone bestand die Verpflichtung, sich bei den Innungsmeistern für die gesunden, aber arbeitslosen Armen nach Arbeit umzusehen [4]).

In Cornwall gab es 1597 die Sitte [5]), daß sich die Armen, die sich nicht selbst Arbeit zu verschaffen wußten, am Schluß des Gottesdienstes in der Kirche aufstellten, um sodann einem Haushalte für eine Woche zugewiesen zu werden, wo sie gegen Arbeitsleistung erhalten werden mußten.

Dieses Prinzip der Arbeitsfürsorge lebte später wieder auf, in England als „Roundsman system" [6]), in Norwegen [7]) unter dem Namen „Laegd", in Steiermark als „Einlege" [8]).

Vor der Reform der Armengesetze von 1834 fand sich in England auch eine Form der Verauktionierung der Arbeitskräfte [9]) und ein System zwangsweiser Beschäftigung aller in einer Gemeinde ansässigen Arbeitskräfte zu vorher für jeden Arbeiter genau festgelegten Löhnen [10]).

Von Interventionen der Armenbehörden bei Arbeitgebern zugunsten einer Einstellung von Arbeitslosen nennen wir Hamburgs Armenanstalt von 1791 [11]), Kopenhagens Armengesetz von 1799 [12]) und Elberfelds Armenpflege in der Mitte des 19. Jahrhunderts [13]).

Von staatlichen Interventionen aus neuester Zeit seien das deutsche und das dänische Stillegungsverbot und das österreichische Gesetz erwähnt, das die Betriebe mit über 15 Arbeitskräften zwang, ihre Beschäftigtenzahl um 20 % zu erhöhen [14]). Alle drei Gesetze sind nach dem Weltkriege erlassen.

Darlehnshingabe der Armenfürsorge, d. h. Ueberlassung von Kapitalsverfügung an Arme, ist auch eine Methode der Wiedereinsetzung Arbeitsloser in die Produktion. Schon in den Augsburger Ordnungen des 15. Jahrhunderts [15]) sind Darlehen an arme Handwerker, in den englischen Armengesetzen vor der Regierung Elisabeths [16]) ist

---

[4]) Aus: Handwörterb. d. Staatsw. 2. Aufl. Bd. I Art. „Armenwesen" S. 1064 (Dr. Uhlhorn).

[5]) Webb, a. a. O., p. 87.

[6]) Vgl. Webb, a. a. O., pp. 189—92.

[7]) Vgl. Emminghaus, Armenwesen, 1870, S. 574.

[8]) Vgl. Münsterberg, Das ausländische Armenwesen. Schriften d. deut. Vereins für Armenpflege u. Wohltätigkeit, 1898, H. 35, S. 15.

[9]) Vgl. Webb, a. a. O., p. 193.

[10]) Vgl. Webb, a. a. O., pp. 193—95.

[11]) Vgl. v. Voght, Ueber die Hamburgische Armenanstalt v. J. 1788—94, Lüneburg 1832, S. 28/29.

[12]) Vgl. § 40 des Gesetzes über das Armenwesen in Kopenhagen von 1799.

[13]) Schriften d. dt. Vereins f. Armenpflege u. Wohltät. 1899, H. 43, S. 14 (Buehl).

[14]) Vgl. Der Oesterreichische Volkswirt 19. Jg. H. 3 S. 75 ff. (Franz Wlcek).

[15]) G. Schmoller, Die soziale Frage. 1918, S. 329.

[16]) Nach Macfarlan, Unters. üb. d. Armuth, Leipzig 1785, S. 52.

die Verschaffung von Materialien zu den Arbeiten, die den Armen noch möglich wären, in der Hamburger Bugenhagenschen Kirchenordnung von 1529[17]) ist die Zahlung zinsloser Vorschüsse für arme und fromme Handwerker vorgesehen.

Im Hamburger Armenwesen von 1788[18]) bestand für jeden redlichen verarmten Mitbürger die Möglichkeit, ein Darlehen oder Handwerkszeug zu erhalten. Sachkapitalüberlassung seitens der Armenbehörde finden wir in einer Reihe deutscher Städte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wieder[19]).

Von publizistischen Arbeiten wollen wir die Schriften Resewitz'[20]) und Sir Egerton Brydges'[21]) nennen. Ersterer meint, daß es lediglich am Nachweis von Arbeit fehle, Kirche und Staat müßten daher in dieser Aufgabe zusammenarbeiten; letzterer schlägt die Beschäftigung der Arbeitslosen in der Landwirtschaft vor. Nicht nur deren Unterhalt werde dadurch sichergestellt, sondern auch die Industrie werde dadurch angeregt werden. Die Mehrproduktion in Landwirtschaft und Industrie werde im Verlauf weniger Jahre ein neues Gleichgewicht ergeben.

b) Die Schaffung „besonderer Arbeitsveranstaltungen"[22]) erfordert mehr Organisationsaufwand und ist meist auch kostspieliger als die bloße Einsetzung oder Festhaltung der Arbeiter in der laufenden Produktion. Mit Recht darf also Leopold Krug sich gegen Arbeitsanstalten wenden[23]), weil die Gefahr einer Kapitalfehlleitung durch die Fürsorgebehörde nahe liegt. Entweder nämlich werden Privatfabrikanten durch die Erzeugnisse der Arbeitslosen, die auf den Markt kommen und bei denen nach Meinung Garves[24]), v. Reitzensteins[25]) und anderer nicht auf volle Rentabilität gesehen zu werden braucht, um ihren Absatz gebracht, oder aber die Waren der Arbeitslosen sind derart, daß sie keiner Nachfrage begegnen, also keinen Absatz finden[26]).

Es wird heutigen Tags noch sehr viel schwieriger sein als in früheren Zeiten, ein Gewerbe für die Arbeitslosen zu begründen, das sowohl die Privatwirtschaft nicht berührt, als auch einen neuen Bedarf

---

[17]) von Melle, Die Entwicklung des öffentlichen Armenwesens in Hamburg, 1883, S. 13.

[18]) v. Voght, a. a. O. S. 25, 45.

[19]) Vgl. Schriften d. dt. V. f. A. u. W., H. 43 S. 15 (Buehl); H. 42 S. 30 (Kayser), 1899.

[20]) Ueber die Versorgung der Armen, Kopenhagen 1769, S. 93/94.

[21]) In: The Pamphleteer Vol. XI. pp. 139 ff.; besonders pp. 144/45, 160, 141 Anm. 1.

[22]) s. o. S. 7.

[23]) Zu den liberalen Gegnern gehört auch der Sozialpolitiker Emil Münsterberg; vgl. „Die deutsche Armengesetzgebung" 1887, S. 409, 509—16 und Schr. d. dt. V. f. A. u. W. H. 5, 1887, S. 82—84.

[24]) Christian Garve, Anhang einiger Betrachtungen über J. Macfarlans Untersuchungen, Leipzig 1785, S. 117.

[25]) Schr. d. dt. V. f. A. u. W., H. 4, S. 23.

[26]) Macfarlan (Untersuchungen über die Armuth) schildert schon diese Gefahren am Beispiel der Städte Lille und Valenciennes. S. 389.

zu wecken und also Absatz zu finden vermag. Es bleiben dann nur Arbeiten für öffentliche Zwecke und solche, die so unproduktiv sind, daß sie keinen Gegenstand der privaten Konkurrenz bilden [27]). Weiterhin drittens Arbeiten zur Befriedigung des Arbeitslosenbedarfs selber. Georg Adler [28]) betont schon 1894 die Wichtigkeit und Ausdehnungsfähigkeit dieses Zweigs der Arbeitsfürsorge, welchen wir unter c) gesondert behandeln wollen.

Schon Johann Ludwig Vives, der erste Befürworter eines organisierten Armenwesens, der mit seiner zuerst 1532 erschienenen Abhandlung „De subventione pauperum" großen Einfluß ausübte, erklärt es für eine Notwendigkeit, den arbeitsfähigen Armen Arbeit zu geben. Er schlägt vor, sie in leicht lernbaren Gewerben anzusetzen und bei dem Gemeinwohl dienenden Arbeiten zu beschäftigen [29]).

England ist das Land, welches am frühesten eine systematische Beschäftigung arbeitsfähiger Armer ausbildete: Schon ein Statut Richard II. von 1388 befiehlt, daß die arbeitsfähigen Armen in ihrer Heimat Arbeit leisten müssen [30]); seit 1576 wiederholen die Armengesetze „immer wieder die Mahnung an die Friedensrichter und an die Armenaufseher, sie sollten die unbeschäftigten Arbeitsfähigen zur Arbeit setzen, Vorräte an Flachs, Hanf, Wolle, Zwirn und Eisen zur Beschäftigung der Arbeiter kaufen" [31]). Werkhäuser, d. h. Institutionen der geschlossenen Armenpflege entstehen jedoch erst später. Das erste in England wurde 1697 in Bristol eröffnet [32]). Vorher gab es lediglich Korrektionsanstalten für Bettler.

Italien hatte schon im 16. Jahrhundert Arbeitshäuser für Arme gehabt [33]).

Im 18. Jahrhundert nehmen die Beschäftigungsveranstaltungen für Arme zu. Das Spinnen erwies sich als geeignet, um Anstalten zur Beschäftigung der Armen zu begründen. Diese entstanden entweder in geschlossener Form als Spinnarbeitshäuser und Spinnstuben [34]), oder in offener Form, indem man Spinnräder, die im Eigentum der Armenbehörde blieben, den Armen nach Hause lieh [35]).

Im 19. Jahrhundert, in dessen zweiter Hälfte fast alle europäischen Staaten Anstalten getroffen hatten, um Arme durch Gewährung von Arbeit zu unterstützen, trat das Spinnen hinter kleineren und

---

[27]) Nach v. Reitzenstein, Schr. d. dt. V. f. A. u. W., Heft 4, S. 23.

[28]) Ueber die Aufgaben des Staats angesichts der Arbeitslosigkeit, Tübingen 1894, S. 35.

[29]) Vgl. J. Ludovicus Vives. Opera omnia. Valencia 1789, Vol. 4, pp. 471 ff.

[30]) Nach: Emminghaus, Das Armenwesen, Berlin 1870, S. 7.

[31]) Aus G. Schmoller, a. a. O. S. 427.

[32]) Nachdem Stanley (Remedy) die Errichtung eines solchen 1646 empfohlen hatte. Aus: W. Roscher, „System der Armenpflege und Armenpolitik", 1906, S. 231.

[33]) Roscher, a. a. O. S. 230.

[34]) z. B. Kopenhagen seit 1799.

[35]) So waren von 1788—1794 in Hamburg 3354 Spinnräder ausgegeben worden. (Vgl. v. Voght, a. a. O. 1832, S. 31).

unproduktiveren Arbeiten ganz zurück, wie z. B. Holzzerkleinern, Steinklopfen, Rohrflechten, Nähen und Ausbessern von Decken, Zupfen von Werg, Lesen von Hülsenfrüchten u. a. m.[36]).

Die allgemein wirtschaftlich sehr viel wichtigere Art, Arbeitslose zu beschäftigen, ist die Begründung von Arbeitsmöglichkeiten für Depressionszeiten. Sir Matthew Hale hat wohl das Verdienst, als Erster im Jahre 1684 auf diese Seite der Arbeitsfürsorge hingewiesen zu haben, indem er schrieb: „It would be a great help to the poor, in a time of scarcity of work, although it should lie still in a time of plenty of work“ [37]) [38]).

In die Praxis umgesetzt wurde dieser Gedanke zuerst 1858 von der Stadt Elberfeld, die die Arbeitslosigkeit, die im Verlauf der von Amerika ausgegangenen Handelskrise eingetreten war, mit Erfolg durch Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten bekämpfte [39]).

Heute ist diese Form der Arbeitslosenbeschäftigung in der ganzen Welt verbreitet [40]).

Nur wenig älter als die ersten öffentlichen Arbeiten ist die erste Genossenschaftsbildung. Im Genossenschaftswesen drückt sich der Selbsthilfegedanke aus, es soll die Möglichkeit der Kapitalverfügung für die Teilnehmer vergrößert, die allgemeine Beschäftigung also gefördert werden.

Der Selbsthilfearbeits-Gedanke hat unter den Erwerbslosen erst in letzter Zeit Fuß gefaßt; wir erörtern die gegenwärtigen Versuche im Anhang [41]).

c) Die Versorgung der Arbeitslosen dadurch, daß man ihnen die Möglichkeit gibt, für ihren eigenen Konsum zu arbeiten, kann als eine ausschließliche oder eine zusätzliche Versorgung gedacht sein. Naturgemäß ist der letztere Typ der häufigere, in ihm zeigt sich vornehmlich die Fürsorge aus Wohltätigkeit, weniger der ordnende Wirtschaftsgeist,

---

[36]) Vgl. dazu Schr. d. dt. V. f. A. u. W., H. 4, S. 14; H. 43, S. 20/24; H. 35 u. 52.

[37]) Zitiert nach: M. Hale, The Works, Moral and Religious, herausg. v. Thirlwall; London 1805, Vol. 1 p. 533.

[38]) Im übrigen ist Hale ganz Kind seiner Zeit: als Merkantilist will er durch Aufbau und Erweiterung eigener Industrien Importe überflüssig machen und die Armen auf diese Weise beschäftigen. Vgl. S. 527.

[39]) Nach Reitzenstein, a. a. O. S. 14.

[40]) Vgl. zu diesem Problem das vom Internat. Arbeitsamt Genf herausgegebene Buch „Arbeitslosigkeit und Oeffentliche Arbeiten“, Studien und Berichte, Reihe C Nr. 15, Genf 1931.

[41]) Die Geschichte von Vorformen derjenigen Selbsthilfegruppen, die wir im Anhang A schildern, müssen wir in unserer Arbeit außer acht lassen. Wir verweisen deshalb auf folgende Literatur: The Survey Graphic, New York, Vol. 22, No. 3, Febr. 1933, p. 106 (Jacob Baker);
William B. Weeden, Economic and social history of New England, 1620 bis 1789, Boston and New York 1890, Vol. I p. 318, Vol. II pp. 474 ff., spez. pp. 485—87, 490—91;
Joseph B. Felt, Massachusetts Currency, Boston 1839, pp. 47, 97 ff., 159;
Gide-Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, 1913, S. 337, 347—60.

der vorherrscht, wenn man bestrebt ist, den Arbeitslosen vollständige Lebensmöglichkeiten zu schaffen.

Die zusätzliche Versorgung der Arbeitslosen kann sich auf Nahrungsmittel oder Bekleidung erstrecken. Das Nahrungsbedürfnis als dringenderes hat auch in der Literatur den Vorrang. Resewitz fordert [42]) zum Zwecke der besseren Ernährung verarmter Familien Ueberlassung eines Stücks Gemeinacker. Rochow tritt dafür ein, Armen Brachland zwecks Bebauung zur Verfügung zu stellen, wie er es auf seinen Gütern bereits mit Erfolg getan habe [43]).

In den Vereinigten Staaten von Amerika sind seit 1894 — zuerst in Detroit, dann folgten bald zahlreiche andere Städte — Parzellen ungenutzten Landes an Arbeitslose gegeben worden [44]). Diese Maßnahmen waren zuerst lediglich als Verbesserung der Arbeitslosenernährung gedacht. Es entstand jedoch bald der Wunsch, die überschüssige Ernte, etwa von Gemüse, auf den Markt zu bringen; dabei wurden Befürchtungen laut, daß die Arbeitslosenprodukte in „unlauteren Wettbewerb" mit Erzeugnissen der ansässigen Gärtner und Bauern treten würden. Der Markt nahm jedoch das vergrößerte Angebot auf, es wurden sogar für die frische Ware vom Arbeitslosenlande höhere Preise, als sonst üblich, geboten [45]).

Seit dieser Zeit sind in so vielen Ländern Arbeitergärten und Stadtrandsiedlungen entstanden, daß es unmöglich ist, an dieser Stelle näher auf die neuere Geschichte dieser sozialen Einrichtung einzugehen.

Als Beispiele für Bekleidung der Armen unter Verwendung von Armenarbeit seien folgende genannt: Hamburg sorgte durch seine Allgemeine Armenanstalt seit 1788 für die Bekleidung seiner Armen, die Hemden und Kleider wurden durch Arme angefertigt [46]). Innerhalb der französischen Nationalwerkstätten von 1848 [47]) wurden Fachwerkstätten für Schuhmacher und Schneider errichtet. Das Ergebnis dieser Arbeit wurde zu billigen Preisen an die an Bekleidung notleidenden Arbeiter der Nationalwerkstätten abgesetzt.

Im Anfang dieses Jahrhunderts wurde in Frankfurt am Main eine Werkstatt für arbeitslose Schuhmacher und Schneider eingerichtet. Die Arbeit bestand in Flickarbeit und Anfertigung neuer Sachen, beides im Auftrag durch das Armenamt. Die Leistungen waren leidliche [48]).

---

[42]) Resewitz, a. a. O. S. 89.

[43]) Friedrich Eberhard v. Rochow: Versuch über Armen-Anstalten. Berlin 1789, S. 71.

[44]) Vgl. Münsterberg: Das ausländische Armenwesen, Schr. d. dt. V. f. A. u. W., H. 35, S. 53—55; Roscher, a. a. O. S. 249.

[45]) Münsterberg, a. a. O. S. 55.

[46]) Vgl. v. Voght, a. a. O., S. 23.
Von Melle, a. a. O. S. 154, bestätigt für das Jahr 1832 diese Praxis der Hamburger Armenbehörde, auch Betten wurden damals angefertigt und zur Verteilung gebracht. Für die Jahre nach 1835 vgl. S. 168.

[47]) Vgl. den Artikel von Lexis im HwSt. 1. Aufl. Bd. 5 S. 11.

[48]) Nach: H. Lindemann, Arbeiterpolitik und Wirtschaftspflege i. d. dt. Städteverwaltung. I. Bd. Arbeiterpolitik, Stuttgart 1904, S. 156.

Auch die interessante sogenannte „Gröba-Aktion“ [49]) vom Herbst 1920 kann in diesem Zusammenhang Erwähnung finden, obwohl die Bekleidungswaren, die an die Arbeitslosen gegeben wurden, nicht direkt aus Arbeitslosenarbeit stammten. Die Gröba-Aktion bedeutete die Abnahme großer Fabrikvorräte der reußischen Textilindustrie durch ein Konsortium und Absatz an Arbeiter und Arbeitslose unter Zuschuß des Staates zwecks Verbilligung der Textilien. Die Textilfabrikanten hatten dafür „die Pflicht, mindestens die Anzahl von Arbeitsstunden, die zur Herstellung der abgenommenen Waren nötig waren, unter Beschäftigung Erwerbsloser auf die Herstellung gleichartiger Waren zu verwenden“ [50]).

Daß Arbeitslose außer Kleidung und Nahrung sich auch andere Lebensnotwendigkeiten durch ihre Arbeit beschaffen, ist wohl erst ein Ergebnis der neuesten Zeit.

Die Beschaffung des gesamten Arbeitslosenkonsums durch eigene Tätigkeit der Arbeitslosen ist unseres Wissens zum ersten Male von Friedrich Eb. v. Rochow gefordert worden [51]).

Dieser schrieb in den Punkten 14 und 15 seiner Grundsätze: „Darum müssen die Armen nach ihrer Tauglichkeit und ihren Kräften zunächst für die Armen arbeiten. Z. E. der arme Schuster macht die Schuhe, der arme Schneider die Kleidungsstücke, wer nähen kann, die Hemden, wer stricken kann, die Strümpfe, wer spinnen kann, spinnt ec. Selbst die Armenaufseher und Krankenwärter müssen unter den bestgesinntesten der Armen gewählt werden“ [52]). In einem Kreis-Arbeitshause sollen alle Armen-Arbeiten zusammentreffen [53]).

Aehnlich Rochow will Lawätz [54]) die Armen für ihren Verbrauch arbeiten lassen und sorgt dabei für Kleidung und Nahrung. In möglichster Nähe des Orts will er jedem Armen ein kleines Stück Land zuweisen.

Lawätz befaßt sich im weiteren [55]) auch mit dem Segen von Landarbeitskolonien, den er hervorhebt, indem er auf die Volkswirtschaftlichkeit der allgemeinen inneren Kolonisation hinweist.

In der Praxis sind Landarbeitskolonien zuerst von Frhr. v. Vogt in Kleinflottbeck bei Hamburg und vom Herzog von Larochefoucauld errichtet worden, in größerem Maßstabe sodann von General van den Bosch 1818 in Holland [56]).

---

[49]) Vgl. Lothar Pommernelle, Die Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Jena, Diss. 1929.

[50]) Aus: L. Pommernelle, Die Notstandsarbeiten, a. a. O. S. 94.

[51]) F. E. von Rochow, Versuch über Armen-Anstalten, Berlin 1789, S. 23.

[52]) Rochow bemerkt, S. 68 des Buchs: „Es gibt ja auch arme Juristen“.

[53]) Punkt 23, S. 25.

[54]) J. D. Lawätz, Ueber die Sorge des Staats für seine Armen und Hülfsbedürftigen. Altona 1815, spez. S. 192—96.
Die unentbehrlichsten Lebensmittel, glaubt er, könne sich jeder Arme selbst zubereiten, vorausgesetzt, daß es an jedem Orte, wo viele Arme sind, an einer Anstalt zur Rumfordschen Suppe nicht fehle. (S. 196).

[55]) S. 262 ff.

[56]) Vgl. Georg Adler, Ueber die Aufgaben des Staats, a. a. O. S. 26; Meyers Lexikon, 6. Aufl. 1905, Bd. I S. 680,81.

Die erste deutsche Arbeiterkolonie entstand erst 1882 unter Leitung von Pastor von Bodelschwingh. Innerhalb der deutschen Arbeitskolonien ist es die Regel, daß die Arbeitslosen vornehmlich für ihre eigenen Bedürfnisse tätig werden [57]).

Durch Zusammenarbeit mehrerer Kolonien kann in der Arbeitslosenkonsumgüterproduktion sogar eine Arbeitsteilung entstehen.

2. Inhalt der Pläne.

Im August 1932 veröffentlichte Professor Frank D. Graham von der Princeton University, New Jersey, U. S. A., seinen Vorschlag zur Behebung der Arbeitslosigkeit unter dem Titel „The Abolition of Unemployment" [58]).

In einer bis aufs letzte durchgedachten Organisationsform will er die drei Produktionsfaktoren Unternehmerinitiative, Kapital und Arbeit [59]) zu allgemeiner Produktionsbelebung zusammenbringen. Zu diesem Zwecke, so führt er aus, müsse von tüchtigen Geschäftsleuten eine Gesellschaft, die Emergency Employment Corporation, gegründet werden [60]). Sie solle nicht auf Gewinn gerichtet sein, sondern die Aufgabe haben, einerseits Erwerbslose zu verpflichten, um sie für ihren Konsum arbeiten zu lassen, andererseits mit industriellen Unternehmern — die Landwirtschaft scheidet aus Grahams Organisation aus, da es auf dem Land fast keine Arbeitslosen gäbe [61]) — Verträge abzuschließen, in denen in freiem Wettbewerb Preise für die Mitbenutzung der Fabrikanlagen seitens der durch die Corporation verpflichteten Arbeitslosen sowie für die Nutzung der Unternehmertätigkeit festgesetzt würden [62]). Dem Unternehmer würde dabei allerdings keinesfalls die relative Vergrößerung der fixen Kosten, die infolge sinkender Konjunktur und Deflation eingetreten sei, zum Nachteil der Arbeiter erstattet werden [63]). Gänzlich stilliegende Betriebe zu übernehmen und in Betrieb zu setzen, soll, wenn möglich, vermieden werden [64]).

Die Corporation liefert nun die Rohstoffe für die Produktion der Erwerbslosen an die Fabriken und übernimmt die Entlohnung der Erwerbslosen [65]) mit eigens dafür ausgegebenen Gutscheinen [66]).

Diese Gutscheine werden in Einzelhandelsgeschäften, die sich bereit erklärt haben, die Warenvermittlung gegen die übliche Ver-

---

[57]) Frhr. v. Reitzenstein, a. a. O., S. 12;
Georg Adler, Aufgaben des Staats usw., a. a. O., S. 35.

[58]) Graham beansprucht keine Originalität für seine Idee, sie sei das elementarste Gemeinschaftsgefühl (common sense). Vgl. „The Abolition of Unemployment", pp. V—VI.

[59]) Abolition of Unemployment, p. 8.

[60]) Ab. o. Unempl., p. 14.

[61]) Abolition of Unemployment, pp. 23—24, 58.

[62]) pp. 15, 20.

[63]) p. 82.

[64]) p. 19.

[65]) pp. 19—20.

[66]) p. 15.

dienstspanne zu übernehmen [67]), gegen Waren eingetauscht, die von den ehemals Erwerbslosen produziert sind.

Das geltende System der geldlichen Beziehungen wird als Basis für alle Geschäftsvorgänge genommen [68]). Jeder Gutschein repräsentiert zweckmäßigerweise den Wert einer Arbeitsstunde eines ungelernten Arbeiters [69]), die Lohnhöhe unter den Arbeitern der Corporation ist relativ dieselbe wie bei regulär beschäftigten Arbeitern; absolut hängt der Gutscheinwert von dem Wert der Erwerbslosen-Produktion ab [70]). Er bestimmt sich durch die einfache Division des gesamten Wertes der Erwerbslosenproduktion in Dollar durch die Zahl der im gleichen Zeitraum ausgegebenen Gutscheine. Von der Höhe dieser Kaufkraft werden alle Verteilungsstellen jeweils benachrichtigt [71]).

Um jedoch zu verhindern, daß die Fluktuationen des Gutscheinwertes von Woche zu Woche allzu groß sind, soll die Corporation bei den Produzenten [72]) in gewissem Umfange Vorräte halten. Das bedeutet, daß in den ersten Produktionswochen die Corporation ihren Arbeitern nicht den vollen Produktionsanteil zugestehen darf, den Gutscheinwert also zunächst niedriger ansetzen muß [73]).

Ermöglicht werden durch solches Verfahren auch Ratenkäufe der Arbeiter [74]).

Die Gutscheine sollen datiert sein und monatlich 5 % ihrer Kaufkraft verlieren, damit die Nachfragemenge ungefähr stabil bleibt. Schwankungen im Charakter der Nachfrage hat selbstverständlich der Handel auszugleichen, dem es obliegt, zu beobachten, welche Waren sich rasch, welche sich langsam verkaufen; demgemäß sind Arbeiter der Corporation von einer Produktion auf eine andere zu überführen. Die Nachfragerichtung läßt sich auch vorher schon durch Erkundigungen bei den Arbeitern und durch im voraus erteilte Aufträge bestimmen [75]).

Die Corporation hält zweckmäßigerweise außerdem eine kleine Reserve an geschickten Arbeitskräften, um ein ungenügendes Warenangebot schneller vermehren zu können [76]).

Gutscheininhaber, die zuerst ihr Kaufrecht ausüben, werden jedenfalls größere Auswahl haben als die erst später kommenden. Hortungen sind damit praktisch unmöglich gemacht.

---

[67]) pp. 16, 20, 21.
[68]) p. 15.
[69]) p. 16.
[70]) pp. 15, 19.
[71]) p. 16.
[72]) p. 25.
[73]) pp. 16—17.
[74]) pp. 24—25.
[75]) pp. 17—18.
Durch vollständige Haushaltrechnungen, die das U. S. Bureau of Labor Statistics in einer Zahl von über 12 000 Stück gesammelt hat, ist auch die Nachfragerichtung der Arbeiter im wesentlichen bekannt. Vgl. A. o. U., p. 50.
[76]) Abolition of Unemployment, pp. 18—19.

Die Unternehmer sollen über die bei ihnen tätigen Arbeiter der Corporation ein Aufsichts- und Anordnungsrecht, ja sogar die Befugnis haben, sie zu entlassen [77]).

Der Produktionsanteil, den der Unternehmer an die Corporation abzuliefern hat, bestimmt sich, ebenso wie der von der Corporation zu liefernde Rohstoffanteil, nach dem Lohnsummenverhältnis zwischen den privat beschäftigten und den von der Corporation gestellten Arbeitern, wobei fingiert wird, daß die Entlohnung letzterer in bar erfolge. Unterschiede in der Effizienz der regulären und der Corporation-Arbeiter werden bei der Bemessung des Gehalts berücksichtigt, welches die Corporation an den Unternehmer (s. o.) zahlt [78]).

Muß nun die Corporation Zahlungen in bar leisten, etwa an Unternehmer — im Fall, daß diese nicht einverstanden sind, Bezahlung in Form der in ihrem Betrieb gewonnenen Produkte anzunehmen [79]) —, für Importwaren oder für Rohstoffe, die sie selbst nicht erzeugen kann, so ist sie genötigt, zuvor Gutscheine, eventuell mit einem Disagio, zu veräußern. Sie wird deshalb gut daran tun, für einen möglichst großen Markt zu sorgen, an dem Gutscheine umgesetzt werden können [80]). Landwirten wird sie beim Ankauf von Agrarprodukten eine Preisprämie zugestehen, damit sie Gutscheine annehmen [81]). Es ist wünschenswert, daß sich Steuern [82]) und Transportkosten [83]) gleichfalls mit Gutscheinen bezahlen lassen. Da das für Behörden und Eisenbahnen vielfach reine Mehreinnahmen sein werden, werden die Beamten dieser Institute nicht mehr Lohnkürzungen zu fürchten brauchen, wenn sie sich zum Teil in Gutscheinen bezahlen lassen. Ebenfalls könnte ein Teil des Regierungsbedarfs mit Gutscheinen von der Corporation erworben werden [84]).

Eine Schwierigkeit besteht auch für die Arbeiter der Corporation: ihre Mietzahlungen werden sie nur selten in Gutscheinen leisten können, werden also genötigt sein, Gutscheine gegen Bargeld zu verkaufen [85]).

Die nach einigen Anlaufsschwierigkeiten, welche sich durch Verwendung eines gewissen Barbetrages [86]) (eines kleinen Teiles der gegenwärtigen Kosten der Arbeitslosigkeit) stark vermindern lassen, schnell zunehmende Wiederbeschäftigung von Erwerbslosen wird auch die Nachfrage nach Produktionsmitteln anregen. Die Hälfte bis zwei Drittel der Kapitalgüterindustrie ist ja ohnehin stets für den Ersatzbedarf an Kapital tätig [87]). Die seitens der Corporation beschäftigten

---

[77]) p. 19.
[78]) p. 20.
[79]) p. 22.
[80]) pp. 22—24.
[81]) p. 24.
[82]) p. 23.
[83]) p. 21.
[84]) p. 23.
[85]) p. 22.
[86]) p. 29.
[87]) p. 45.

Arbeiter haben zwar keine direkten Sparmöglichkeiten [88]), es ist aber wahrscheinlich, daß die Inhaber von Gutscheinen, die gegen bar gekauft oder die als Rente für die Benutzungen der Fabrikanlagen empfangen sind, diese z. T. für Produktionsmittel verwenden werden [89]). Trotzdem wird es nötig sein, einen kleinen Teil der Erwerbslosen, die ehemals in gewissen Produktionsmittel- oder Exportindustrien tätig gewesen sind, umzuschulen, denn die Krise hängt mit einer übergroßen Ausdehnung der Produktionsmittelindustrien zusammen [90]).

Die von der Corporation beschäftigten Arbeiter werden kaum dieselbe produktive Leistung wie die regulär beschäftigten erbringen; sie werden deshalb auch nicht denselben Reallohn erhalten. Dennoch besteht für sie der Anreiz, freiwillig unter den oben geschilderten Umständen zu arbeiten, da ein kleines Einkommen zweifellos besser ist, als kein Einkommen [91]). Für die Unternehmer wiederum ist es günstig, mit der Corporation Kontrakte über die Aufnahme von neuen Arbeitern in ihren Betrieb abzuschließen, da sie dann in der Lage sein werden, ihre Betriebe besser auszunutzen, d. h., daß ihre Kosten pro Einheit des Produkts sinken. Außerdem beziehen sie ja noch die Vergütungen für ihre Dienstleistungen. Selbstverständlich bleibt ihnen die Freiheit erhalten, ihren eigenen Arbeitern wie bisher zu kündigen oder die Arbeiter der Corporation auf eigene Rechnung zu übernehmen [92]).

Bei Belebung der allgemeinen Geschäftstätigkeit und Wiederkehr des Vertrauens wird letzteres wahrscheinlicher sein. Ein Organisationsgerippe der Corporation soll jedoch jedenfalls für spätere schlechte Zeiten bestehen bleiben [93]).

Besondere Vorteile wird die Landwirtschaft von diesem Plane haben. Die sogenannte Preisschere, das Mißverhältnis in der Preisbewegung zwischen industriellen und agrarischen Waren, wird sich allmählich schließen, damit wird eine Hauptwirkung der konjunkturellen Stockung aufgehoben [94]) [95]).

Professor Emil Lederer veröffentlichte seinen Vorschlag zur Erwerbslosenhilfe im Anfang des Jahres 1932 in dem Buch „Planwirtschaft", S. 12—16, und im „Berliner Tageblatt", 6. 2. 1932 Morgenausgabe.

---

[88]) p. 28.
[89]) p. 27.
[90]) pp. 26, 52—53.
[91]) p. 28.
[92]) pp. 19, 27.
[93]) p. 27.
[94]) pp. 43, 25—26, 44.
[95]) Graham versteift sich nicht auf seine speziellen Organisationsvorschläge: er ist bereit, jeden Vorschlag zu befürworten, der
1. automatisch Absatzmärkte eröffnet,
2. allgemeine Geschäftsverluste unmöglich macht und
3. Hortungen ausschließt.
Vgl. Graham, Ab. o. Un., p. 87.

Neben die kapitalistische Verkehrswirtschaft will er planmäßige partielle Naturalwirtschaft stellen, um den Konsum der Arbeitslosen zu verbessern. Zu diesem Zweck sollen stillgelegte private Betriebe von der Allgemeinheit angefordert werden, in denen Arbeitslose für sich und ihre Schicksalsgenossen Kohle, Schuhe, Kleider, Wäsche, Möbel, Geschirr u. dgl. herstellen. Ein „Kommissariat für industrielle Mobilisierung" setzt geeignete Betriebsleiter — entweder stellenlose Betriebsleiter oder den jeweiligen Eigentümer des stilliegenden Werkes gegen mäßige Vergütung — zur Leitung der Produktion ein und behält außerdem die Kontrolle über die Buch- und Betriebsführung. Alle produzierten Waren sind sodann an die Verteilungsstellen abzuliefern. Ein Absatz auf dem Markt soll vollständig ausgeschlossen sein. Die tätigen Arbeitslosen, die weiterhin Unterstützung beziehen, erhalten für die Differenz zwischen Tariflohn und Unterstützung Bescheinigungen über den Wert geleisteter Arbeitsstunden (Bezugsscheine), auf die hin sie Waren in den Geschäftslokalen der Verteilungsstellen anfordern können. Diese Geschäftslokale sind in leerstehenden geeigneten Räumen, die angefordert sind, eingerichtet und werden von arbeitslosen Handelsangestellten betreut. Nach Wiederinbetriebsetzung der vorgesehenen Konsumgüterindustrien erzeugen die Arbeitslosen bedeutend mehr, als der Wert ihrer Bezugsscheine beträgt. Denn den Besitzern der stilliegenden Werke wird eine Verzinsung des investierten Kapitals nicht gewährt, es wird ihnen lediglich ein Anspruch auf Vergütung der tatsächlichen Werksabnutzung und bei Rohstoffen eine Entschädigung für ihren Wert zugestanden (in Form von Anleihetiteln von Reich und Gemeinden, die erst nach drei Jahren anfangen, Zinsen zu tragen, und dann ausgelost werden).

Außerdem kommt, wie oben bemerkt, bei der Vergütung der Erwerbslosenarbeit gemäß dem Wert ihrer Arbeitsstunden die Unterstützung durch eine öffentliche Wohlfahrtsbehörde in Abzug.

Da die Produkte auf normale Weise kalkuliert werden, alle Barauslagen und Gratisleistungen in Rechnung gestellt sind, bleibt ein Ueberschuß an Waren, der an die übrigen nicht beschäftigten Erwerbslosen zur Verteilung kommt. An der Zusammensetzung dieses Ueberschusses (nachdem die beschäftigten Erwerbslosen die Waren, deren sie am dringendsten bedurften, nach ihrem Belieben ausgesucht haben) wird man leicht erkennen, welche Richtung der Plan der künftigen Produktion zu nehmen hat. Steuern, Werktarife, insbesondere Elektrizität und Frachten, sollen der Erwerbslosenproduktion nicht berechnet werden. Für die Reichsbahn wird die Verkehrssteigerung so gering sein, daß ihr keine zusätzlichen Kosten entstehen. An Beiträgen für die Sozialversicherung werden für die beschäftigten Arbeitslosen nur Beiträge zur Unfallversicherung neu entstehen, Beiträge zur Arbeitslosenversicherung kommen dagegen nicht in Frage. Als Barkosten der Produktion bleiben also lediglich die Kosten für ausländische Rohstoffe und bestimmte Produktionselemente, die zugekauft werden müssen (wie Oel, Ersatzteile von Maschinen). Wenn es gelingt, die einzelnen Produktionsstufen nahezu lückenlos aneinanderzuschal-

ten, brauchten die Barkosten nicht höher als 30 % [96]) des Produktwertes zu sein. Die Finanzierung der Rohstoffbeschaffung aus dem Auslande könnte z. T. durch Aufnahme mittelfristiger Kredite erfolgen, die in einer späteren Periode größerer Kapitalbildung leicht abzudecken wären. Die Mehrbelastung des öffentlichen Haushalts durch die Kosten der Beschäftigung betrügen für je 100 000 52 halbe Wochen lang beschäftigte Erwerbslose etwa 42 Millionen Reichsmark. Prof. Lederer rechnet mit der Möglichkeit, bei turnusmäßiger Heranziehung etwa 300 000 Erwerbslose auf diese Weise wieder in Tätigkeit zu setzen.

Wenn es erforderlich würde, unausgenutzte Kapazitäten arbeitender Betriebe heranzuziehen, wäre die Verrechnung sehr erschwert, aber möglich. Die Besitzer der angeforderten Betriebe sollen erst dann wieder die Verfügung über ihre Produktionsmittel erhalten, wenn sie selbst die Produktion wieder aufnehmen wollen. Lederer hält es für nicht ausgeschlossen, daß die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen psychologisch so günstig wirken, daß sie auch den wirtschaftlichen Unternehmungsgeist anregen.

3. Zugrundeliegende Wirtschaftsanschauungen.

Die Ansicht vom Wirtschaftsleben, aus der die Vorschläge Grahams und Lederers entstanden sind, soll im folgenden dargestellt werden. Es wird deutlich werden, daß die Gedankengänge von im Politischen grundsätzlich verschieden denkenden Menschen in den praktischen Forderungen oft zusammenlaufen.

Während Lederer sich zu den Sozialisten rechnet und eine Planwirtschaft erstrebt, gehört Graham zu den neueren amerikanischen Professoren, die kapitalistisches Denken mit wirtschaftspolitischer Aktivität vereinbaren. Er ist der Meinung, daß allein die Ungebundenheit des Unternehmungsgeistes den wirtschaftlichen Fortschritt gewährleistet, daß nur ein auf der Freiwilligkeit aller Beteiligten beruhendes Wirtschaftssystem wirksam arbeiten könne, daß die automatischen Kräfte der Wirtschaft alle Schwierigkeiten am besten beseitigen würden. Er ist ein Feind jedes Eingriffs von Staatsseite her in die Wirtschaft [97]). Der freie Wettbewerb bedeutet ihm das gerechteste Verteilungsprinzip [98]), die Führung durch den Unternehmer die höchste Produktivität [99]).

Die individualistischen Anschauungen finden jedoch in Zeiten schlechter Konjunktur ihre Grenze an dem sozialen Elend, welches Krisen hervorrufen. Da das Zeitalter der Maschinen die früheren Möglichkeiten selbständiger Produktion genommen hat, ist es erforderlich, daß die aus dem Wirtschaftsprozeß ausgestoßenen Menschen wieder ins Erwerbsleben einbezogen werden. Die bestehende Kapitalausrüstung darf also nicht ungenutzt bleiben [100]).

---

[96]) In „Planwirtschaft" S. 12/13 mit 15—20 % angegeben.
[97]) Graham, Ab. o. U., p. 9, pp. 37/8.
[98]) p. 37 (Postulate VI), p. 31.
[99]) p. 19.
[100]) Graham, a. a. O., pp. 88/9.

Lederer weiß sehr wohl um die Bedeutung der kapitalistischen Selbstheilung der Krise, stellt jedoch in Frage, ob, selbst bei Fortfall der wirtschaftlichen Hemmungen für den Konjunkturaufstieg wie Zollmauern, Währungsverschlechterungen, Subventionen und dergl., der wirtschaftliche Automatismus wieder funktionieren würde, indem er auf die außerwirtschaftlichen Hemmungen hinweist [101]).

Der Staat hat deshalb nach seiner Meinung die Aufgabe, eine wirtschaftliche Gesundung planmäßig herbeizuführen; als erstes und wichtigstes Mittel dazu bezeichnet Lederer die Kreditkontrolle. Bei Hebung des Beschäftigungsgrades müsse man „außerordentlich vorsichtig die Preisentwicklung im Vergleich zur Kostenentwicklung verfolgen, und jede übermäßige Ausdehnung bestimmter Produktionszweige drosseln" [102]).

Geldpolitische Experimente lehnen beide Professoren einmütig ab [103]), ihre Vorschläge bauen sich deshalb auf einem Kern auf, der naturalwirtschaftlich durchdacht ist.

Das Ziel beider Vorschläge geht verschieden weit. Lederers Plan hat in erster Linie fürsorgerischen Charakter, Graham verbindet damit die Absicht der Depressionsüberwindung, beansprucht also „Totalität" im Wirtschaftsleben. Das geht auch daraus hervor, daß Graham seine Organisation mitten in die Verkehrswirtschaft hineinstellt, während Lederer die Erwerbslosenwirtschaft streng zu isolieren sucht. Die Erklärung für diesen Unterschied liegt in den geographischen Voraussetzungen der Systeme [104]).

Graham und Lederer gehen vom Menschen aus. Sie wissen um seine materielle Not, sie wollen dieser Not abhelfen. Der Konsumzweck alles Wirtschaftens steht vor ihren Augen, den manche neueren Oekonomen über dem Zweck der Kapitalausrüstung der Wirtschaft vergessen. Der Erwerbslose soll wieder konsumieren, der Erwerbslose soll sich diesen Konsum durch Produktion schaffen. Die Kaufkraft entsteht nur aus der Produktion [105]).

„Demand and supply are not independent of one another but are opposite aspects of the same thing. The supply of one good is the demand for another. This is obvious in a barter economy" [106]). Wenn die Erwerbslosen vor allem dazu verwendet werden, für den eigenen Bedarf Konsumgüter zu produzieren, kann es am Absatz nicht fehlen [107]).

Die Produktionsmittelindustrien können erst dann sich wieder beleben, wenn die Produktion von Konsumgütern stark angewachsen ist [108]).

---

[101]) Lederer, Planwirtschaft, a. a. O., pp. 3—4, 8, 31, 33, 40—41.
[102]) Lederer, Planwirtschaft, S. 33.
[103]) Graham, Ab. o. U., pp. 36/37, 71—73.
Lederer, Planwirtschaft, S. 31.
[104]) Vgl. unten: Kapitel A 4 a.
[105]) Vgl. Graham, a. a. O., p. 3, pp. 54—56.
[106]) Graham, Ab. o. U., p. 7/8.
[107]) Graham, a. a. O., pp. 68/9, 30.
[108]) a. a. O., pp. 55, 26.

Graham baut die Kapitalgüterproduktion in seine Organisation ein, die Zahlungen der Corporation an die Unternehmer als Vergütung für die Mitbenutzung der Produktionsmittel stellen das für die Kapitalreproduktion nötige Kapital zur Verfügung. Ob darüber hinaus noch Neukapital gebildet wird, hängt von den Umständen ab: die Möglichkeit dazu besteht [109]).

Lederer dagegen, der die Kapitalgüterproduktion in seinen Plan nicht einbezogen hat, muß eine umständlich erscheinende Konstruktion wählen; das Reproduktionskapital wird zunächst verbraucht, indem der dazu gehörige Produktionsanteil an nicht produzierende mangelleidende Erwerbslose verschenkt wird, seine Wiederbildung in späterer Zeit wird vom Staate garantiert.

Notwendig ist weiterhin zum Teil die Aufzeigung der konjunkturtheoretischen Ansichten Grahams und Lederers. Ersterer betont, daß die wissenschaftliche Konjunkturerkenntnis noch nicht in allem ausgereift sei. Dennoch meint er, das Phänomen der Arbeitslosigkeit isoliert anpacken zu können, selbst ohne alle eigentlichen Ursachen davon zu kennen [110]).

Beschäftigungsstabilität sei immer vorhanden, wenn die Güterzuteilung angemessen sei und ungestört vor sich gehen könne [111]).

Die übermäßige Ausdehnung der Produktionsmittelindustrien [112]) störe jedoch das Preissystem, Arbeitslosigkeit entstehe und greife weiter um sich, weil die Gewinne der Unternehmer sänken und sie ihre Produktionskosten durch Einsparung von Arbeitskräften zu erniedrigen suchten. Die dadurch ausfallende Kaufkraft zerstöre wiederum die Absatzmöglichkeiten anderer Industrien und rufe dort weitere Arbeitslosigkeit hervor [113]). Der einzelne Unternehmer sei für sein Verhalten bei diesem Prozeß in keiner Weise zu tadeln, er handele privatwirtschaftlich durchaus richtig [114]). Es sei aber von volkswirtschaftlichem Blickfeld aus klar, daß die Unternehmer sich gegenseitig ihre Produktionsmöglichkeiten zerstörten. Würden sie kooperativ vorgehen, wäre es möglich, das Absinken der Kaufkraft weitgehend zu verhindern [115]). Die Emergency Employment Corporation Grahams ist nun die Organisation, die neue Produktionsringe ermöglicht, indem sie die Produktion von der Nachfrageseite her neu aufbaut. Graham ist sich darüber klar, daß die zyklischen Wellen sich nicht werden ausschalten lassen [116]). Dennoch sei es nicht nötig, die Wirkungen der Krise, die noch nie so hart wie in der gegenwärtigen waren, untätig zu ertragen, sondern man müsse Einrichtungen schaffen, die die Wirtschaft zu einem normalen Zustand zurückbrächten [117]).

---

[109]) a. a. O., pp. 44/5, 27, 52—56.
[110]) A. o. U., p. 6.
[111]) p. 77.
[112]) pp. 52, 18, 26.
[113]) pp. 10—11.
[114]) p. 12.
[115]) p. 13.
[116]) p. 9.
[117]) pp. 76—77.

Lederer sieht die gegenwärtige Krise unter dem gleichen Aspekt, sie sei keine „Reinigungskrise" mehr, sondern eine „Zerstörungskrise". Viele Unternehmungen seien zum Erliegen gekommen, die an sich durchaus lebensfähig waren [118]).

Der „Käuferstreik", die Verteuerung des Kredits und die wirtschaftliche Unsicherheit haben die „normale" „Reinigungskrise" verschärft, somit sind Maßnahmen gerechtfertigt, „welche diesen Zirkel aufhalten, die Abwärtsbewegungen hemmen" [119]).

Die automatischen Kräfte, die aus früheren Krisen herausgeführt haben, die Bautätigkeit, die Investionstätigkeit und die Kapitalanlage im Ausland, seien heute aus wirtschaftlichen Gründen, sowie aus politischen, nicht möglich. Die Ausweitung der Konsumgüterindustrie allein sei dagegen unmöglich, da das Einkommen der in ihr Beschäftigten für den Absatz ihrer Produkte nicht ausreiche. Die Produktionsmittelindustrie müsse einen Teil der Waren abnehmen, den Einnahmeüberschuß brauche die Konsumgüterindustrie für Abschreibungen und Gewinne [120]).

Lederers Plan mußte daher aus dieser Erkenntnis heraus die oben beschriebene Konstruktion wählen; das Teilgebiet der Wirtschaft, die Konsumgüterindustrie, hätte sich anders nicht der Sonderbehandlung unterwerfen lassen.

4. Vorbedingungen der Pläne.

a) Lokaler Art.

Die Frage nach der räumlichen Bedingtheit der Vorschläge Grahams und Lederers hat zwei Seiten, die wir nacheinander betrachten wollen. Es sind dies die Größe resp. die Beschaffenheit des Raumes und seine politische Struktur; von diesen Gegebenheiten kann entscheidend abhängen, ob und inwieweit mit einer Durchführbarkeit der Vorschläge zu rechnen ist.

Graham erörtert die Frage nach der Größe des Raumes eingehend [121]). Im Gesamtgebiete der Union ließe sich seine Organisation in idealer Weise verwirklichen, die Vereinigten Staaten seien nahezu autark [122]). Der Import betrug 1929 etwa 4 Milliarden Dollar, das sind nur 4—5 % des Produktionswertes der gesamten amerikanischen Wirtschaft. Da sich ein Teil der ausländischen Rohstoffe noch durch heimische ersetzen ließe, würden die Aufwendungen sehr gering sein, welche die Corporation durch Gutscheinverkauf gegen bar für ausländische Einfuhr machen müßte [123]).

---

[118]) Lederer, Planwirtschaft, S. 30/31.
[119]) Lederer, a. a. O., S. 31.
[120]) Vgl. Soz. Pr. 1931, Sp. 1246.
Gleiche Gedanken brachte der Vortrag Emil Lederers im Bund geistiger Berufe in Charlottenburg am 24. 2. 1933 „Sind wir am Wendepunkt der Krise?"
Gleiches führt aus E. Bandmann i. Wirtschaftsdienst, Hamburg 1932, S. 778.
[121]) Graham, A. o. U., pp. 39 ff.
[122]) p. 39.
[123]) pp. 49—50.

Das Gebiet eines amerikanischen Staates allein sei allenfalls zur Gründung der Emergency Employment Corporation hinreichend, falls die Produktionsmöglichkeiten in ihm recht verschiedene seien, ein ungefähres Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft herrsche und besonders auch die Güter des nötigsten Bedarfs ohne Mühe erzeugt werden könnten [124]). Andernfalls sei eine Zusammenarbeit mehrerer geeigneter Staaten empfehlenswert. Falls in mehreren Staaten die landwirtschaftliche Produktion unzureichend sei, könne die Corporation auch mit Farmergenossenschaften entfernterer Staaten einen Austausch von industriellen gegen agrarische Waren ins Leben rufen.

Ein kleineres Gebiet als das eines Staates sei für die Durchführung der Organisation ungeeignet [125]). Man könne nicht alle Vorteile der Arbeitsteilung und der bestehenden Kapitalausrüstung des Landes von sich weisen. Es würden sich sonst erbärmliche Produktionsergebnisse zeigen [126]). Je größer der Raum und je größer die Arbeitsteilung innerhalb dieses Raumes sei, desto weniger Arbeiter müßten umgeschult werden; würden die gesamten U. S. A. von der Aktion erfaßt, sei nur ein sehr kleiner Bruchteil der gesamten Arbeiterschaft auf andere Gewerbe, als in denen sie früher tätig waren, zu überführen [127]).

Wayne Weishaar und Wayne W. Parrish erwähnen in ihrem Buch über die amerikanische Tauschhandelsbewegung [128]) die Schwierigkeiten, die infolge der lokalen Beschränktheit der Tauschhandelsgesellschaften bestehen. Die Stadt New York ist besonders benachteiligt, einmal weil sie von Landwirtschaftsregionen sehr weit entfernt ist [129]), zum andern, weil etwa zwei Drittel ihrer erwerbstätigen Bevölkerung von sogenannten Dienstleistungen lebt. New York ist ein Zentrum des Groß- und Einzelhandels, der Vergnügungsbetriebe, der Erziehungsanstalten und des Verkehrs. Der Anteil der Bevölkerung, der bei der Güterproduktion beteiligt ist, ist viel kleiner als in anderen Städten [130]).

Als besonders günstig bezeichnen dagegen die Verfasser die Lage von Kansas City, in deren Umgebung alle Produktionsarten vertreten seien [131]). Hier könne sich also auf kleinem Raum eine Hilfswirtschaft verwirklichen lassen.

Auch bei Gutscheinverkehr macht sich die lokale Enge der Organisation unliebsam bemerkbar. Die Kaufleute scheuen sich vielfach, Bezahlung in Gutscheinen anzunehmen, da sie die Gutscheine nicht für Käufe in entfernten Orten verwenden können [132]). Weishaar

---

[124]) Vgl. A. o. U., p. 41.
[125]) Für das Vorstehende vgl. Graham, A. o. U., p. 42.
[126]) A. o. U., p. 39.
[127]) p. 40.
[128]) Men without money, New York 1933.
[129]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 34.
[130]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 37.
[131]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 106.
[132]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 22;
American Bankers Association Journal, March 1933, „Barter and Scrip", p. 66.

und Parrish setzen sich deshalb, ähnlich Graham, für Ausbreitung des Tauschhandels auf größere Wirtschaftsräume ein [133]).

Professor Lederers Vorschlag setzt einen staatlichen Akt voraus. Damit ist zugleich der Raum für die Organisation gegeben: Erwerbslose im gesamten Deutschen Reich sollen erfaßt werden. Die Ausdehnung der Aktion hängt von den verfügbaren Steuermitteln einerseits, der Zahl und Brauchbarkeit der stilliegenden Betriebe andererseits ab. Daß die vorgeschlagene Erwerbslosenproduktion auch in sehr kleinem Rahmen möglich ist, ist offensichtlich, nur ist die Voraussetzung unumgänglich, daß es sich dann um eine Stadt oder Ortschaft handeln muß, die verschiedene Arten — und zwar die elementarsten — von Konsumgüterindustrien aufweist. Fehlt diese Voraussetzung, wird der Staat mit Barzuschüssen zur Produktion schwer belastet werden: nur eine möglichst vollkommene Aneinanderschaltung der Produktionsstufen kann die Barkosten niedrig halten.

Wir resümieren, daß Grahams und Lederers Vorschläge, wenn sie ohne Schwierigkeiten verwirklicht werden sollen, Länder voraussetzen, in denen die ungenutzten Produktionsfaktoren ein relativ autarkes System darstellen.

Ein bestimmtes Wirtschaftssystem ist für die Anwendbarkeit der Vorschläge nicht Voraussetzung [134]). Grahams und Lederers Pläne stellen allgemeingültige Versuche dar, neue Produktionsringe zu organisieren; dieses Problem kann sich in jedem Wirtschaftssystem erheben, da auch in einer Planwirtschaft Fehlplanungen aufzutreten pflegen.

Widerstände, die sich aus den Formen des Wirtschaftsablaufs in den verschiedenen Staaten ergeben, brauchen uns nicht weiter zu beschäftigen. Sie stammen nicht mehr aus der geographischen Eigenart eines Landes, sondern sind meist politischer Natur. Mit solchen organisatorischen Besonderheiten wird man aber in allen Staaten rechnen müssen, deren Wirtschaftssystem nicht mehr vorkapitalistisch ist.

b) Vorbedingungen temporaler Art.

Es hat uns nunmehr noch die Frage zu beschäftigen, ob die Organisierung einer Erwerbslosenhilfswirtschaft nach Lederer oder Graham auch von zeitlichen Gegebenheiten abhängt.

Das Problem der Konjunktur im gesamten Wirtschaftsleben steht hier im Vordergrund.

Die Fälle, wo die Erwerbslosigkeit strukturell [135]) bedingt ist, können wir aus unserer Betrachtung ausschalten; wenn das ungenutzte Sachkapital eine Folge von Strukturveränderungen der Wirtschaft ist,

---

[133]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 77.

[134]) Es ist klar, daß Einzelheiten der Vorschläge für die gegenwärtigen deutschen, resp. amerikanischen Zustände zugeschnitten sind. So im Graham-Plan die Begrenzung der Maßnahmen auf die Industrie, da es bei der Landwirtschaft kaum Arbeitslose gäbe (vgl. A. o. U., p. 58).

[135]) Ueber diesen Begriff vgl. B. Harms, Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft. WA. 24. Bd., 1926, S. 259* ff.

bedarf es zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit in erster Linie einer Neubildung von Kapital. Eine Wiedereinsetzung der Erwerbslosen in die alten Produktionsstätten hätte nur dann einen Sinn, wenn zugleich durch Nachfragebeeinflussung seitens des Staates versucht würde, die Strukturveränderung rückgängig zu machen.

Die Fälle, in denen die Erwerbslosigkeit nur eine Saisonerscheinung ist, scheiden für die Anwendbarkeit des Graham-Planes gleichfalls aus. Allerdings wird es oft schwierig sein, Wirkungen der Konjunktur und bloße Saisonerscheinungen auseinanderzuhalten; eine Art Durchschnitt der Saisonbewegung wird sich jedoch in den meisten Fällen ermitteln lassen. Ob im Lederer-Plan die infolge jahreszeitlicher Nichtbeschäftigung stilliegenden Werke einbegriffen sind, ist nicht gesagt. Wenn Lederers vorgeschlagene Erwerbslosenproduktion als rein sozialpolitische Maßnahme aufgefaßt wird, wird die Anforderung auch derartiger Werke zulässig sein; denn sie werden sich in den Zeiten ungünstiger Saison zur Befriedigung des dringenden, sonst meist unbefriedigten Arbeitslosenbedarfs ausnutzen lassen.

Die Konjunkturphasen, deren Relevanz für die Vorschläge Grahams und Lederers wir jetzt besprechen wollen, wollen wir der Klarheit halber zunächst begrifflich fixieren. Wir beginnen mit der Phase, auf welche die Vorschläge vornehmlich zugeschnitten sind, mit dem „Niedergang" der Wirtschaft. „Niedergang" soll von uns diejenige Zeit genannt werden, in der die Wirtschaft in allen ihren Teilen schrumpft, d. h. in der Betriebskapital sowie liquides Kapital[136]) in ihrem Umfange zurückgehen. Die vor dieser Zeit liegende Vergrößerung der Vorratshaltung wollen wir zur „Krise" rechnen, deren unmittelbare Folge sie ist. „Krise" ist die Zeit der ersten, heftigen Zusammenbrüche[137]), die Zeit, in der sich die Wirtschaft von Disproportionalitäten in ihrem Aufbau zu „reinigen" versucht.

Ist der Niedergang beendet und die Wirtschaft auf einem Tiefpunkt angekommen, auf dem sie stagniert, wollen wir von „Depression" sprechen. Aus ihr führt eine Wiederbelebung, die unterbrochen sein kann und auch Rückschläge nicht ausschließt[138]), der „Aufschwung", der in der „Hochkonjunktur" endet, der Phase, in der alle Produktivkräfte auf das angespannteste tätig sind.

Aus dem in Kapitel A 3 Gesagten[139]) geht klar hervor, daß Graham und Lederer ihre Pläne mit der Absicht veröffentlichten, sie im Jahre 1932, also in einer Zeit des Niedergangs oder der Depression, zu verwirklichen. Die eigentliche „Krise" sollte nicht berührt werden. Denn über die Notwendigkeit einer gewissen „Reinigung", die in der kapitalistischen Wirtschaft durch eine Krise erfolgen muß, sind sich alle Wirtschaftswissenschaftler klar. Diese Reinigung wird, um im Zusammenhang mit Grahams Emergency Employment Corporation zu bleiben, die Freisetzung von Arbeitern und Sachkapital bedeuten, die-

---

[136]) im Sinne von J. M. Keynes, Vom Gelde. München 1932. S. 389, 605—06.

[137]) Vgl. Rud. Stucken, Die Konjunkturen im Wirtschaftsleben. Jena 1932. S. 5—6.

[138]) Vgl. J. M. Keynes, a. a. O., S. 606.

[139]) Vgl. oben S. 21—22.

ses Sachkapital wird nicht mehr verwendbar sein, diese Arbeiter müssen auf andere Produktionen überführt werden. Hierfür sieht Graham die Umschulungen vor.

Inwieweit die Projekte Grahams und Lederers noch während eines Aufschwungs durchzuführen sind, ist fraglich. Im Lederer-Plan kann es die staatliche Macht sicherlich durchsetzen, daß die Erwerbslosenproduktion auch in einer Aufschwungsperiode betrieben wird; je weiter aber der Aufschwung fortschreitet, müssen sich Störungen ergeben, welche wahrscheinlich den Konjunkturverlauf hemmen. Lederer hat dieser Tatsache durch die Bestimmung Rechnung [140]) getragen, daß die Besitzer der Produktionsmittel die Verfügung über diese durch Aufnahme der Produktion wieder erlangen sollten. Grahams Corporation wird sich in ihrer Ausdehnung einem Aufschwung automatisch anpassen, je günstiger die Konjunktur wird, desto erschwerter wird für sie das Arbeiten werden, da die Unternehmer nicht mehr zum Kontraktabschluß betreffs Aufnahme von Erwerbslosen in ihre Betriebe geneigt sein werden.

Wenn wir nun noch auf die bekannte Tatsache hinweisen, daß die Konjunkturen zyklisch auftreten, haben wir über die temporalen Voraussetzungen der Projekte alles gesagt, was zu sagen ist.

---

[140]) Vgl. Lederer, Planwirtschaft, S. 14.

B. Die Wirkungen der Pläne.

I. Innerhalb der Hilfswirtschaft.

a) Bei Grahams Corporation.

Die Frage nach der Wirksamkeit einer nach den Vorschlägen von Prof. Graham aufgebauten Organisation wird in erster Linie berücksichtigen müssen, daß sie lediglich eine Notmaßnahme darstellen soll, daß man das Produktionsergebnis der Emergency Employment Corporation also nicht in Vergleich mit dem Erfolg der übrigen Wirtschaft setzen darf. Jeder Arbeiter wie jeder Unternehmer würde seine ungenützten Produktionskräfte lieber in der normalen Wirtschaft verwenden, wenn es irgend möglich wäre. Ueber diese Alternative ist Graham sich auch durchaus klar[1]). Von den Problemen, welche Wirkungen innerhalb der Organisation der Corporation mutmaßlich entstehen, greifen wir nur einige heraus; denn Grahams Vorschläge lehnen sich im großen und ganzen an die Prinzipien der kapitalistischen Wirtschaft an, deren Wirksamkeit hier nicht zur Debatte gestellt werden soll.

Die Verteilung des Einkommens zwischen den Arbeitern der Corporation und den übrigen Produktionselementen, insbesondere den Unternehmern, ist ein Problem, welches Graham selbst schon erörtert hat[2]). Renten- und Zinseinkommen betrügen im Durchschnitt 12—13 Prozent vom Volkseinkommen[3]), diese Zahl sei eher zu hoch als zu niedrig, da die Bedeutung des Lohneinkommens bei den kleinsten Einkommen, die von der Berechnung nicht erfaßt seien, noch wesentlich größer sei als bei den erfaßten Einkommen. Weiter komme hinzu, daß die von der Corporation vertraglich verpflichteten Unternehmer für die Benutzung der sonst müßigen Produktionsmittel nicht den normalen Ertrag einer Investition erhalten würden[4]). Es sei also anzunehmen, daß das Einkommen dieser Unternehmer, das sich aus Gehalt für die Unternehmertätigkeit und aus Rente für die Ueberlassung der Produktionsmittel zusammensetze, nicht größer als 10—20 % des gesamten Produktionswertes sein werde[5]).

---

[1]) A. o.U., pp. 27—28.

[2]) A. o. U., pp. 45 ff.

[3]) A. o. U., pp. 46—47 (nach Business Cycles, Wesley C. Mitchell, National Bureau of Economic Research, Inc., New York, 1928, p. 142).

[4]) Vgl. dazu auch Graham, A. o. U., p. 82.

[5]) Graham, A. o. U., p. 47. Auch Wolfers (Vorlesung: Die kapitalistische Marktwirtschaft im Lichte der Kritik, WS. 1931/32) rechnete damit, daß 85 % aller Kosten Kosten für Nutzung menschlicher Arbeitskraft seien.

Wir müssen demgegenüber auf die vielfach bestehenden Monopole natürlicher oder rechtlicher Art hinweisen, die die Corporation zwingen können, beim Vertragsschluß einzelnen Branchen ein höheres Unternehmer-Einkommen zuzugestehen. Diese Gefahr kann insbesondere dann auftreten, wenn es sich um Produktionszweige handelt, die durch die Krise nur wenig betroffen sind (deren Interesse auf bessere Produktionskapazitätsausnutzung also nur gering ist), auf die aber auf der anderen Seite die Corporation stark angewiesen ist. Als Beispiel eines solchen unelastischen Bedarfs sei der Brotkonsum genannt: Das Arbeiten der Corporation würde in einem Lande kartellmäßiger Bindungen im Brotbäckerei-Gewerbe sehr erschwert sein.

Auch werden viele Unternehmer geneigt sein, die Arbeiter der Corporation als Fremdkörper in ihrem Betriebe aufzufassen, die finanzielle Entschädigung müßte also auch zur Ueberwindung dieser Mißstimmung hinreichend sein. Aus folgenden Gründen ist jedoch diesem Fall keine besondere Wichtigkeit beizumessen: Einmal wird es sich oft um dieselben Arbeiter handeln, die nur der Krise wegen vom Unternehmer entlassen werden mußten, deren Wiederbeschäftigung ihn also aus sozialen und persönlichen Gründen freuen kann. Zum anderen steht jedem Unternehmer das Recht zu, Arbeiter der Corporation zu entlassen. Diese sehr weitgehende Befugnis des Unternehmers setzt ein hohes Verantwortungsgefühl bei ihm voraus, denn der Erwerbslose ist dem Unternehmer nahezu schutzlos preisgegeben, da es fraglich ist, ob die Corporation einen gerade Entlassenen wieder anderweitig beschäftigen wird und kann. Auf die Höhe der Barkosten sind wir oben (unter A 2) schon eingegangen. Ein möglichst großer Markt für Gutscheine und eine Produktion der verschiedensten Güter durch die Corporation kann den Bedarf an Währungsgeld niedrig halten. Die Kosten, die durch Import entstehen können, sind von uns gleichfalls schon (unter A 4a) berührt worden. Es bleibt also lediglich noch die Frage nach der Höhe des Bedarfs an Produkten der heimischen Landwirtschaft, dessen Befriedigung man zum Teil mit Währungsgeld wird bezahlen müssen.

Das Einkommen der amerikanischen Landwirtschaft war 1932 geringer als 10 Prozent des Volkseinkommens[6]). Die Ausgaben für landwirtschaftliche Rohstoffe werden also nicht hoch sein.

Die Eigenschaften der Grahamschen Gutscheine sind eine Frage, die uns im folgenden noch ausführlicher beschäftigen soll: denn die Benutzung von Gutscheinen ist der Teil von Grahams Gedanken, welchen wir im gegenwärtigen Wirtschaftsleben am häufigsten verwirklicht antreffen, und zwar meist auch mit der gleichen Absicht: neue Produktionsringe zu schaffen. Die Gutscheine der Corporation, welche die ehemals Erwerbslosen erhalten, bedeuten Quittungen für geleistete Arbeit und stellen zugleich Anweisungen auf Waren entsprechenden Wertes dar. Die gegen bar verkauften oder gegen Dienstleistungen gegebenen Gutscheine dagegen repräsentieren Anweisungen auf d e n Teil der Corporation-Produktion, der nicht von ihren Arbeitern bezogen werden kann.

[6]) Graham, A. o. U., p. 48.

Die gesamte Produktion der Corporation wird also gegen Gutscheine abgesetzt [7]). Die Gutscheine haben damit ihren Zweck erfüllt. Außerdem garantieren sie einen beschleunigten Absatz infolge der Klausel, daß sie einen Teil ihres Wertes mit dem Monatsende einbüßen.

Ist ein Gutschein bei einem Bezugsberechtigten vernichtet worden oder hat er sich durch längeres Aufheben entwertet, so bedeutet das, daß in den Lägern der Corporation in kleinem Umfange Waren liegen bleiben, die nicht abgenommen werden können. Dies will Graham dadurch verhindern, daß die verloren gegangene Kaufkraft nach einiger Zeit neu ausgegebenen Gutscheinen zuwächst [8]).

Neben der Kaufkraft der Gutscheine, d. h., der Verfügbarkeit und dem Wert der für sie erhältlichen Waren, ist für Ausgabe und Umlauf V e r t r a u e n das grundlegende Erfordernis [9]). Der Wert der Gutscheine wird stark davon abhängen, welchen Wert ihnen das Volk beimißt [10]). Bei ihrer Einlösung können sich dann Prämien oder Verluste für den Letzterwerber ergeben.

Die Anlehnung des Gutscheinsystems an das bestehende Währungssystem ist ein Problem, welches wir auch noch berühren wollen.

Es handelt sich hier nicht um das Problem der „angelehnten Währung", welches geldwerttheoretisch und währungsrechtlich bedeutsam ist. Unsere Frage ist vielmehr, ob sich durch den Anschluß einer auf Gutscheinen beruhenden neuen Produktion an das Preissystem der normalen Erwerbswirtschaft Störungen des Preissystems und Verluste ergeben können. Daß die neue Produktion mit größeren Kosten arbeiten würde, hat Graham auch erkannt und hat, um Reibungen und Preisänderungen zu vermeiden, die Bestimmung getroffen, daß der Wert der Gutscheine erst nach Feststellung des Wertes der im gleichen Zeitraum erarbeiteten Produktion bestimmt werden sollte. Graham hat also das Währungspreissystem nur in seiner relativen, nicht aber in seiner absoluten Höhe für seine Organisation übernommen. Innerhalb der Corporation hat er, da der Wert der Gutscheine an dem Wert der gesamten verfügbaren Produktion orientiert wird, einen einheitlichen Ertrag für die beteiligten Produktionskräfte geschaffen; besonders deutlich wird das am Beispiel des Zeitlohnarbeiters, der für seine Arbeit als Gegenwert den Anteil des durchschnittlichen Produktionsergebnisses aller Zeitlohnarbeiter erhält, so daß für die Arbeiterschaft eine gleiche Entlohnung im Bereich der gesamten Corporation-Organisation stattfindet. Unterschiede der einzelnen Betriebe werden also dabei nicht gemacht. Derartige Verschiedenheiten werden lediglich bei den an die Unternehmer gezahlten Pachtsummen für Betriebsteile berücksichtigt.

Die Uebernahme der relativen Preishöhe wird jedoch gleichfalls Schwierigkeiten verursachen. Soweit zwar das freie Spiel der Kräfte wirken kann, werden auch die Preiskorrekturen mit übernommen wer-

---

[7]) Graham, A. o. U., p. 30.
[8]) Graham, A. o. U., pp. 30/31.
[9]) Weishaar-Parrish, Men without money, p. 6.
[10]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 13.

den. Dann ist sogar wahrscheinlich, daß infolge der Verbreiterung der Preisdisproportionalitäten auf neue Produktionsringe die betreffende Unhaltbarkeit der bestehenden Preise früher zutage kommt und beseitigt wird. Wenn aber das freie Spiel der Kräfte nicht gewährleistet ist, werden die Störungsmomente vermehrt, eventuelle Krisenursachen weiter hingeschleppt werden und die Wirtschaft im ganzen außerordentlich stark leiden.

Wir kommen zur Frage, inwieweit Grahams Gedanken bisher verwirklicht worden sind. Unsere Antwort darauf lautet: so gut wie gar nicht. Grahams Konzeption, die Vorschläge innerhalb eines größeren Wirtschaftsgebietes durchzuführen, ist nirgends in die Tat umgesetzt worden. Nur in Boston, Chikago und Cleveland wurden Versuche gemacht, Gesellschaften zu gründen, die die Beschäftigung Erwerbsloser in ungenutzten Produktionsteilen zum Ziel haben sollten. Von diesen folgte der Plan der Organisation in Boston, der Mutual Commercial Corporation, nahezu unmittelbar dem von Graham vorgezeichneten Weg [11]), während die Methoden der Gruppen in Chikago und Cleveland nur entfernt den Grahamschen Gedanken ähneln, insofern als sie ebenfalls bemüht sein wollen, Erwerbslose in der Bedarfsgütererzeugung unterzubringen [12]). Besonderen Erfolg hatte, soweit wir unterrichtet sind, bisher keiner dieser Versuche.

Die meisten bestehenden Hilfswirtschaften beruhen dagegen auf Konstruktionen innerhalb der Zirkulationssphäre. Sie sind fast durchweg aus Selbsthilfebestrebungen der Erwerbslosen spontan entstanden, sie wollen durch reinen Tausch, Gutscheinsysteme oder andere Kreditschöpfungsmethoden den Grad der Produktionstätigkeit erhöhen. Wir müssen unser Thema auf die Versuche hilfswirtschaftlicher Arbeitsbeschaffung durch unmittelbare Gestaltung der Produktionstätigkeit — wie sie sich in den Plänen von Graham und Lederer am deutlichsten manifestiert — beschränken und werden daher die Versuche einer Reform des Waren- und Leistungsaustausches, die Arbeit nur mittelbar (über den Weg kredittechnischer Mittel) beschaffen, nur im Anhang (A) behandeln. Ebenso sind wir gezwungen, die kredittechnischen Methoden bei der Erörterung hilfswirtschaftlicher Beeinflussung des Geldmarktes im einzelnen zu vernachlässigen.

Unsere Folgerungen werden dennoch im großen und ganzen für jede Art Hilfswirtschaft zutreffen.

b) Bei Lederers Erwerbslosenproduktion.

Die Produktion der Erwerbslosen nach dem Plan Professor Lederers soll einen in sich relativ geschlossenen planwirtschaftlichen Sektor vom gesamten Wirtschaftsleben darstellen. Die Art der wirtschaftlichen Gestaltung innerhalb dieses Sektors wird außerordentlich

---

[11]) Vgl. The Christian Science Monitor, Boston, 17. I. 1933, „New Bartering plan to extend over wide area".

[12]) Vgl. Monthly Labor Review, April 1933, pp. 755—58 (Cleveland); May 1933, p. 1038 (Chikago).

bedeutsam sein, und wir wollen im folgenden versuchen, die hauptsächlichsten Probleme aufzuzeigen, die in der Erwerbslosenproduktion auftauchen können.

Der Lederer-Plan steckt sich zwei Ziele: die bessere Versorgung der Erwerbslosen mit den notwendigsten Konsumgütern und die Wiederbeschäftigung von Erwerbslosen.

Während die erste Wirkung unbestritten bleiben soll, wollen wir betreffs der Arbeitsbeschaffung einige Anmerkungen machen.

Schon an dieser Stelle soll gesagt werden, daß die Beschäftigungsmöglichkeiten durch den Lederer-Plan nicht wesentlich verbessert werden können. Nach Aussage von Sachverständigen befinden sich die in Betracht kommenden Industrien in einem hohen Grad von Mechanisierung, können also einen im Verhältnis zum Produktionsergebnis nur geringen Teil von Erwerbslosen aufnehmen. Wir werden später, bei der Untersuchung der Wirkungen auf den Arbeitsmarkt (Kapitel B II, 1 a), diese Tatsache mit einigen Zahlen belegen.

Bei einer hohen Erwerbslosenzahl sind selbstverständlich ohne weiteres die für die Inbetriebsetzung nötigen Arbeitskräfte zu finden.

Ein Problem, dessen quantitative Auswirkung hier nur interessiert, ist die Auswahl der Arbeitskräfte unter dem Gesichtspunkt ihres Arbeitswillens. Auch hier wird eine große Erwerbslosenarmee sicherlich die relativ geringe Anzahl der erforderlichen Menschen enthalten. Im großen und ganzen muß der Arbeitswille dieser Erwerbslosen höher sein als der normaler Arbeiter. Denn ihre Vergütung besteht lediglich in Bezugsscheinen auf von ihnen hergestellte Konsumgüter. Es fehlt zunächst jeglicher Antrieb zur Arbeitsleistung, wie ihn etwa eine im Akkord festgesetzte Arbeitsprämie schüfe. Es ist anzunehmen, daß die Arbeitsunlust wächst, wenn die Arbeiter als Lohn nur Bezugsscheine erhalten, und zwar in um so größerem Maße, als die Auswahl von Waren, die auf Bezugsscheine zu erhalten sind, eine nur geringe ist. Unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsfreude und gleicherweise der Lohnpolitik käme es also darauf an, eine größtmögliche Vielfältigkeit von Konsumgüterindustrien in den Plan einzubeziehen [13]).

Allerdings werden die organisatorischen Schwierigkeiten damit vervielfacht.

Auf die Veräußerung von Gutscheinen durch die Bezugsberechtigten, die mit dem Maß von geringer Auswahl an Konsumgütern innerhalb des planwirtschaftlichen Sektors zunimmt, kommen wir später (s. u. S. 40) zu sprechen.

Eine weitere Frage ist es, ob es möglich ist, den tätigen Erwerbslosen die Differenz zwischen der tarifmäßigen Entlohnung und ihrer Unterstützung allein in Bezugsscheinen auszuzahlen. Wenn man den Monatsnettoverdienst eines Arbeiters der Erwerbslosenproduktion mit RM 130.—, seine Unterstützung in der gleichen Zeit mit RM 60.— annimmt, würden bei dreimonatiger Beschäftigung Bezugsscheine im

[13]) Vgl. darüber auch: Der deutsche Volkwirt, 6. Jg., S. 1109, „ Das Für und Wider" (20. 5. 1932).

Werte von etwa RM 200.— pro Arbeiter zur Ausgabe gelangt sein[14]). Man kann, ganz abgesehen von der vielleicht nur geringen Auswahl an Konsumgütern, zweifeln, ob dieser Betrag nicht zu hoch ist. Das würde bedeuten, daß man einen Teil der Differenz zwischen Lohnabrechnung und Unterstützung nicht in Bezugsscheinen, sondern in bar auszahlen müßte, oder daß die Arbeiter sich genötigt sähen, die Bezugsscheine zum Teil weiter zu veräußern.

Die Verfügbarkeit der Betriebe für die Erwerbslosenproduktion ist ein weiteres Problem. Wir besitzen darüber zwei Kalkulationen. Die erste legt die deutschen Kommunen, die zweite das Gebiet des Deutschen Reiches zugrunde und entspricht damit dem Plan Prof. Lederers, der die Erwerbslosenproduktion ausdrücklich in staatlichem Rahmen organisiert wissen wollte.

Die erste wurde als Umfrage bei sozialdemokratischen Kommunalpraktikern durchgeführt mit der Fragestellung: „Halten Sie es für möglich, in lokalem Umfang dringende Bedarfsgegenstände (Schuhe, Ober- und Unterkleidung, Hauswäsche) in stillgelegten Betrieben . . . herstellen zu lassen, um damit den Umkreis der zusätzlichen Sachversorgung der Arbeitslosenfamilien wesentlich zu erweitern?" Die Frage wurde meist bejaht[15]).

In den Großstädten seien die erforderlichen Betriebe vorhanden. Nur zwei kleinere Großstädte mit einseitig industriellem Charakter berichteten, daß derartige in Frage kommende stilliegende Betriebe nicht vorhanden sind. In kleineren Mittelstädten und Kleinstädten fehlen diese Betriebe natürlich häufiger[16]).

Die zweite Kalkulation stammt von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik[17]). Sie greift lediglich beispielhaft gewisse Konsumgüterindustrien heraus. Wir erwähnen davon das Beispiel der Schuherzeugung.

In der Schuhindustrie sei die Leistung pro Arbeiter und Arbeitstag 3 Paar, also 900 Paar im Jahr. Um 1 Million Paar Schuhe im Jahr herzustellen, müßten also Arbeitsplätze für 1 100 Arbeiter gefunden werden. Da die Betriebszählung von 1925 461 Betriebe mit 50—200 beschäftigten Personen und 108 Betriebe mit 200—500 Personen feststellte, dürfte es nicht schwierig sein, stilliegende Fabriken zu finden, die zur Aufnahme von 1 100 Arbeitern (oder des Vielfachen davon, je nachdem, wieviel Millionen Paar Schuhe den Erwerbslosen zur Verfügung gestellt werden sollen) dienen könnten. Bei der Lederindustrie würden zur Herstellung von Leder im Werte von 4¾ Millionen RM für 1 Million Paar Schuhe und bei Schätzung des jährlichen Produktionswertes je Arbeiter von 15.000 RM 300 Arbeiter ausreichen. 300 Arbeiter oder ein Vielfaches davon lassen sich aber ohne Mühe in still-

---

[14]) Kalkulationen der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, früher Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 15.

[15]) Nach „Die Gemeinde", IX. Jg., H. 17, S. 781—84, „Kommunale Erwerbslosenhilfe", Eine Umfrage.

[16]) Aus „Die Gemeinde", a. a. O., S. 784.

[17]) Berechnungen der F. f. W. für die praktische Durchführung des Lederer-Planes, Anfang 1933.

liegende Betriebe bringen, denn nach der Betriebszählung von 1925 gab es 174 Betriebe mit 50—200 beschäftigten Personen und 34 mit 200 bis 500 beschäftigten Personen.

Eine ganz besondere Schwierigkeit für die Erwerbslosenproduktion wird die Frage sein, welche stilliegenden Betriebe anzufordern sind, im Hinblick auf die finanziellen und betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten bei der Ingangsetzung der Produktion. Die finanziellen Schwierigkeiten mögen sich durch die Rückendeckung des Staates oder einer anderen öffentlichen Körperschaft leichter überwinden lassen, als bei einer privaten Inbetriebnahme, dennoch ist es wahrscheinlich, daß Barkosten entstehen werden, die von Professor Lederer nicht mitvorgesehen waren. Die betriebswirtschaftlichen Probleme werden sich nur durch ganz besonders tüchtige fähige Betriebsleiter überwinden lassen. Es ist interessant, daß Prof. Lederer selbst eine Leitung durch Betriebsleiter vorsieht, daß also mit dem alten sozialistischen Gedanken der Produktivgenossenschaft gebrochen worden ist. Sehr bezeichnend dafür sind auch die Ausführungen Gerhard Weißers in seinem Referat „Der sozialistische Wirtschaftsfunktionär" auf der Hohensyburg-Tagung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands [18]). Weißer führt aus [19]): „So oft im vorigen und in diesem Jahrhundert Produktivgenossenschaften gegründet wurden, scheiterten sie an Mangel an Kapital, Absatz und Disziplin, oder sie wandelten sich in kleinkapitalistische Unternehmungen um. Auch den neuesten Gebilden dieser Art, wie etwa den Versuchen, stillgelegte, kapitalistische Betriebe durch die Belegschaft fortzuführen, wird das eine oder das andere dieser Schicksale beschieden sein . . . Die Produktivgenossenschaft ist vor allem gefährdet, weil sie nicht für die erforderliche betriebliche Disziplin sorgen kann".

Bei Einhaltung der Vorschläge Prof. Lederers besteht die Gefahr mangelnder Arbeitsdisziplin nicht.

Die Höhe der Barkosten im planwirtschaftlichen Sektor ist das wichtigste Problem; von der Entscheidung in diesem Punkte hängt letzten Endes ab, ob eine Erwerbslosenhilfe gemäß dem Plan Lederers volkswirtschaftlich ist.

Lederer schätzte die Barkosten bei lückenloser Aneinanderschaltung der einzelnen Wirtschaftszweige auf 15—20 % [20]), im Durchschnitt auf 20—30 % des Produktwerts [21]). Die Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik [22]) hat darüber im Anfang des Jahres 1933 Berechnungen angestellt; ihre Frage ging nach den Barkosten bei einer Produktion von 1 Million Paar Männerschuhen, 1 Million Männerhemden (billiges Nesselgewebe), 1 Million Männerkonfektionsanzüge aus einem Stoff Forster-Art und 1 Million Bettlaken.

---

[18]) Vgl. „Die Hohensyburg-Tagung für Gemeinwirtschaft". Als Manuskript gedruckt. Herausgegeben vom SPD.-Bezirk Westliches Westfalen.

[19]) „Die Hohensyburg-Tagung", a. a. O., S. 23—24.

[20]) Planwirtschaft, S. 12—13.

[21]) Berliner Tageblatt, 6. 2. 32, Morgenausgabe, S. 2.

[22]) s. oben, S. 32.

Bei Annahme, daß bei der Lederfabrikation infolge der Erwerbslosenarbeit ein Drittel [23]) nicht in bar zu zahlen wäre und daß bei der Schuhfabrikation 45 % auf Energiekosten, Löhne und Gehälter, Arbeitgebersozialleistungen, Steuern, Abschreibungen und Unternehmergewinn sowie auf Vertriebskosten entfallen, ergibt sich, daß zu 1 Million Paar Männerschuhen im Ladenverkaufspreis von 11—12 Millionen RM Barausgaben von 5 Millionen RM erforderlich würden. 1 Million Männerhemden im Produktionswerte von 3 Millionen RM ließen sich mit einem Baraufwand von 1,3—1,4 Millionen RM herstellen, wenn Erwerbslose in Weberei, Wäschefabrikation und Vertrieb eingesetzt würden. Für 1 Million Männerkonfektionsanzüge im Werte von 40 Millionen RM würden bei Erwerbslosenbeschäftigung in Weberei, Tuchfabrikation, Appretur, Färberei, Konfektion und Vertrieb etwa 14—15 Millionen RM Barmittel erforderlich sein. Die Einbeziehung von Kunstwollfabriken und Streichgarnspinnereien soll nach den Darlegungen der Forschungsstelle sehr schwierig sein, da es sich um durchweg sehr große Betriebe handele.

1 Million Bettlaken würden in der Weberei 1 Million RM Barkosten entstehen lassen, während der Ladenverkaufspreis 1,8 Millionen RM betrage. Im ganzen entständen also bei der Produktion der 4 Bedarfsgüter (für je 1 Million Stück gerechnet) Kosten in Höhe von 21,5 bis 22,5 Millionen RM bei einem Produktionswert von ca. 56 Millionen RM; man würde also mit einem Baraufwand von 40 %, berechnet vom Ladenverkaufspreis, auskommen.

II. Auf den freien Markt.

1. Versuch statischer Betrachtung.

a) Wirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Die Wirkungen der hilfswirtschaftlichen Maßnahmen auf den freien Markt lassen sich nur dann vollständig wiedergeben, wenn man die Wirkungen auf sämtlichen Märkten zu gleicher Zeit untersucht. Aus methodischen Gründen wollen wir jedoch die einzelnen Märkte — soweit es geht — gesondert betrachten. Wir beginnen mit dem Arbeitsmarkt. Die hier gewonnenen Erkenntnisse werden wir bei unseren späteren Untersuchungen heranziehen. Diese Erkenntnisse werden mehr empirischer als theoretischer Natur sein, da das Problem der Arbeit nahezu unlösbar mit dem Kapitalproblem verknüpft ist. Immer wieder werden wir auf die Kapitalfrage stoßen, für deren Behandlung wir auf das übernächste Kapitel verweisen müssen.

Unsere Untersuchung wird sich nicht völlig im Rahmen einer statischen Betrachtung halten können, da wir die Wirklichkeit den theoretischen Erfordernissen voranstellen. Die Annahme mehrerer unbeschäftigter Produktionsfaktoren (Boden, Kapital, Arbeit) ist im statischen System unzulässig [24]), für uns ist die unbefriedigende Be-

[23]) Lohn- und Gehaltsanteil ca. 15 %, außerdem Steuern, Soziallasten, Energiekosten, Frachtkosten und Handelsgewinne, Abschreibungen und Unternehmergewinne.

[24]) Vgl. Friedr. A. Hayek: Gibt es einen Widersinn des Sparens? 1931. S. 21.

schäftigung der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit, z. T. auch Boden, Ausgangspunkt der Fragestellung.

Die Corporation Prof. Grahams, die im Gegensatz zu der Hilfswirtschaft Prof. Lederers die Erwerbslosen mit allen nur möglichen Bedarfsgütern versorgen will, wird reguläre Arbeit zunächst nicht verdrängen.

Störungen werden sich durch Nachfrageänderungen einstellen. Graham selbst scheint diese gering einzuschätzen. Er beschäftigt sich nur mit der Nachfragegröße, für die er keine Beeinflussung der regulären Wirtschaft annimmt, und führt darüber aus[25]): „The production of the otherwise unemployed would interfere not at all with the production of those who, in any case, would be at work. A man without income can consume only at the bounty of someone else, and the latter, to make the gift, must forego something of what he could otherwise himself have consumed. Production by the otherwise unemployed for each other's needs would, therefore, have no effect whatever in narrowing the market for the goods produced by the workers fortunate enough to retain a regular job." In der Tat ist es wahrscheinlich, daß die Anzahl der Arbeiter, die durch die fortfallende Nachfrage der Arbeitslosen brotlos werden, durch andersartige Nachfrage wieder Beschäftigung finden. Falls die Verteilung der Corporation-Erzeugnisse nicht über den Handel, sondern in eigenen Vertriebsstellen vor sich geht, werden allerdings Handelsfirmen, die speziell den Arbeitslosenbedarf mitbefriedigen, die also Güter des nötigsten Bedarfs vermitteln, geschädigt werden.

Aus Newyork ist uns eine Berechnung bekannt[26]). Die Frage dort war, in wieviel der Einzelhandel geschädigt würde, wenn er den Absatz an die Wohlfahrtsunterstützten verlöre. Bei der Zugrundelegung von 200 000 Familien, die ausschließlich von Wohlfahrtsgeldern lebten, ergab sich, daß die Gesamtsumme der Unterstützungen noch nicht 5 % der gesamten Verkäufe im Nahrungsmittel- und Bekleidungskleinhandel des Jahres 1930 ausmachte.

Dieser Prozentsatz erscheint uns außerordentlich gering. Wir sind überzeugt, daß er sich etwa verdoppeln müßte, wäre nicht der Wert der Einzelhandelsverkäufe, sondern die Menge der verkauften Waren die Grundlage für den Vergleich. Auch täuscht die Zusammenfassung sämtlicher Verkäufe des Nahrungsmittel- und Bekleidungskleinhandels darüber hinweg, daß einzelne Nahrungsmittelbranchen durch die Errichtung eigener Erwerbslosengeschäfte stark betroffen werden müßten. Wir denken dabei z. B. an Bäckereien.

Nun will Graham nicht nur die Wohlfahrtsunterstützung überflüssig machen, sondern die gesamte Arbeitslosigkeit beseitigen, deren Umfang man für den Winter 1932—33 auf 12—17 Millionen Menschen[27]) schätzte.

---

[25]) Graham, A. o. U., p. 14.

[26]) Vgl. The New York Times 29. 1. 33. Section 2, p. N. 15, „Would put barter on national basis."

[27]) Vgl. Industrial and Labour Information, Genf. Vol. XLVI, p. 15.

Das wäre immerhin ein sehr großer Teil der erwerbstätigen Bevölkerung überhaupt, und die Ablenkung von gewissen Handelsbranchen durch eine eigene Vertriebsorganisation der Corporation würde bedeutend sein. Solchen „unfairen Wettbewerb" will Graham deshalb vermeiden; er lehnt die Errichtung eigener Handelsgeschäfte ab [28]).

Es bleiben die Störungen durch die Nachfrageänderungen:

1. durch die Anders-Verwendung der bisherigen Unterstützungsgelder;
2. durch Eindringen in die reguläre Produktion, indem
   a) Gutscheine gegen bar veräußert werden und
   b) gewisse Dienste direkt mit Waren bezahlt werden.

1. Die bisherigen Unterstützungsgelder können zu einem Mehrkonsum oder einer Mehr-Kapitalbildung dienen, sei es bei den ursprünglichen privaten Eignern, sei es bei einer öffentlichen Stelle, die die Gelder auf dem Besteuerungswege an sich gebracht hat. In allen diesen Fällen wird diese Kaufkraft Arbeit schaffen und, insoweit Kapital gebildet wird, wird für dauernde Arbeitsmöglichkeit gesorgt werden. Insofern unterscheidet sich die bisherige Verwendung der Gelder im Konsum durch die Wohlfahrtsfürsorge unvorteilhaft von den neuen Möglichkeiten. Die Wirkung der Grahamschen Pläne wird also auf den Arbeitsmarkt eine günstige sein, soweit sie den Fortfall der Unterstützungsgelder nach sich zieht.

2a. Das Eindringen in die reguläre Produktion durch Veräußerung von Gutscheinen der Corporation kann mannigfache Wirkungen haben, die wir wenigstens abzuschätzen versuchen wollen. Gutscheine werden gegen bar verkauft werden, um den Währungsgeldbedarf der Corporation und den ihrer Arbeiter zu befriedigen. Wie wir oben (Kapitel A 2) schon ausführten, wird die Corporation Zahlungen an Unternehmer als Gehalt für die Unternehmertätigkeit und als Miete für die Mitnutzung der Fabrikationsanlagen und an inländische und ausländische Rohstoffeigner als Kaufpreis für Rohstoffe leisten müssen. Die Arbeiter der Corporation werden die Gutscheine hauptsächlich zu Wohnungsmietzahlungen weggeben müssen [29]).

Wenn wir annehmen, daß alle Vertragskontrahenten der Corporation und ihrer Arbeiter Gutscheine in Zahlung nehmen, wächst die in den Gutscheinen verkörperte Kaufkraft, die sich auf Waren der Corporation bezieht, Unternehmern und Haus- und Landbesitzern vornehmlich zu. Abgesehen von den Mietzinsen der Corporation-Arbeiter wird diese Kaufkraft für die Empfänger zusätzliche Kaufkraft sein, die einen neuen Bedarf befriedigen kann. Ob Kapitalgüter oder Konsumgüter damit von der Corporation erworben werden, gilt hier gleich, es ist wahrscheinlich, daß von der regulären Produktion weiter-

---

[28]) Graham, A. o. U., p. 60 (Objection 10). Vgl. auch Graham, A. o. U., p. 36 (Postulate 4).

[29]) Gutscheinzahlungen an öffentliche Körperschaften und Transportunternehmungen brauchen kein besonderes Problem zu bilden. Vgl. das oben S. 16 Gesagte.

hin die Waren beschafft werden, die von der bisherigen Kaufkraft nachgefragt wurden. Umschichtungen der Nachfrage von der regulären Produktion auf die Produktion der Corporation und zurück werden keine große Rolle spielen, es sei denn, daß wesentliche Qualitätsunterschiede entständen, was infolge der Organisation der Corporation ausgeschlossen erscheint.

Die Mietzinsen der Corporation-Arbeiter werden bisher, in der Zeit der Erwerbslosigkeit, in der Hauptsache durch Unterstützungsgelder beschafft worden sein. Die Nachfrage des Vermieters, der jetzt Gutscheine erhält, wendet sich also von der regulären Produktion zur Produktion der Corporation. Statt dessen machen andere die Kaufkraft der ehemaligen Unterstützungsgelder auf dem freien Markt geltend. Die Wirkung auf den Arbeitsmarkt wird sich vermutlich in einer geringen Umschichtung der Produktion äußern, neue Arbeitslosigkeit wird entstehen, falls durch die neue Nachfrage arbeitsintensivere Gewerbe vernachlässigt werden.

Der zweite mögliche Fall ist, daß die Unternehmer, die Haus- und Grundbesitzer Bezahlung in Währungsgeld verlangen. In diesem Fall werden sich größere Umschichtungen nicht vermeiden lassen. Die Corporation wird sich genötigt sehen, Gutscheine, eventuell mit einem Disagio, abzusetzen. Die Kaufkraft dieser Käufer wird sodann an die Unternehmer, Hausbesitzer und Rohstoffeigner gehen, wobei die Frage offenbleiben muß, ob sich im ganzen tatsächlich die Richtung der Nachfrage ändern wird. Man wird annehmen dürfen, daß eine Tendenz dahin gehen wird, von der regulären Produktion mehr Kapitalgüter, von der Corporation-Produktion mehr Konsumgüter abzunehmen. Denn die Zahlungen an Unternehmer, Rohstoffeigner und Hausbesitzer sind zum größten Teil Zahlungen für Kapitalnutzung, es ist wahrscheinlich, daß sie auch wieder für Kapitalreproduktion Verwendung finden.

2b. Im Falle, daß sich die Unternehmer bereit finden, Bezahlung in Form der in ihrem Betrieb gewonnenen Produkte anzunehmen, entsteht die Frage, ob nicht normal beschäftigte Arbeiter zur Entlassung kommen werden, da die Unternehmer für die Mehrerzeugung zunächst keine Verwendung resp. keinen Absatz haben. Graham erscheint diese Gefahr bedeutungslos, er meint, die Unternehmer besäßen ja die geeignete Verkaufsorganisation [30]).

Preissenkungen würden jetzt möglich sein und die Verkaufsmöglichkeiten würden durch Wiederkursierung gehorteter Gelder wachsen. Graham verwendet hier als Argument die Preissenkungsmöglichkeit. Von dieser wollen wir jetzt absehen und erst im nächsten Kapitel unserer Arbeit darauf zurückkommen.

Wir wollen unsere Fragestellung noch einmal, und zwar in anderer Formulierung deutlich machen: dem Unternehmer ist ein Mehreinkommen in Warenform zugeflossen, dessen Grund in einer vermehrten Produktion liegt. Keine Kaufkraft steht an sich zur Aufnahme dieser Warenvermehrung zu Gebote. Es ist klar, daß bei gleich-

[30]) Graham, A. o. U., p. 22.

bleibenden Preisen die Ware nur abgesetzt werden kann, wenn sie an anderer Stelle unverkäuflich bleibt. Arbeiter der regulären Produktion werden demnach zur Entlassung kommen müssen. Anders, wenn auch an anderer Stelle ein vermehrtes Wareneinkommen besteht und die Waren sich gegeneinander innerhalb eines geschlossenen Ringes austauschen lassen.

(Man braucht sich diesen Vorgang selbstverständlich nicht als Naturaltausch zu denken, das Dazwischentreten des Geldes wird die Umsätze der Warenmengen auf viele Weise erleichtern.)

Gutscheine werden vermutlich stets mit einem gewissen Disagio gehandelt werden. Es wird deshalb mit Gutscheinen mehr Arbeit nachgefragt werden. Währungsgeld werden die Arbeitgeber weniger gern ausgeben. Dies hat sich als Tatsache bereits im amerikanischen Tauschhandel erwiesen [31]), es ist leichter, gegen Gutscheinbezahlung Arbeit zu finden.

Diese Tatsache erklärt sich mit der Nachfragekurve für Arbeit: zu niedrigeren Lohnsätzen wird das gesamte Arbeiterangebot nachgefragt werden. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen Ed. Lukas in seinem Buche „Das wahre Wesen und die wahren Aufgaben der Arbeitslosenversicherung“ [32]).

Lukas schlägt vor, die Arbeitslosen zu niedrigeren Lohnsätzen als den weiter geltenden tariflichen in einer dem Gemeinwohl dienenden Produktion zusammenzufassen. „Ohne den vollbeschäftigten Arbeiter zu schädigen“, sollen so „die volkswirtschaftlichen Nachteile der Spannung zwischen dem tatsächlich geltenden Lohnsatze und dem natürlichen Preise der Arbeit überwunden“ [33]) werden.

Wie bei Graham, soll die Konkurrenz privater Unternehmungen eliminiert werden, indem ganze Gruppen der Unternehmungen organisatorisch zusammengefaßt werden [34]).

Daß der Reallohn der Corporation-Arbeiter geringer als der normal beschäftigter sein wird, haben wir oben schon ausgeführt. Da es die Regel ist, daß durch die Krise zunächst die weniger produktiven Produktionsstätten und die weniger tüchtigen Arbeiter ausgeschaltet werden, kann ihre Wiedereingliederung in den Produktionsprozeß nicht dieselbe Höhe der produktiven Leistung erbringen. Die Frage ist nun, ob die Lohnhöhe der regulär beschäftigten Arbeiter durch die Funktion der Corporation berührt wird.

G r a h a m erkennt keinerlei ungünstige Wirkung an: im Gegenteil werde sich infolge des vergrößerten und verbilligten Sozialprodukts bald eine Möglichkeit ergeben, den Reallohn zu erhöhen [35]).

---

[31]) Weishaar-Parrish, Men without money. 1933, p. 42.

[32]) Graz, 1926, S. 53 ff.

[33]) Ed. Lukas, Das wahre Wesen und die wahren Aufgaben der Arbeitslosenversicherung. 1926, S. 60.

[34]) Lukas, a. a. O., S. 58. Dafür, daß eine derartige Organisation nicht beispiellos wäre, verweist Lukas auf das Beispiel der Erwerbssteuer, die als Repartitionssteuer erhoben wurde. (Vgl. Anm. 42, S. 59.)

[35]) Vgl. Graham, a. a. O., pp. 60—61 (Objection XI), p. 32.

Wir können uns diesem Optimismus nicht ohne weiteres anschließen. Falls andere als die Corporation das Recht haben sollen, Gutscheine für Lohnzahlungen zu verwenden, wird ein Lohndruck auf dem regulären Arbeitsmarkt entstehen. Arbeitgeber werden versuchen, auch ihre regulären Arbeitskräfte mit Gutscheinen zu bezahlen, wobei der Disagiogewinn mitgenommen wird. Es ist nicht wahrscheinlich, daß der geltende Reallohn aufrecht erhalten bleibt, indem etwa die Arbeitnehmerentlohnung in einem entsprechenden Mehr von Gutscheinen stattfindet.

Im übrigen gelten hinsichtlich der oben angeführten Nachfrageänderungen die bekannten Wechselwirkungen von Arbeitsnachfrage und Lohnhöhe: Ueberall da, wo die freie Marktwirtschaft Arbeiter wird entlassen müssen, wird sich zuvor ein Lohndruck einstellen. Da der Absatz zu schwinden beginnt, sind eine Anzahl von Arbeitern nicht mehr ihren Lohn wert; werden sie ausgestoßen, müssen die übrigbleibenden dulden, daß bei der Lohnberechnung vom Wert ihrer Erzeugnisse der Wert der gesamten fixen Kosten in Abzug kommt; ihr Lohn muß also notwendigerweise ein geringerer werden. Umgekehrt wird der Lohn steigende Tendenz haben, wo Neueinstellungen stattfinden.

L e d e r e r s Plan setzt sich das Ziel, Erwerbslose zu beschäftigen, ohne den freien Markt dabei zu stören. Bei turnusmäßiger Heranziehung der Arbeitslosen, meint er, könne man jährlich 250—350 000 Erwerbslose wieder in die Betriebe bringen[36]). Die Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik[37]) hat, wie oben schon angeführt wurde, Berechnungen über die mutmaßlichen Wirkungen des Lederer-Planes angestellt, indem sie vier Bedarfsgüterproduktionsarten (Männerschuhe, -hemden, Konfektionsanzüge und Bettlaken) herausgriff.

Zur Herstellung von je 1 Million Stück resp. Paar würden demnach knapp 12 000 Jahresvollarbeiter Beschäftigung finden, also 24 000 Arbeitnehmer bei Kurzarbeit von 3 Tagen in der Woche[38]) tätig sein können.

Wie oben schon erwähnt, wären die Barkosten für diese Produktion etwa 22 Millionen RM. 48 000 Arbeitnehmer mit einem Produktionsergebnis von je 2 Millionen Stück der 4 Bedarfsgüter würden also 44 Millionen RM erfordern, eine Summe, die Lederer für 100 000 Arbeitnehmer gleicher Beschäftigungsdauer vorsah[39]).

Es ergibt sich also, daß sich der Arbeitsmarkt durch die Erwerbslosenproduktion vermutlich nicht in dem Umfange entlasten läßt, wie Lederer es vorsah. Und selbst, wenn sich die Barkosten durch bessere Aneinanderschaltung der Produktionsstufen auf 30 %

---

[36]) Vgl. Berliner Tageblatt, 6. 2. 1932, Morgenausgabe, S. 2.

[37]) Früher: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 15 (vgl. oben S. 32, Anm. 17).

[38]) Kurzarbeit von 24 Stunden zu Tariflohn ergibt noch einen wesentlichen höheren Verdienst als die Wohlfahrtsunterstützung. Vgl. Karl Hämmerling „Die Arbeitsfürsorge für Wohlfahrtserwerbslose". Berlin, Diss. 1931, S. 21.

[39]) Vgl. Berliner Tageblatt 6. 2. 1932, Morgenausgabe, S. 2.

des Produktionswertes herabdrücken ließen — eine unseres Erachtens mögliche, aber optimistische Annahme — würden (wieder bei Zugrundelegung der Verhältnisse in den 4 ausgewählten Bedarfsgüterproduktionen) auch nur 60 000 Kurzarbeiter zur Erzeugung von je 2 Millionen Stück Beschäftigung finden können.

Die Entlastung des Arbeitsmarkts bleibt also — bei Zugrundelegung des gleichen Baraufwandes — nach den Berechnungen der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik um 40 % hinter den Schätzungen Lederers zurück. Es fragt sich nun andererseits, ob nicht die Erwerbslosenproduktion den Arbeitsmarkt der regulären Produktion belasten wird.

Die Erwerbslosenproduktion soll im freien Markt isoliert bleiben, der Erwerbslose die von ihm oder seinen Schicksalsgenossen erzeugten Produkte in speziellen Verteilungsstellen in Empfang nehmen. Weitergabe der Bezugsscheine durch die empfangsberechtigten Erwerbslosen läßt sich allerdings durch Ausstellung auf den Namen und Personalkontrolle ausschließen, nicht dagegen verhindern läßt sich der Verkauf der empfangenen Bedarfsgüter auf dem freien Markt [40]).

Ueber den Umfang dieser Weiterverkäufe läßt sich schwerlich etwas aussagen; es wird darauf ankommen, wie mannigfaltig die Erwerbslosenproduktion gestaltet werden kann und ob insbesondere auch Nahrungsmittel den Erwerbslosen genügend zur Verfügung stehen [41]).

Daß die Weitergabe der empfangenen Naturalien oder der Anweisungen auf sie durch die arme Bevölkerung nicht selten ist, wissen wir aus der Geschichte des Armenwesens [42]).

Dennoch lassen sich die Arten der ehemaligen Armen-Naturalunterstützungen nicht unbedingt mit der Verteilung der Produkte gemäß dem Lederer-Plan vergleichen. Es wird der Charakter der mildtätigen Gabe, die unerwünscht kommen kann, fehlen, es kann gleichfalls dafür gesorgt werden, daß Produkte nur an Erwerbslose kommen, welche diese Produkte wirklich benötigen, und diese Produkte können im großen und ganzen eine mittlere Qualität aufweisen, so daß sie gern empfangen werden.

Für den Fall, daß sich Weiterverkäufe durch organisatorische Maßregeln so weit ausschließen lassen, daß sie keine praktische Bedeutung mehr haben, werden sich dennoch Nachfrageänderungen auf dem freien Markt ergeben. Diese werden gering sein, wenn die Erwerbslosen mit ihren Unterstützungsgeldern weiter dieselben Waren nachfragen, die sie bisher nachgefragt haben, die Erwerbslosenproduktion also einen Bedarf deckt, der bisher nicht befriedigt werden

---

[40]) Die Bedenken werden betont in: Der Deutsche Volkswirt, 6. Jg., Nr. 34, S. 1109, „Das Für und Wider" (20. 5. 1932); Soziale Praxis 1932, Sp. 196, Wunderlich: „Arbeitsbeschaffung und Währungsschutz"; Der Oesterreichische Volkswirt, 24. Jg., S. 816—17 (21. 5. 1932).

[41]) Vgl. insbesondere: Der Deutsche Volkswirt, 6. Jg., S. 1109.

[42]) Vgl. dazu: Schriften des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit, 42. Heft, 1899 (Kayser, „Natural- und Geldunterstützung"), S. 51; Baron von Voght, „Ueber die Hamburgische Armenanstalt vom Jahre 1788 bis 1794", Lüneburg 1832, S. 25.

konnte[43]). Andernfalls werden sich Umschichtungen ergeben, und zwar von Industrien, die auch bei der Erwerbslosenproduktion vertreten sind, auf solche, die nicht vertreten sind. Im großen und ganzen wird das darauf hinauslaufen, daß die freie Wirtschaft künftig weniger Güter des dringendsten Bedarfs und mehr Waren des sogenannten Massenluxus, und vielleicht auch Produktionsmittel, herstellen wird. Beispielsweise wird man annehmen können, daß die Textilindustrie an Absatz verlieren, also Arbeiter entlassen wird, wogegen die Filmindustrie größere Gewinne zu verzeichnen vermag. Vornehmlich auch wird das Handwerk leiden, das von der Wohlfahrtspflege bisher die Mittel bekam, der dringendsten Not der Erwerbslosen abzuhelfen. Ob demgegenüber durch die Erwerbslosenproduktion öffentliche Mittel erspart werden könnten, darüber gingen die Meinungen von Kommunalpraktikern auseinander[44]). Es wurde die Meinung vertreten, daß der Bedarf auf dem freien Markt, also bei Handwerk und Industrie, wahrscheinlich wirtschaftlicher zu decken sei. In der Mehrzahl sprach man sich jedoch für die Verwendung von Erwerbslosenarbeit zur besseren Versorgung der Erwerbslosen aus. Die Beispiele der städtischen Regiebetriebe, in denen unter Verwendung von Erwerbslosenarbeit der Bedarf der Wohlfahrtsämter hergestellt wird, seien für die finanzielle Zweckmäßigkeit ein gutes Beispiel[45]). Dagegen würden die Erfahrungen sprechen, die mit den Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge gemacht worden sind[46]).

Wir kommen unter Abwägung der verschiedenen Gründe zu folgendem Schluß: Das Beispiel der produktiven Erwerbslosenfürsorge kann nur unter großem Vorbehalt herangezogen werden, da die Höhe der Kapitalkosten sich nicht vergleichen läßt. Unter ausschließlicher Berücksichtigung der Arbeitskosten ergibt sich aber, daß bei Beschäftigung von Erwerbslosen der sowieso verlorene Betrag der Unterstützung in Rechnung gestellt werden kann[47]). Den Arbeitern auf dem freien Markt müßte der Gesamtwert der Arbeit bezahlt werden.

Die Erwerbslosenproduktion würde also dann wirtschaftlich zu nennen sein, wenn ihre Arbeitseffizienz so groß ist, daß die Gesamtkosten unter dem Betrag bleiben, den die Kosten der Arbeitvergebung auf dem freien Markt, vermehrt um die gleichzeitig entstehenden Unterstützungssummen, ausmachen.

Weder von den Absatzverschiebungen noch vom Absatzverlust des freien Marktes befürchten wir also wesentliche Schädigungen des Gesamt-Arbeitsmarktes. Allein die Barkosten der Erwerbslosenpro-

---

[43]) Vgl. Frankfurter Zeitung, 9. 2. 1933, Reichsausgabe, S. 11. „Wer tapeziert gegen Kinderkleidchen?"

[44]) Vgl. „Die Gemeinde", 9. Jg., H. 17, S. 783/4 (Sept. 1932).

[45]) Vgl. darüber das im Anhang S. 107 Gesagte.

[46]) Vgl. dazu H. Kiehl, Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge und strukturelle Arbeitslosigkeit in Deutschland. Diss. Königsberg 1929, S. 13 u. 33.

[47]) Vgl. unten S. 50 ff.

duktion vermögen, im Weg über das Kapitalangebot, den Arbeitsmarkt ungünstig zu beeinflussen; wir erörtern diesen Fall im übernächsten Kapitel [48]).

Eine Wirkung auf die Lohnhöhe der unter freier Konkurrenz auf dem freien Markt Beschäftigten wird sich nur infolge der durch Nachfrageänderungen eintretenden Umschichtungen und des Fortfalls öffentlicher Aufträge zu Wohlfahrtszwecken ergeben. Direkte Wirkungen auf den freien Markt sind ausgeschlossen. Denn die Lohnhöhe der Erwerbslosenproduktion untersteht nicht den Gesetzen des freien Marktes, sie wird planwirtschaftlich nach dem internen Produktionsergebnis bestimmt. Damit entfällt auch der Einwand Frieda Wunderlichs, die eine Gegenseitigkeitshilfe der Erwerbslosen ablehnt, weil die „niedrigere Löhne" zahlenden Notstandsbetriebe „die normale Nachfrage" leicht erfassen würden [49]).

b) Wirkungen auf den Warenmarkt.

Der Warenmarkt der Erwerbslosenhilfswirtschaft bietet kein besonderes theoretisches Problem; dagegen wird der Warenmarkt der freien Marktwirtschaft verschiedenen Einflüssen offen stehen, auf die wir jetzt näher eingehen wollen. Vieles ist schon im Zusammenhang mit der Behandlung der Wirkungen auf den Arbeitsmarkt angeschnitten worden, wir brauchen das hier nur kurz zu rekapitulieren.

Wir haben uns mit den möglichen Nachfrageänderungen beschäftigt, die durch die Andersverwendung der Unterstützungsgelder, durch den Verkauf von Gutscheinen und durch die Abgabe von Waren an den freien Markt bei der Graham'schen Organisation entstehen können. Unser Resultat war, daß wir entweder mit Gewinnen bestimmter Produktionszweige, denen sich die neue Nachfrage zuwendet, rechnen müssen, denen Verluste anderer Produktionszweige gegenüberstehen (in den Fällen der ehemaligen Unterstützungsgelder und der in den freien Markt gegebenen Gutscheine), oder daß bei Abgabe von Waren an den freien Markt eine Schädigung der regulären Produktion eintreten kann.

In den ersten beiden Fällen wird also der Warenmarkt der freien Marktwirtschaft, im ganzen genommen, etwa den gleichen Umfang behalten. Das bedeutet, daß eine Vermehrung des Warenangebots in gewissen Produktionszweigen unter vorhergehender Preissteigerung einer Verringerung der Warenmenge in anderen Produktionszweigen mit vorhergegangener Preissenkung entspricht. Im Fall der Abgabe von Waren an den freien Markt kann jedoch der Warenmarkt der freien Marktwirtschaft schrumpfen, Preissturz und Produktionseinschränkung können allein auftreten.

Im großen und ganzen werden die Kapitalgüterindustrien des freien Marktes durch die Funktion der Hilfswirtschaft stärker als die Konsumgüterindustrien angeregt werden. Das erklärt sich schon dar-

[48]) Vgl. unten S. 53.

[49]) Vgl. Soziale Praxis 1932, Sp. 196, „Arbeitsbeschaffung und Währungsschutz".

aus, daß die freie Wirtschaft durch die Corporation größere Gewinne haben wird. Die Konsumgüterindustrien, im ganzen genommen, werden dagegen kaum vermehrten Absatz haben, da der Bedarf der Erwerbslosen nun von der Hilfswirtschaft gedeckt werden wird.

Die bedeutsamste Frage in diesem Zusammenhang ist die Kostengestaltung der einzelnen Betriebe. Werden die Kosten pro Einheit des Produkts bei vergrößerter Produktion steigen oder fallen, bei verminderter Produktion fallen oder steigen?

Graham stützt auf das Argument der Kostendegression [60]) einen wesentlichen Teil seiner Ausführungen.

In der Tat wird durch seinen Plan, durch die vorgesehene Eingliederung Erwerbsloser in laufende Betriebe, die Produktion im ganzen sehr verbilligt werden. Denn selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß in der Krise zuerst die wenigst wirtschaftlichen Maschinen stillgelegt worden sind, daß deren Wiederinbetriebsetzung und Benutzung also größere Kosten verursachen wird, ist der entscheidende Punkt der Anlagewert der Produktionsstätten, an dem die stilliegenden Produktionsteile nur mehr mit einem sehr geringen Betrag beteiligt sind. Oder sie sind sogar schon gänzlich abgeschrieben.

Die geringere Wirtschaftlichkeit dieser wieder in Betrieb genommenen Produktionsteile wird sich im Reallohn der Corporation-Arbeiter, sowie in der Abnutzungsrente, die an den Unternehmer gezahlt wird, niederschlagen. Den Unternehmern bleibt jedoch eine r e i n e Mehreinnahme: das Gehalt für ihre Unternehmerdienste und die Abnutzungsrente, soweit die stilliegenden Betriebsteile schon abgeschrieben waren. Es wird deshalb für sie die Möglichkeit entstehen, die Preise ihrer Produkte zu verbilligen, und sie werden diese Möglichkeit ausnutzen, soweit sie dadurch ihren Absatz erweitern können. Ob sie die Mehreinnahme von der Corporation dabei in Gutscheinen, in Währungsgeld oder in Form der in ihrem Betrieb gewonnenen Produkte erhalten, ist irrelevant. Wir sehen aber, daß sich durch die Preissenkungsmöglichkeit die oben erörterte ungünstige Wirkung der Rentenzahlungsform in Waren ganz paralysieren läßt, ja, soweit sich die Nachfrage nach diesen Waren sehr elastisch zeigt, die reguläre Produktion erweitert werden kann, mit allen den bekannten günstigen Wirkungen auf Arbeitsmarkt, Warenmarkt usf.

Insoweit die Corporation sich an den freien Markt wenden muß, um Güter, die sie selbst nicht erzeugen kann, zu erhalten, wird die vermehrte Gesamtnachfrage nach diesen Gütern Preiserhöhungen hervorrufen, soweit nicht Lagervorräte die erste Nachfrage befriedigen können. Die Preiserhöhungen werden anhaltend sein, wenn es sich nicht um beliebig vermehrbare Güter handelt, bei denen nach einiger Zeit die Preise wieder auf den alten Stand sinken werden.

Insbesondere werden bestimmte Rohstoffe, landwirtschaftliche und ausländische, steigende Preistendenz zeigen. Wie wir oben er-

---

[60]) A. o. U., p. 11.

wähnten, ist die Preiserholung für landwirtschaftliche Produkte durchaus in der Absicht Grahams [51]); er verspricht sich von der Erhöhung der landwirtschaftlichen Kaufkraft eine Erholung der gesamten Wirtschaft. Die enormen Ueberschußprodukte der Landwirtschaft werden auf diese Weise in Bewegung gesetzt werden, Rohstoffe, die überhaupt nicht mehr verwertbar waren, werden zu einem Preise absetzbar, daß ihre Produktion wieder lohnt, und von der Belebung in der Landwirtschaft wird ebenfalls die Industrie wiederum Nutzen ziehen.

Bei Ausschaltung jeglicher Konjunkturbewegung wird demgegenüber die Verteuerung der Rohstoffe und die Verminderung des Reallohns für den Industriearbeiter ins Gewicht fallen. Vorteile und Nachteile hier gegeneinander abzuwägen, scheint uns eine kaum durchführbare Arbeit zu sein. Wir wollen uns darum an die empirischen Ergebnisse halten, die dahin gehen, daß die Belebung in der Landwirtschaft auch auf die Industrie überzugreifen pflegt. Offenbar hängt das damit zusammen, daß der Wert der Rohstoffe im Endprodukt nur einen kleinen Teil ausmacht, so daß die Kostenverteuerung also keine bedeutenden Wirkungen auszuüben vermag.

Anders als der Arbeitsmarkt, der nach dem L e d e r e r-Plan nur ein einziger Markt ist, ist der Warenmarkt des freien Marktes von den wirtschaftlichen Gütern der Erwerbslosenproduktion vollkommen zu trennen. Während die Problematik der Hilfswirtschaft lediglich in der Höhe ihrer Kosten zu suchen ist (vgl. oben Kapitel B I a), ist der freie Warenmarkt auf seine marktmäßigen Reaktionen hin zu untersuchen. Bei der Besprechung des Arbeitsmarktes sind wir darauf eingegangen, wie der Warenmarkt in drei Beziehungen reagieren wird: wir haben die Aenderung der Erwerbslosennachfrage auf dem freien Markt infolge der hilfswirtschaftlich verteilten Produkte, den möglichen Weiterverkauf der zugeteilten Produkte durch die Erwerbslosen und den Absatzverlust des freien Handwerks und der Industrie infolge der Einschränkung der Wohlfahrtsfürsorge, die zu erwarten sein wird, skizziert. Wir verweisen deshalb auf unsere obigen Ausführungen.

Im ganzen brauchen diese Wirkungen auf den Warenmarkt nicht erheblich zu sein. Die mit den Unterstützungsgeldern ausgeübte Nachfrage der Erwerbslosen kann etwa die gleiche bleiben, desgleichen wird sich die Weiterveräußerung der hilfswirtschaftlichen Produkte weitgehend verhindern lassen, falls Vorsorge getroffen wird, daß die Erwerbslosen wirklich nur Güter zugeteilt bekommen, deren sie bedürfen und die sie mittels der Kaufkraft der Unterstützungsgelder nicht hätten erwerben können. Gewiß wird die Kontrolle über die Verhältnisse des einzelnen Erwerbslosen große Schwierigkeiten verursachen, auch oft völlig unzureichend sein, immerhin steht man hier vor keiner anderen Aufgabe, als wie sie die Wohlfahrtsfürsorge in ihrer jetzigen Gestalt auch setzt. Um je mehr Erwerbslose es sich handelt, um so mehr können sich die Störungen der freien Marktwirtschaft häufen. Diese werden allerdings lediglich in dem Fall eintreten, daß die Verteilungsstellen Auswahl nur unter wenigen Produkten haben, nicht wenn die Erwerbslosenproduktion mannigfaltige Bedarfsgüter umfaß

[51]) A. o. U., pp. 25/26, 33.

Ebenso wie bei der Corporation Grahams wird bei der Lederer-schen Hilfswirtschaft die Tendenz dahin gehen, die Rohstoffpreise zu erhöhen. Auch für Halbfertigwaren kann hier dieselbe Tendenz bestehen. Der Rohstoffpreiserhöhung muß eine Preissenkung entsprechen, die vermutlich zu Lasten der Fertigwarengüterindustrie geht. Denn die durch allgemeine Steuermittel aufgebrachten Rohstoff- und Hilfsstoffkosten der Erwerbslosenproduktion müssen einen Druck auf alle Produktionskosten und Gewinne der freien Marktwirtschaft ausüben.

Zum Schluß dieses Kapitels noch einige Bemerkungen über den mutmaßlichen Grund des Lederer-Planes, die Erwerbslosenerzeugnisse lediglich durch Verteilung unterzubringen:

Durch diese Gestaltung des Vorschlages werden zahlreiche Schwierigkeiten vermieden. Eine Erwerbslosenproduktion in Verbindung mit dem freien Markt, vom Staate angeregt und gefördert, würde aller Wahrscheinlichkeit nach nur auf Kosten der normalen Produktion absetzbar sein. Die Erfahrungen der Armenarbeit früherer Zeiten sind für dieses Ergebnis deutlich genug [52]).

C. Heiberg [53]) läßt diese Absatzkonkurrenz nicht als Argument gegen Armenarbeit gelten: „es ist die schlechteste Armenverwaltung, die dem rüstigen Arbeiter für Nichts Etwas gibt. Ein Etwas wird aus jener Arbeit doch immer gewonnen“ [54]).

In der Tat muß bei rein volkswirtschaftlicher Betrachtung jede Vermehrung des Sozialproduktes durch Arbeit erwünscht sein. In der kapitalistischen Marktwirtschaft jedoch ist die Vermehrung einseitig nur eines Produktes von Preisänderungen begleitet, die den Vorteil der Produktionsvermehrung häufig aufheben, weil Kapitalverluste eintreten. Nur relativ selten wird sich der Fall ereignen, daß das durch zusätzliche Arbeit vermehrte Sozialprodukt die Preisverhältnisse auf dem Markte nicht wesentlich berührt. Dann ist solche Wirkung der Tatsache zu verdanken, daß das Sozialprodukt um Güter bereichert worden ist, die sich in das bestehende Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage einfügen konnten, sei es, daß ein bestehender Tauschring sich erweiterte, um die neuen Produkte abzunehmen, sei es, daß sich ein neuer harmonischer Produktions- und Tauschring an die bestehenden marktwirtschaftlichen Beziehungen peripher ansetzen konnte.

Heinrich Rittershausen scheint es dieser Schwierigkeiten wegen unmöglich, daß durch Erwerbslosenarbeit Konsumgüter hergestellt werden. Er schreibt [55]): „Aus unserer Analyse ergibt sich, daß die heutige Arbeitslosigkeit . . . durch Rationalisierungen verursacht ist. Es

---

[52]) Vgl. z. B.: von Melle, Die Entwicklung des öffentlichen Armenwesens in Hamburg, 1883, S. 168; John Macfarlan, Untersuchungen über die Armuth, Leipzig 1785, S. 389.

[53]) C. Heiberg, Mittheilungen über das Armenwesen mit Rücksicht auf die Herzogthümer Schleswig und Holstein, 1835.

[54]) Heiberg, a. a. O., S. 5.

[55]) Nach: Arbeitslosigkeit und Kapitalbildung, Jena 1930, S. 108. Die gleiche Ansicht findet sich bei Lampe (Notstandsarbeiten oder Lohnabbau, Jena 1927, S. 59) und Wilbrandt (Soziale Praxis 1926, Sp. 1242).

sind also in den Läden reichlich unverkäufliche Konsumgüter vorhanden. Auch nach dem Verkauf dieser unverkäuflichen Vorräte ist die Konsumgüterproduktion für alle Arbeitskräfte ausreichend, da die Absatzstockung ja gerade darin besteht, daß zwar eine genügende Produktion für alle, nicht aber ein Absatz an alle vorhanden ist".

Beim Lederer-Plan ergibt sich deshalb, daß von relativ wenigen Erwerbslosen die zusätzliche Konsumgüterversorgung sämtlicher Erwerbslosen erarbeitet werden kann, während Graham ja allen Erwerbszweigen die Arbeitslosen zuführen will. Daß er bei seinem Gedankengang die infolge Rationalisierung erfolgten Freisetzungen nicht genügend berücksichtigt hat, ist dabei festzustellen. Wir kommen auf diese Probleme bei unseren Betrachtungen über den technischen Fortschritt (Kapitel B II 2 b) zurück.

Bei kleineren Hilfswirtschaften, wie z. B. den uns bekannten Tauschhandelsgruppen, bestehen diese Probleme nicht, da schon der begrenzte Wirtschaftsraum für die Herstellung auch wirklich absetzbarer Güter eine gewisse Garantie bietet. Das Verhältnis zwischen Kapitalgüter- und Konsumgüterproduktion kann lediglich bei den Kreditbewilligungen der Tauschhandelsgruppen eine Rolle spielen.

c) Geld- und Kapitalmarkt.

Wir kommen zur Besprechung der Reaktionen des Geld- und Kapitalmarktes.

Zunächst sei der erstere behandelt, obwohl er, für sich betrachtet, nur wenige wichtige Probleme bietet. Stets tritt die enge Verknüpfung mit den Kapitalfragen hervor.

In den hilfswirtschaftlichen Plänen werden Bezugs- oder Gutscheine neben das geltende Geldsystem gestellt. Es ist für unsere Fragestellung müßig, zu erörtern, ob die Bezugsscheine mit dem Begriff „Geld" bezeichnet werden dürfen[56]). Wir werden mit Geld jedes Umlaufsmittel bezeichnen, sofern es nur Transportfunktion ausübt.

Die Wirkungen der neuen Anweisungen auf den Geldmarkt können sich in Aenderungen der Zinshöhe des Umsatzkredits und in einer Verdrängung des Währungsgeldes äußern. Eine Verdrängung zeigt sich in einer Verminderung der umlaufenden Währungsgeldmenge oder in einer verringerten Umlaufsgeschwindigkeit des Währungsgeldes an.

Wir wollen uns zuerst mit der Zinshöhe des Umsatzkredits befassen. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß durch die hilfswirtschaftliche Wirtschaftsweise Nachfrage der Unternehmer und Händler nach Umlaufsmitteln befriedigt wird, die sonst latent auf dem Geldmarkt vorhanden gewesen wäre. Der Geldmarkt muß dadurch flüssiger werden, der Umsatzkreditzinssatz muß sinken.

---

[56]) Bruno Moll z. B. wendet sich gegen die Anweisungstheorie, indem er vom „Geld" auch „die Möglichkeit endlicher Befriedigung des Geldinhabers — sei es am Stoffe des Geldes, sei es in den dafür einzutauschenden wirtschaftlichen Gütern" — fordert. (Vgl. B. Moll, Die modernen Geldtheorien und Währungssysteme. Stuttgart 1926, S. 23—25.)

Von den hilfswirtschaftlichen Maßnahmen verspricht sich Graham [57]) deshalb eine Belebung der Umsatztätigkeit, eine Verflüssigung des Geldmarktes und damit eine anregende Wirkung auf die reguläre Produktion und ein Anziehen der Preise. Seine Corporation würde in gleichem Maße schrumpfen, wie die reguläre Produktion wieder erweitert würde. Beim Lederer-Plan [58]) wird der Geldmarkt der freien Wirtschaft je nach dem psychologischen Einfluß der hilfswirtschaftlichen Eingriffe reagieren.

Eine Verminderung der Umlaufsgeschwindigkeit des Währungsgeldes ist im Verlauf beider Hilfswirtschaften möglich. Sie wird eintreten, wenn Hilfswirtschaft und reguläre Wirtschaft nebeneinander bestehen, ohne daß die reguläre Wirtschaft dadurch angeregt wird. Psychologische Gründe können auch hier entscheidend sein; denn das innerhalb der regulären Wirtschaft umlaufende hilfswirtschaftliche Geld wird, sofern es für die Empfänger Mehr-Kaufkraft darstellt, zuerst und vornehmlich verwendet werden. Demgegenüber wird das Währungsgeld festgehalten werden, da sein Wert als stabiler angesehen werden wird. Die Spartätigkeit, die Kassenreserven und Hortungen werden auf diese Weise zunehmen. Es ist sicher, daß mit einer solchen Aenderung der Geldverkehrsgewohnheiten schädigende Rückwirkungen auf die reguläre Wirtschaft zunächst nicht ausbleiben können. Erst nach einiger Zeit wird sich die Produktion dem veränderten Geldumlauf anpassen, es muß dabei durchaus offen bleiben, ob nach dieser Anpassung nicht Schädigungen des Arbeits- und Kapitalmarktes zurückbleiben. Das wird schließlich davon abhängen, ob die verminderte Umlaufsgeschwindigkeit in eine effektive Kapitalbildung mündet oder nicht.

Eine Ersetzung des Währungsgeldes durch das Hilfswirtschaftsgeld wird nur eintreten, wenn das letztere Zwangskurs genießt, ein den subjektiven Wertschätzungen entsprechendes Disagio der Gutscheine also nicht auftreten kann.

Infolge des Gresham'schen Gesetzes würde in diesem Fall bei den Banken die Nachfrage nach Währungsgeld sinken. Die Banken würden also gezwungen sein, den Umsatzkreditzinssatz zu ermäßigen bis auf einen Satz, der unter ihren Verwaltungskosten liegen kann. Für die Wirtschaft würde diese Entwicklung günstig sein, die Corporation hätte allerdings gewisse Absatzschwierigkeiten, bis sie den Geldbedarf der Wirtschaft mit Gutscheinen, die nicht zu ihr zurückfließen (Kassenreservenbedarf), gedeckt hätte.

Eine derartige Entwicklung ist aber von Graham ausgeschlossen worden — sie würde auch Konfliktsmöglichkeiten mit mächtigen Wirtschaftsgruppen hervorrufen —, indem die 5%ige Entwertung der Gutscheine bei Monatsende vorgeschrieben ist. Die Gutscheine stellen also kein wertbeständiges Umlaufsmittel dar und tragen außerdem gegenüber dem Währungsgeld ein Disagio, so daß sich der Verkehr mit Vorliebe des regulären Geldes bedienen wird.

---

[57]) Graham, Ab. o. U., p. 33.
[58]) Lederer, Planwirtschaft, S. 15/16.

Wir resümieren, daß durch Grahams Hilfswirtschaft die Zinshöhe des Geldmarktes sinkende Tendenz zeigen, die Umlaufsgeschwindigkeit des Währungsgeldes von psychologischen Wirkungen abhängig sein wird und eine Verdrängung des Währungsgeldes ausgeschlossen ist.

Interessant ist noch die Frage, warum Graham und Lederer Gut- bezw. Bezugsscheine wählten und nicht vorschlugen, den hilfswirtschaftlichen Arbeitern den Gegenwert ihrer Leistungen in Währungsgeld auszuzahlen.

Während bei Graham die Gutscheine dazu dienen, den Lohn nachträglich dem Produktionswert anzupassen, mußte Lederer das Bezugsscheinsystem wählen, um die Bindung der Erwerbslosen an die von ihnen erzeugten Sachgüter vollkommen zu machen und den Charakter einer partiellen Planwirtschaft zu wahren.

Weder Graham noch Lederer hängen also der merkwürdigen Währungsorthodoxie an, wie sie die Deutsche Reichsbank im Mai 1932 zeigte. Damals nahm sie durch ihren Präsidenten Luther den Lederer-Plan auf, erweiterte ihn zu einem Siedlungsprojekt[59]) und führte als Befürwortung des Projektes aus, es sei bargeldlos „ohne kreditpolitische Experimente" durchführbar[60]). Zu dieser Reichsbankpolitik bemerkt der Wirtschaftsdienst, Hamburg, richtig: „woraus sich die logische Folgerung ergibt, daß die Abwicklung desselben Siedlungsprogrammes im Rahmen des bestehenden Kreditsystems als ein „Experiment" zu betrachten wäre, weil sich dann die ausgeführten volkswirtschaftlichen Leistungen in Reichsmarkguthaben und Reichsmarkforderungen ausdrücken würden"[61]). Mit einer solchen Haltung dokumentiert die Reichsbank, daß sie es nicht für ihre Pflicht ansieht, überall da, wo gewirtschaftet wird, zur Erleichterung des Verkehrs Geld zur Verfügung zu stellen.

Wir wenden uns mit diesen Ausführungen zu den Problemen des K a p i t a l m a r k t e s. Es sind im wesentlichen zwei Reaktionsmöglichkeiten, auf die wir alle Fragen zurückführen können: Die Beeinflussung der Kapitalbildung und die Kapitalablenkung durch die hilfswirtschaftlichen Maßnahmen. Wir wollen bei der zunächst folgenden Betrachtung vom Lederer-Plan ganz absehen.

Infolge hilfswirtschaftlicher Arbeiten werden die Einnahmen der Kapitalbesitzerschaft im ganzen gesehen steigen, diese Tatsache wird sich in verminderten Verlusten oder steigenden Gewinnen niederschlagen. Die Kapitalgüterindustrien werden dadurch eine kräftige Anregung erfahren. Denn es liegt ein vergrößerter Kapitalreproduktionsbedarf vor, außerdem ist es möglich, daß mit der Milderung des wirtschaftlichen Elends die Neigung zu größeren Investitionen wächst. Die Kapitalbildung dafür kann aus alten Reserven liquiden Kapitals kommen oder aus den Ueberschüssen erfolgen, die die Kostendegression

---

[59]) Vgl. Anhang S. 106.

[60]) Vgl. dazu: Wirtschaftsdienst, Hamburg, 20. 5. 1932, S. 687.

[61]) Wirtschaftsdienst, a. a. O., S. 687.

in den Betrieben regelmäßig verursacht. Wir lassen zur Illustrierung dieser Erscheinung einige ausgezeichnete Sätze Heinrich Rittershausens folgen, dem wir uns hierin vollkommen anschließen möchten.

„Verwendet man dagegen die brachliegenden Kräfte der Millionen von Arbeitslosen, um mehr Güter zu produzieren, so muß die Gesamtheit reicher werden. Die erhöhten Ausgaben für Löhne brauchen dabei nicht veranschlagt zu werden, da ein Teil der Neuangestellten ja dazu benutzt werden kann, um das herzustellen, was sie brauchen. Eine solche Beschäftigung der Erwerbslosen hat nun keineswegs nur die Wirkung, daß Ertrag und Kosten in ± 0 aufgehen, sondern den Erfolg, daß die darniederliegende Produktionskapazität der Gesamtwirtschaft nunmehr ausgenutzt wird. Es wird also viel mehr als der Gegenwert der verausgabten Löhne an zusätzlicher Produktion zur Verteilung verfügbar, die Produktion erfolgt wirtschaftlicher, da die „Efficiency" gestiegen ist, und die innerbetriebliche Kapitalbildung, die heute zu gering ist, steigt stärkstens. Eine starke Kapitalbildung ist daher nur durch Lösung des Arbeitslosenproblems erzielbar" [62]).

Diesen Kapitalbildungsmöglichkeiten gegenüber wird nur wenig ins Gewicht fallen, daß die hilfswirtschaftlichen Arbeiter vielfach infolge der spezifischen Gestaltung der Gutscheine keine direkten Sparmöglichkeiten haben werden. Auch als Erwerbslose hatten sie nichts zurücklegen können, die Sachlage ist also in keiner Weise verändert.

Wir kommen zu der Frage nach den Quellen des Betriebskapitalfonds für die Ingangsetzung der hilfswirtschaftlichen Arbeiten. Hierfür scheinen uns drei Möglichkeiten gegeben:

1. eine Verlagerung des Verbrauchs durch Konsumverzicht eines Teils der Bevölkerung [63]);

2. eine Umwandlung von Ueberschußbeständen (liquiden Kapitals) in Betriebskapital. Das kann auf dem primitivsten Wege geschehen, wenn der Farmer in Kalifornien Erntearbeit verrichten läßt und mit sonst unverwertbaren Naturalien bezahlt, oder mit komplizierten Methoden, wenn sich ein städtischer Ladenbesitzer entschließt, Gutscheine einer Selbsthilfe-Genossenschaft in Zahlung zu nehmen und auf diese Weise seine Vorratshaltung abbaut.

3. die Umwandlung bisheriger Wohlfahrtsunterstützung in Betriebskapital.

Professor Pigou hat bei der Untersuchung öffentlicher Arbeiten dieses letzte Argument angeführt [64]), Keynes hat es im Jahre 1929 noch ausführlicher begründet [65]). Beide stimmen darin überein, daß durch die Ersparnis an Arbeitslosenunterstützung ein großer Teil des neuen Kapitalbedarfs gedeckt werden kann.

---

[62]) Aus: H. Rittershausen, Arbeitslosigkeit und Kapitalbildung, 1930, S. 18.

[63]) Vgl. zu den Punkten 1 und 2 die Bemerkungen von Keynes, Vom Gelde, 1932, S. 387 u. 396.

[64]) Nach „Arbeitslosigkeit und Oeffentliche Arbeiten", Internat. Arbeitsamt Genf, 1931, Studien und Berichte, Reihe C, 15, S. 33.

[65]) Nach „Arbeitslosigkeit und Oeffentliche Arbeiten", Internat. Arbeitsamt Genf, a. a. O., S. 36—37.

Hilfswirtschaftliche Arbeiten sind in dieser Beziehung öffentlichen Arbeiten gleichzustellen, beiden ist der Charakter der Zusätzlichkeit zur regulären Wirtschaft eigen. Wir können deshalb auch die ausgezeichneten Ergebnisse der Untersuchungen von Gerhard Heinrich Schulz über die „produktive Erwerbslosenfürsorge“ [66]) heranziehen. Schulz bezeichnet die Umwandlung jenes Konsumtionsfonds in Kapital als einen „Akt der Rationalisierung, insofern, als es gelingt, wirtschaftliche Güter, die an sich schon für den Konsum bestimmt waren, noch einmal produktiv zu verwenden, ohne dadurch die Befriedigung des Bedürfnisses, für das sie bestimmt waren, zu vereiteln“ [67]).

Dem Staat — in unseren Darlegungen der Gesamtwirtschaft — stehe also mehr Kapital zur Verfügung, es müsse zu einer Zinssenkung kommen. Insofern aber durch weitere Kapitalnachfrage für die produktive Erwerbslosenfürsorge der Zins gestiegen sei, könne der Zins, den die gesamte Wirtschaft zu zahlen habe, niedriger sein als der marktübliche von vorher, er könne auch höher sein, in jedem Fall werde er nie so hoch sein, daß durch die Erhöhung der privaten Wirtschaft ebensoviel Kapital entzogen werde, wie der Staat für sich brauchte [68]).

Schulz weist weiter darauf hin, daß dem Staat — in unseren Darlegungen: den Hilfswirtschaften — billigere Arbeitskräfte zur Verfügung ständen. Es winke für Kapital u. U. also eine übernormale Rentabilität, die ein Kapitalangebot verursache. Es werde zu einer Kapitalbildung kommen, da der Kapitalmarkt sich aus den Gewinnen der Unternehmungen auffüllen werde; mit einer Zinssenkung werde sich der Kreislauf schließen [69]).

Eine Gegenfrage ist, ob wir auch die schlechten Erfahrungen, die mit der produktiven Erwerbslosenfürsorge in Deutschland gemacht worden sind, hier zum Vergleich anziehen müssen. Die „ersparte Erwerbslosenunterstützung“ hat bei den Notstandsarbeiten so gut wie keine Rolle gespielt, da die Gesamtkosten des Notstandsarbeit-Tagewerks jedes Erwerbslosen das acht- bis zehnfache der Unterstützung ausmachten [70]).

Die Zulässigkeit dieses Vergleichs ist für den Graham-Plan, die amerikanischen und deutschen Tauschgemeinschaften abzulehnen. Bei den Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge handelte es sich um staatliche — also meist nicht mit der größten Wirtschaftlichkeit geleitete — Unternehmen — insoweit könnte man ihnen noch bedingt den Lederer-Plan gleichstellen — ihre Kosten bezogen sich

---

[66]) Gerh. Heinr. Schulz, Die Idee der prod. Erwerbslosenfürsorge in Theorie, Praxis u. Politik, Hamburg. Diss. 1930.

[67]) G. H. Schulz, Die Idee d. prod. Erwerbslosenfürsorge, a. a. O., S. 60, Anmerkung 70.

[68]) Aus: G. H. Schulz, a. a. O., S. 61.

[69]) Nach: G. H. Schulz, a. a. O., S. 60.

[70]) Nach Syrup, Arbeitsmarkt, prod. Erwerbslosenfürsorge u. Arbeitsbeschaffung, i. Der Arbeitgeber, 16. Jg. Nr. 17, S. 355 (1. 9. 26).
Vgl. a. Hermann Kiehl, Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge u. strukturelle Arbeitslosigkeit i. Deutschland, Königsberg. Diss. 1929, S. 13.

vornehmlich auf Anlagezwecke und auf Beschaffung von Arbeitsmitteln. Diese Kosten treten bei den Tauschgemeinschaften nur sukzessive auf und werden durch eine eigene Kapitalbildung bestritten, Grahams Corporation und Lederers Erwerbslosenwirtschaft übernehmen vorhandenes Kapital, ihre Kosten sind lediglich gleich der Abnutzung, deren Bezahlung noch dazu bei Lederer auf spätere Jahre verschoben ist.

Die Versorgung der Wirtschaft mit Betriebskapital hielt Feder in seinem Buch „Der deutsche Staat“ [71]) für eine Aufgabe des Zahlungsverkehrs. Auch bei Lederer finden sich Aeußerungen, die in dieser Weise ausgelegt werden könnten. Er erklärte 1931 auf dem Kongreß der Freien Gewerkschaften in Frankfurt am Main:

„Zuerst muß der Abgrund gefüllt werden, der zwischen Absatz und den Erzeugungsmöglichkeiten der vorhandenen Werke besteht. Hierzu ist die Bereitstellung billiger Betriebskredite notwendig, um deren planmäßige Lenkung man nicht herumkommen wird. Notwendig ist daneben eine Zertrümmerung des gegenwärtigen Preisniveaus in Deutschland. Erst nach solcher Ausfüllung der Produktionskapazität werden sich neue Investitionsmöglichkeiten erkennen lassen und wird man entscheiden können, wohin die angesammelte Kaufkraft der Welt dirigiert werden soll“ [72]). Insoweit diese Worte Geldvermehrung im Hinblick auf die Konjunktur fordern und damit sich auf die Dynamik der Wirtschaft beziehen, kommen wir auf sie im nächsten Kapitel zurück. Es kann ihnen jedoch noch eine andere Bedeutung zugemessen werden: neue Bankkredite sind nötig zur Umwandlung liquiden Kapitals in Betriebskapital. Damit kommen wir auf unseren zweiten Punkt der Betriebskapitalvermehrung zurück und zur Praxis der verschiedenen Hilfswirtschaften.

Nach einer Krise kann jedes Banksystem so schwer erschüttert sein, daß der Geldumlauf nicht mehr dem Kapital- und Umsatzvolumen der Wirtschaft entspricht. In solchen Fällen pflegen Vorräte vorhanden zu sein, für deren Liquidierung der geldmäßige Gegenwert fehlt, der leistungs- oder warenmäßige Gegenwert aber vorhanden ist. Aus dieser Notlage kehrt man gewöhnlich zum Natural- und Leistungstausch zurück und schaltet in diesen Tausch auch Notgeld ein. Die Tiefdeflation ähnelt darin der Hochinflation, daß kein Tauschmittel vorhanden ist. Die Hilfswirtschaften heben diesen Zustand auf und verflüssigen vorhandenes Kapital.

Wenn Vorräte nicht mehr vorhanden sind, werden die unausgenutzte Kapazität der Produktionsanlagen auf der einen Seite, unbeschäftigte Arbeitskräfte auf der anderen Seite nicht genügen, um eine Vermehrung des Zahlungsmittelumlaufs zu rechtfertigen. Insofern sind Karl Schlesingers Ausführungen [73]) lückenhaft, der meint, durch die angeführten Voraussetzungen sei schon die Geltung quantitätstheore-

---

[71]) Gottfried Feder, Der deutsche Staat, S. 107.

[72]) Nach: Soziale Praxis, 1931, Sp. 1246.

[73]) Dr. K. Schlesinger, Der deutsche Ankurbelungsplan und der Inflationseinwand, in Der Oesterreichische Volkswirt, 24. Jg., S. 1186.

tischer Zusammenhänge aufgehoben. Noch viel weniger kann natürlich die Argumentation Dr. Halbes [74]) befriedigen, der inflatorische Wirkungen für unmöglich hält, solange noch unbeschäftigte Arbeitskräfte vorhanden sind. Dr. Halbe und mit ihm vielen Freunden der deutschen Verrechnungskreise ist zu sagen, daß ihre Begründung der unbeschränkten Buchgeldausgabe lediglich soweit richtig ist, als sich die inflatorischen Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt, in Bezug auf die Lohnhöhe, am spätesten zeigen werden [75]).

Während sich Grahams Corporation damit begnügen will, durch Arbeit der Erwerbslosen das nötige Betriebskapital und Anlagereproduktionskapital stetig wieder zu erzeugen, gehen die Mehrzahl der amerikanischen Tauschgruppen und insbesondere die deutschen Arbeitsgemeinschaften weiter. Sie produzieren Anlagekapital. Und zwar erfolgt die Produktion in der Regel ohne einen Sparprozeß, nur durch Arbeit. Bei den deutschen Tauschgemeinschaften zieht sogar die Investition alle anderen Arbeitsvorgänge nach sich. Die Aktion geht hier so vor sich, als habe der Bauherr von der Genossenschaft einen Antizipationskredit bekommen, mit Hilfe dessen er die vorhandenen Konsumgüter in Bewegung setzt, um Kapitalgüter für sich schaffen zu lassen. Auch hier gehen wir mit Rittershausen konform, der allgemein Antizipationskredite fordert, um den Kapitalbildungsvorgang zu vollenden [76]) — ohne daß wir uns deswegen über die Bedenklichkeit von Antizipationskrediten in Bankkrisenzeiten im unklaren wären.

Denn es gibt zwei Gründe, aus denen sich Antizipationskredite verantworten lassen: Die Arbeitslosen erzeugen selber die zu ihrer Beschäftigung erforderliche Kapitalbildung, und Kapitalmarktgelder, die sich aus Gründen der Unsicherheit dem Markt kurzfristigen Geldes zugewandt hatten, kehren auf den Kapitalmarkt zurück. Denn die Fristen für angelegte Gelder scheinen weniger von der Zinshöhe abhängig zu sein, wie man bisher geglaubt hat, als von dem Vertrauen auf Sicherheit und Entwicklung der Wirtschaft.

Wir kommen zu den Fragen der Bindung vorhandenen Kapitals durch die Hilfswirtschaften. Hier beziehen wir den Lederer-Plan in unsere Erörterungen wieder mit ein, da durch sein Inkrafttreten kaum neues Kapital erzeugt, wohl aber schon gespartes beansprucht würde.

Es gibt zahllose liberale Theoretiker, die in der Annahme, jeder Sparvorgang münde in eine reale Kapitalbildung, und Kapitalbildung erfolge in einer freien Wirtschaft unbeeinflußbar gemäß der Zinshöhe, jede Intervention zwecks Mehrbeschäftigung verurteilen. Sie behaupten in der Regel, jede Beanspruchung von Kapital an einer Stelle müsse notwendigerweise den Entzug von Kapital aus einer anderen Verwendungsmöglichkeit bedeuten. Wir nennen als bekanntesten neueren Vertreter dieser Ansichten Gustav Cassel, der sich durch die von ihm

---

[74]) Albert Halbe, Die Arbeitsgemeinschaft OS., Korn, Breslau 1932, S. 28.

[75]) Vgl. dazu auch Keynes, Vom Gelde, 1932, S. 476.

[76]) H. Rittershausen, Arbeitslosigkeit und Kapitalbildung, 1930, S. 36, 58 ff.

eröffnete Diskussion über Notstandsarbeiten in der Sozialen Praxis [77]) besonders herausgestellt hat. Als älterer Vertreter sei Leopold Krug [78]) angeführt, der künstlich geförderte neue Arbeit ablehnt, weil sie bisherigen Arbeitern den Lohn schmälere, und gar, sofern sie neues Kapital beansprucht, verdammt, weil dieses Kapital nur durch Verminderung des übrigen „Nationalkapitals" zu erlangen sei.

Wir werden die Hilfswirtschaften zu prüfen haben, inwieweit die Behauptungen, daß sie von der regulären Wirtschaft benötigtes Kapital bänden, zutreffend sind.

Ganz gewiß läßt sich eine solche Ausdehnung der „Hilfswirtschaft" denken, daß sie in jedem Fall Kapitalien aus der regulären Wirtschaft an sich zieht — etwa weil die Hilfswirtschaft in der Lage ist, höhere Zinsen zu zahlen, da sie die Kapitalien mit ihren billigeren Arbeitskräften kombinieren kann. Bei Grahams Corporation kann eine solche Entwicklung jedch nicht eintreten. Nachfrage nach neuem Anlagekapital entsteht zunächst überhaupt nicht, im übrigen ist durch die Bestimmung, daß die Corporation dem Arbeiter- und Kapitalbedarf der freien Wirtschaft nachstehen soll, Konkurrenz mit den regulären Betrieben um das vorhandene Kapital ausgeschlossen.

Bei Lederers Erwerbslosenproduktion wird der mittelfristige Kapitalmarkt indirekt beansprucht werden, da die Barkosten restlos auf dem Steuerwege zur Erhebung kommen müssen. Betriebe der normalen Wirtschaft oder Einkommensbezieher werden also die Barmittel durch Einschränkung der Kapitalbildung oder des Verbrauchs aufbringen müssen. Dadurch werden reguläre Betriebe mit Kosten belastet werden, „die nicht der Produktionssphäre selbst entstammen, die also auch nicht . . . durch technische und organisatorische Verbesserungen . . . ausgeglichen werden können" [79]), oder sie verlieren an Absatz [80]), weil die bisher dafür vorhandene Kaufkraft weggesteuert wird.

Es wird sich also eine schwere Schädigung der Kapital- und Konsum-Fertiggüterindustrie ergeben, der eine vorübergehende Belebung gewisser Rohstoffindustrien gegenüberstehen wird.

Doch ist es auch möglich, daß sich die Belebung der Rohstoffindustrien weiter in einer erhöhten Nachfrage (der Rohstoffindustrien) nach Fertigwaren äußert; diese Belebung wird dann eine anhaltende sein, während die Fertigwarenindustrien den verlorenen Absatz ganz (bei Konsumgütern) oder zum Teil (bei Kapitalgütern) durch die neue Nachfrage kompensieren können.

---

[77]) Jg. 35, Sp. 1057 ff. Immerhin hat gerade Cassel kurze Produktionsumwege für Notstandsarbeiten befürwortet (Sp. 1059), sich dadurch also den Gedankengängen Lederers angenähert.

[78]) Abriß d. Staatsökonomie, Bln. 1808 S. 250—51, § 279.

[79]) Aus: H. Jores, Die bedeutsamsten Versuche zur Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit usw., Diss. Würzburg 1927, S. 118.

[80]) Vgl. auch Frankfurter Ztg., 7. 2. 1932, „Arbeitsbeschaffung durch Arbeitsentziehung".

Wahrscheinlicher ist jedoch die lediglich ungünstige Wirkung des Kapitalentzugs, da schon auf die Ankündigung erhöhter Steuern hin die Privatindustrien zu Einschränkungen schreiten werden. Jedenfalls werden Kapitalzerstörungen zurückbleiben.

Die von Lederer vorgesehenen Beträge zur Finanzierung der Erwerbslosenproduktion sind allerdings nicht hoch. Deshalb besteht die Möglichkeit, daß die eben geäußerte ungünstige Beurteilung seines Planes unter dem Gesichtspunkt der Konjunkturbewegung einer Revision unterzogen werden muß. Wir erörtern diese Frage im nächsten Kapitel noch einmal.

Bei den bestehenden Hilfswirtschaften kann die Wirkung auf den Kapitalmarkt eine ähnliche wie beim Lederer-Plan sein: auch sie sind häufig auf Unterstützung von außen her angewiesen. Doch werden wir unterscheiden müssen, ob es sich um bloße Versorgung der Erwerbslosen oder Schaffung hilfswirtschaftlicher Arbeitsmöglichkeit handelt. Der nötigste Lebensbedarf der Erwerbslosen muß ohnehin durch Wohlfahrtspflege gesichert werden, es würde also keine zusätzliche Belastung der Wirtschaft bedeuten, wenn die Subsistenzmittel nunmehr der Tauschgruppe anstatt dem erwerbslosen Individuum zur Verfügung gestellt werden. In der Tat besteht, wie die allgemeine Erfahrung der amerikanischen Tauschhandelsbewegung beweist [81]), für die Fürsorge fast immer die Notwendigkeit weiter, Nahrungsmittel der Tauschorganisation zur Verfügung zu stellen. Je reicher jedoch das Land ist, desto größer ist die Entlastung der Fürsorge; das größtmögliche Ideal in dieser Hinsicht scheint uns Südkalifornien zu sein.

Wo die Wohlfahrtsverbände den Hilfswirtschaften dagegen Roh- und Hilfsstoffe beisteuern, kann eine neue Belastung der Wirtschaft entstehen; hier liegen Parallelen mit dem Lederer-Plan vor.

Ebenso kann der regulären Wirtschaft dann Betriebskapital entzogen werden, wenn die Hilfswirtschaften nachfragend auf den freien Markt kommen und mit Gutscheinen oder mit durch Verkauf von Gutscheinen erworbenem Währungsgeld Roh- und Hilfsstoffe erwerben. (Falls sie Fertigprodukte kaufen, die sie selbst nicht erzeugen können, wird dies keine direkte Wirkung auf den Kapitalmarkt auslösen.) Betriebskapital wird der regulären Produktion jedoch nur dann entzogen, wenn keine Ueberschußbestände vorhanden sind, die an die Hilfswirtschaft abgegeben werden können. Das wird unter heutigen Umständen selten sein. Da, wie wir im Kapitel A 4b ausführten, eine Hilfswirtschaft sinngemäß nur in Zeiten schlechter Konjunktur bestehen kann, wird sie stets auch brachliegende Betriebsmittel antreffen. Nur soweit es sich um nicht-beliebig und nur unter progressiven Kosten vermehrbare Güter handelt, muß eine Hilfswirtschaft die Kapitalversorgung der normalen Produktion einengen. Diesen Fall können wir jedoch außer Acht lassen. Denn bei kleineren Hilfswirtschaften werden die erforderlichen Ueberschußbestände stets da sein — zum mindesten in Surrogatgütern. Erst sehr große hilfswirtschaftliche Organisationen mögen bei Anforderung von Betriebskapital öfter an die Grenze kom-

[81]) Vgl. June Monthly Labor Review 1933 p. 1232.

men, wo die degressiven Kosten der Betriebsmittelerzeugung in progressive Kosten umschlagen und also die Betriebskapitalversorgung der gesamten Wirtschaft erschwert wird.

Da sich das Wachsen der Hilfswirtschaften allmählich vollzieht, wird sich diese Grenze vorher erkennen lassen, durch Rationalisierungsakte und vermehrte Vorratshaltung wird das Betriebskapital in den meisten Fällen zur Verfügung sein [82]).

Wir sehen auch hier, was wir schon bei der Betrachtung des Warenmarktes feststellten — was auch für den Geldmarkt zutrifft —, daß ein kleiner übersehbarer Umfang der Hilfswirtschaft für die Gesamtwirtschaft günstig ist; schlechte Einflüsse auf den Kapitalmarkt werden nahezu gänzlich ausgeschlossen.

Ungünstiger sind die indirekten Wirkungen auf den Kapitalmarkt zu beurteilen, die vom Warenmarkt herkommen. Mit den oben festgestellten Nachfrageänderungen und Absatzablenkungen können bedeutende Kapitalzerstörungen verbunden sein. Allerdings könnte nur Anlagekapital davon betroffen werden und auch nur, insofern es nicht liquidierbar ist.

Wir können von diesen Verlusten absehen, da die Vorteile der meisten Hilfswirtschaften, vornehmlich auch der Vorschläge von Graham und Lederer, bestehendes Anlagekapital vor dem Verfall zu retten und wieder nutzbar zu machen, quantitativ ungleich bedeutungsvoller sind.

Wir kommen noch einmal auf die Reaktionen des Zinsfußes zurück, die wir im Anfang dieses Kapitels (bei der Besprechung der Umwandlung der Wohlfahrtsunterstützungsfonds in Betriebskapital) schon berührt hatten. An G. H. Schulz' Untersuchungen hatten wir gesehen, daß der Kapitalentzug aus der regulären Wirtschaft jedenfalls geringer sein muß als das für die neue Produktion bereitgestellte Kapital. Bei den Hilfswirtschaften liegt der Fall noch sehr viel günstiger als bei der produktiven Erwerbslosenfürsorge: das Anlagekapital ist in der Regel vorhanden, für die Beschaffung von Betriebskapital bestehen noch andere Möglichkeiten als die Umwandlung der Unterstützungsgelder. Wir sind auch darauf schon oben eingegangen.

Der Zinsfuß der Gesamtwirtschaft kann sich durch Einrichtung von Hilfswirtschaften also nur unmerklich, wenn überhaupt, heben. Bald darauf muß er infolge der vergrößerten Gewinne und gestiegenen Einkommen sinken.

Den Lederer-Plan müssen wir wiederum hierbei ausnehmen, da er lediglich Kapital entzieht. Lederers Erwerbslosenwirtschaft verbraucht das ihr zur Verfügung gestellte Betriebskapital restlos, ebenso verbraucht sie Anlagekapital, das schließlich nach einigen Jahren der Staat auf dem Steuerwege wieder ersetzen soll. Ein kapitalarmes Land wird sich daher kaum den Luxus leisten können, die Versorgung der Erwerbslosen auf diese Weise aufzubessern. Anders mag es bei kapitalreichen Ländern stehen, insofern als in ihnen Kapitalien während einer Niedergangszeit ungenutzt liegen.

[82]) Die den amerikanischen Selbsthilfegruppen vom Staat gegebenen Kredite dienen ebenfalls hauptsächlich dieser produktiven Auftauung der Vorräte.

Bei Grahams Hilfswirtschaft vollzieht sich die vermehrte Kapitalbildung ausschließlich bei der regulären Produktion, während bei den bestehenden Tauschwirtschaften Kapital innerhalb der Hilfswirtschaft und, sofern sie mit der regulären Wirtschaft in Beziehung treten, auch innerhalb dieser gebildet wird. Innerhalb der Hilfswirtschaften besteht allerdings kein eigener Kapitalmarkt, ihre Kapitalerarbeitung ist in der Regel nicht nach der Rentabilität der Kapitalanlage orientiert, sondern nach dem Bedarf der Tauschgemeinschaft oder von Individuen.

2. Berücksichtigung von Bewegungsmomenten.

a) Konjunktur und Geldmengenänderung.

Wir ergänzen unsere theoretischen Ausführungen, indem wir auf die Dynamik der Wirtschaft eingehen, und zwar werden wir Bewegungsmomente herausgreifen, mit denen uns das Problem der Hilfswirtschaft verbunden erscheint. Es sind dies Konjunktur, Geldmengenänderung, technischer Fortschritt, Umfang der Bevölkerungsvermehrung und Ernteschwankungen. In diesem Kapitel werden wir Konjunktur und Geldmengenänderung zusammen besprechen, da nach unserer Meinung Konjunktur nicht erklärbar ist, wenn man sie nicht auf Aenderungen des Geld- und Kreditvolumens zurückführt, wozu dann noch die Uebertreibungen der „psychologischen Konjunktur" kommen mögen [83]).

Oben (Kapitel A 4b) haben wir schon erörtert, inwieweit Hilfswirtschaft von konjunkturellen Voraussetzungen abhängig ist — wir hatten dabei festgestellt, daß der Gedanke einer Hilfswirtschaft nur für die Konjunkturphasen des Niedergangs, der Depression und des Aufschwungs sinnvoll ist —, hier interessiert uns die Umkehrung der Dependenz, die Wirkungen der Hilfswirtschaft auf die Konjunktur.

Wir beginnen mit der Phase des Niedergangs. Der Niedergang zeichnet sich durch Zurückbleiben der Investition von fixem Kapital, durch Entinvestierung von Betriebskapital und ein Sinken der Vorräte [84]) aus.

Die Fragen sind, ob Hilfswirtschaft den Niedergang hemmt oder wenigstens mildert und ob eine etwa vorhandene Einwirkung günstig zu beurteilen ist.

Der Niedergang ist das Stadium der Bereinigung der Krisenschäden, die Liquidation der Krise. Innerhalb dieser Zeit sucht die gesamte Wirtschaft nach einem neuen Gleichgewicht, das durch Preis- und Einkommenssenkungen, Krediteinschränkungen und Produktionsverminderung erreicht werden soll. Da ein Ueberblick über die Wirtschaft an den meisten Stellen fehlt und oft auch strukturelle Aenderungen der Wirtschaft die Abschätzung des normalen Bedarfs erschweren, kommt die Abwärtsbewegung häufig nicht am ersten Punkt zum

[83]) Vgl. für die Erscheinung der psychologischen Konjunktur: „Arbeitslosigkeit und öffentliche Arbeiten", a. a. O., Genf 1931, S. 15—16.

[84]) J. M. Keynes, Vom Gelde, 1932, S. 605—06.

Stehen, wo ein Gleichgewicht möglich wäre, sondern durch Unterschreitung dieser Grenze an einigen Stellen wird die gesamte Wirtschaft auf ein tieferes Gleichgewichtsniveau herabgezogen. Einmal aber muß die Wirtschaftsschrumpfung ihr natürliches Ende finden [85]).

Dieser Uebergang in die Depression pflegt von besonders niedrigen Zinssätzen begleitet zu sein. Die Zinssenkung kann infolge von außen kommender wirtschaftlicher oder politischer Erschütterungen aber auch ausbleiben.

Graham und Lederer sind (s. Kapitel A 3) der Meinung, man könne und müsse die Abwärtsbewegung hemmen und die Kaufkraft erhalten. Das würde bedeuten, daß sie eine wirtschaftspolitische Intervention während des Niedergangs befürworten würden, falls der erste Punkt des Gleichgewichts schon unterschritten ist [86]). Demgegenüber meint Mitnitzky, daß das Vertrauen „auf die Wirkung des konjunkturpolitischen Aktivismus vor der Ausbalancierung der Rückbildungsbewegung auf einem neuen Gleichgewicht" [87]) falsch sei.

Es muß zwar noch nicht immer konjunkturpolitischen Aktivismus bedeuten, wenn eine hilfswirtschaftlich geartete Intervention Krisenwirkungen mildern will. Es besteht allerdings die Gefahr, daß, wenn Wiedereinsetzungen von Arbeitskräften in bestehende Industrien stattfinden, dadurch ein Warenangebot vermehrt wird, das schon ohnehin nicht abgesetzt werden konnte, die Krise also nur von neuem in Gang gesetzt wird [88]).

Hilfswirtschaften müßten also bei dieser Sachlage vom freien Markt möglichst unabhängig gemacht werden, sowohl in ihrer Warennachfrage wie in ihrem Warenangebot, ihre Produktion müßte sich demnach auf fast alle Bedarfsgüter erstrecken, andernfalls würden sie während des Niedergangs die Wirtschaftsheilung verzögern. Denn es ist nicht wahrscheinlich, daß Hilfswirtschaften, abhängig von der regulären Produktion, gerade da eingesetzt werden können, wo die Abwärtsbewegung den ersten Punkt, an dem ein Gleichgewicht möglich war, unterschritten hat. In kapitalistischen Ländern besteht bisher nirgends eine derartig vollkommene Bedarfs- und Verbrauchsstatistik, daß eine hilfswirtschaftliche Aktion in Richtung auf die Marktwirtschaft fruchtbar sein könnte.

Relativ unabhängige Hilfswirtschaften würden in einer Niedergangszeit den Kapitalverzehr, der sich in Sparkassenabhebungen, Auflösung von Reservefonds u. a. zeigt, vermindern. Denn aus dem Produktionsprozeß ausgestoßene Kreise würden nicht mehr völlig auf Kosten der noch Produzierenden leben oder ihre eigenen Sparmittel verbrauchen, sondern Betriebskapital produktiv nützen. In der regulären Wirtschaft würde sich der Verbrauch vermindern, die Spar-

---

[85]) Vgl. dazu den Aufsatz von Mark Mitnitzky, „Wirtschaftsschrumpfung ohne Ende?" in Die Gesellschaft, Februar 1932, S. 148 ff.

[86]) Vgl. Graham, Abolition of Unemployment, p. 13; Lederer, Planwirtschaft, S. 31.

[87]) Mitnitzky, a. a. O., S. 157.

[88]) Vgl. dazu: Georg Adler, Ueber die Aufgaben des Staates angesichts der Arbeitslosigkeit. 1894 S. 22.

tätigkeit zunehmen, oder sich der Verbrauch von Gütern dringendsten Bedarfs zu Gütern des sogenannten Massenluxus wenden. Welche konjunkturelle Wirkung wird diese Umschichtung auslösen?

Die verstärkte Spartätigkeit wird sich in einer Senkung des Zinsfußes äußern und damit die Voraussetzungen für Depression und Aufschwung schaffen. Vorher mag es eine Periode geben, in der das mangelnde Vertrauen die Spargelder brachliegen läßt, also Arbeitsgelegenheit und Produktion weiter abnehmen. Um so schneller muß aber schließlich die Senkung des Zinsfußes erfolgen.

Die Umschichtung von einer Verbrauchsindustrie auf die andere wird vermutlich keinerlei entscheidende Wirkungen in dieser Phase der Konjunktur ausüben. Die vorhandenen Anlagekapitalien werden sich auf der einen Seite entwerten, auf der anderen Seite eine bessere Ausnutzung finden; die Umlagerung des Betriebskapitals wird sich reibungslos vollziehen, so daß weder die Produktionseinschränkung in der einen Industrie ungünstige, noch die Produktionsbelebung in der anderen Industrie günstige Wirkungen auslösen muß. Trifft die Einschränkung der Nachfrage die Landwirtschaft, welche in der Regel ihr Angebot nicht vermindern kann, wird eine Preissenkung landwirtschaftlicher Produkte einsetzen, die zu einem weiteren Niedergang führen kann. Denn aus dem Verfall landwirtschaftlicher Preise scheint sich weniger eine Verbilligung des Betriebskapitals für die Industrie, als ein weiteres Schrumpfen der Industrieaufträge zu ergeben. Die relative Krisenfestigkeit der Landwirtschaft, die den gesamten Niedergang hemmt, sollte wirtschaftspolitisch also unterstützt werden[89]).

Wir sind entgegengesetzter Meinung wie Mitnitzky[90]), der den Kapitalverzehr im Niedergang befürwortet, weil er den Verbrauch hebe und also die Kaufkraft steigere. Mitnitzky verkennt die Bedeutung eines ausreichenden Betriebskapitalfonds und eines gesenkten Zinsfußes für den Umschwung.

Ein Wort noch über Betriebskapital und liquides Kapital im Niedergang: Indem wir an der Keynes'schen Definition[91]) festhalten, sehen wir, wie im Niedergang Betriebskapital fortlaufend zu liquidem Kapital wird und als solches schließlich dem Verbrauch anheimfällt[92]). Aus dieser Entwicklung ergibt sich, daß je später im Niedergang Hilfswirtschaften eingerichtet werden, desto geringer die Ueberschußbestände sind, deren ausschließliche Verwendung allein garantiert, daß die reguläre Wirtschaft durch die Hilfswirtschaften nicht geschädigt wird[93]).

In der Wirklichkeit findet sich jedoch oft nicht dieser „ideale" Verlauf des Niedergangs, sondern es kommen während dieser Phase auch Lagerauffüllungen vor, die meist mit einer vorübergehenden Ten-

---

[89]) Vgl. oben S. 44.

[90]) Mitnitzky, a. a. O., S. 158.

[91]) Keynes, a. a. O. S. 389.

[92]) Wir hatten „Niedergang" als die Konjunkturphase definiert, in der das liquide Kapital abnimmt. Die vorhergehende Vergrößerung der Läger hatten wir noch zur „Krise" gerechnet. Vgl. oben S. 25.

[93]) Vgl. Kapitel B II 1c, insbes. S. 54/55.

denz der Rohstoffpreise zusammenhängen. Wir berührten vorhin schon einmal den — für heutige Zeiten unwahrscheinlichen — Fall, daß Hilfswirtschaften in Verbindung mit der regulären Wirtschaft eingesetzt würden, um die allzustarke Abwärtsbewegung zum Stehen zu bringen. Diese Hilfswirtschaften dürften gefahrlos auch reguläres Betriebskapital benutzen, entsprechende Betriebskredite könnten ihnen eingeräumt werden — insofern sie noch während der Depression der regulären Wirtschaft das Feld wieder räumten. Andernfalls wäre der kapitalistische Motor des Aufschwungs gehemmt.

Wir wenden uns zur Depression. In dieser Konjunkturphase kann es sich nur um das Problem handeln, den Aufschwung hervorzurufen. Einsetzung von Hilfswirtschaften lediglich als soziales Hilfsmittel setzte eine Statisierung der Depression voraus; als statischen Versuch hätten wir sie oben schon besprochen.

Die Befürworter interventionistischer Maßnahmen in der Depression sind zahlreich. Meist handelt es sich bei ihren Vorschlägen darum, öffentliche Arbeiten ins Werk zu setzen, durch die der Automatismus des Aufschwungs in Gang gesetzt, die „Initialzündung" gefunden werden soll. Die Befürworter scheiden sich in solche, die öffentliche Arbeiten auf Grund brachliegender Ersparnisse und öffentlicher Kapitalwerbung, und in solche, die sie auf Grund neugeschaffenen Kredites fordern. Wir finden diese Ansichten auch in verschiedener Mischung, die sich z. T. schon aus der Verschiedenartigkeit der Bankpolitik in den einzelnen Ländern erklärt. In den Zwecken, denen die öffentlichen Arbeiten dienen sollen, scheiden sich wiederum die Meinungen: entweder wird Konsumerweiterung oder Neuinvestition gefordert. Wir wollen uns sogleich mit dieser Auseinandersetzung befassen.

In früheren Zeiten schlechter Konjunktur hat sich stets eine kapitalistische Selbstheilung bewiesen. Lederers Ansicht darüber haben wir kennen gelernt [94]).

Für die gegenwärtige schwere Krisenzeit wird allgemein ein Einsatz staatlicher Mittel erwartet, um „Vertrauen" als Grundlage der Privatinitiative zu schaffen. Brachliegendes billiges Kapital steht in der Regel für diesen Einsatz zur Verfügung [95]).

Begrenzt sind aber meist die Investitionsmöglichkeiten für die öffentliche Hand. Denn, da der Privatwirtschaft keinerlei Konkurrenz erwachsen soll, bleiben nur wenig produktive Anlagen: Meliorationen, Wege- und Kanalbau u. dergl. Insofern wenden sich auch zahlreiche Schriftsteller gegen eine solche Ankurbelung: Kapital, das für den späteren Aufschwung notwendig sei, werde der Privatwirtschaft entzogen. Demgegenüber wird wieder auf die Arbeitsbelebung hingewiesen, die kein im Augenblick benötigtes, sondern brachliegendes Kapital binde [96]).

---

[94]) Vgl. oben Kapitel A 3 S. 22.

[95]) Vgl. „Arbeitslosigkeit und Oeffentliche Arbeiten", a. a. O., Genf 1931, S. 209; Sonderveröffentlichung des Reichsarbeitsblattes: Gutachten zur Arbeitslosenfrage, Teil II vom 29. April 1931, S. 3.

[96]) „Arbeitslosigkeit und Oeffentliche Arbeiten", a. a. O., S. 107, 209.

G. H. Schulz kommt in Anbetracht dieser Gründe zu folgendem vorsichtigen Schluß[97]): „Jenes Kollektivbedürfnis, Erwerbslose in Arbeit zu bringen, . . . muß abgewogen werden gegen die Möglichkeit, in der Zukunft ein Gut produziert zu haben, das in der Volkswirtschaft keine rentable Verwendung finden kann. Dabei wird einem die gegenwärtige Arbeitslosigkeit mehr am Herzen liegen, als die zukünftige, die etwa durch die Beseitigung der gegenwärtigen hervorgerufen wird, von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß jede Zeit für das ihrige sorgen möge. Trotzdem muß Raubbau in Zeiten der Not doch seine Grenzen haben, die sich allerdings nicht objektiv abstecken lassen."

Investitionen der öffentlichen Hand, die mit Hilfe von Kreditausweitung vorgenommen werden, unterscheiden sich von denen, die aus vorhandenen Kapitalmitteln finanziert sind, vorteilhaft und zugleich auch nachteilig. Der Nachteil ist, daß die Inflatierung als Motor des Aufschwungs auch versagen kann[98]) und eine Wirtschaft mit zerrütteter Währung und ausgeschöpftem Kapitalmarkt zurückläßt.

Der Vorteil der Inflatierung liegt in der Preissteigerung, die Kauflust erweckt; das Risiko der Währungsgefährdung, die zugleich auftreten kann, glaubt Bandmann, müsse Deutschland auf sich nehmen, da die Währung auf die Dauer bei derartig geringem Produktionsvolumen sowieso nicht zu halten sei[99]).

In Deutschland fehlt gegenwärtig ein flüssiger Kapitalmarkt, Zinsfuß und Preise haben sich keineswegs auf einem Stand eingespielt, daß die Investionserlöse die Investionskosten decken könnten. Deshalb wird sich auch durch staatlichen Anstoß die Investitionslust in größerem Maße nicht wecken lassen.

Um so näher müßte der zweite Weg liegen, die Wiederbelebung durch „Konsumfinanzierung" anzustreben. Die Aufgabe des Staates wäre bei diesem Weg Hebung der Gesamtnachfrage. etwa durch Steuersenkung und Gehaltserhöhung[100]).

Staatlich betriebene oder unterstützte Produktion müßte die Konkurrenzgrundlagen der normalen Produktion erschüttern[101]). Dabei ist gleichgültig, ob die Finanzierung aus vorhandenen Mitteln oder auf dem Wege der Kreditschöpfung erfolgt. Die letztere ist hier kaum bedenklich, da fertige Waren bald die Möglichkeit bringen, den Kredit abzudecken. Die neu in der Konsumgüterindustrie beschäftigten Arbeitskräfte werden aber nicht fähig sein, alle neuen Güter zu Produktionskostenpreisen abzunehmen, Einkommensbezieher der Kapital-

---

[97]) Vgl. G. H. Schulz, Die Idee d. prod. Erwerbslosenfürsorge, a. a. O., S. 66; Ausführungen über die Bedenklichkeit des Kapitalentzugs aus der Privatwirtschaft vor dem Aufschwung finden sich S. 64/5.

[98]) Lederer, Planwirtschaft, S. 33.

[99]) Wirtschaftsdienst, Hamburg, 1932 S. 393.

[100]) Vgl. den dahingehenden Vorschlag Prof. W. Vershofens „Vorschläge zur Marktbelebung" i. Voss. Ztg. Nr. 90, 22. 2. 33 (Finanzblatt).

[101]) Vgl. Soziale Praxis, 1926, Sp. 1242 (Wilbrandt).

güterindustrie müssen gegen Leistung von Ersatzbeschaffungen und Neuinvestitionen eine gewisse Quote aller Konsumgüter abnehmen [102]).

Dies ist die wirkliche Schwierigkeit jeder Arbeitsbeschaffung, die von der Nachfrageseite ausgeht und sich des Mittels der Konsumfinanzierung bedient. Hand in Hand mit der neuen Konsumgüterproduktion muß eine Beschäftigung der Kapitalgüterindustrien erfolgen, indem die Verbrauchsgüterindustrien ihrem Kapitalproduktionsbedarf entsprechende Bestellungen vornehmen. Andernfalls würden Absatzstockungen auftreten.

Bestritten ist die Verwendung der neuen Gewinne. Ein Konjunkturzusammenbruch, der durch Ueberentwicklung der Produktionsmittelerzeugung über die Verbrauchsgütererzeugung und Zurückbleiben der Sparrate hinter der Investitionsrate entstanden ist [103]), sollte — so scheint uns — nicht überwunden werden durch Wiederholung des gleichen Fehlers. Der nächste Zusammenbruch müßte noch schwerer werden. Parallelen zu früheren Krisen sind heute nicht mehr zutreffend, da sich die hochkapitalistischen Länder im Tempo ihrer Kapitalisierung immer mehr von dem Verbrauchstempo der übrigen Welt entfernt haben.

Gewinne müßten also bei einer Konjunkturwende für eine stärkere Verbrauchsgüterproduktion Verwendung finden. Besteuerung der Gewinne scheint uns dagegen nicht zweckmäßig zu sein. Durch Besteuerung wird in der Regel Betriebskapital dem direkten Verbrauch zugeführt, ohne zuvor produktiv genutzt zu sein. Die Belebung, die von einer Verbrauchsgüterindustrie auf die andere übergeht, würde so unmöglich gemacht werden. In einem späteren Konjunkturstadium werden sich aus dem allgemein gestiegenen Verbrauch und Bedarf Wege für zweckmäßige Neuinvestitionen erkennen lassen.

Investitionen sind am Konjunkturbeginn nur zu vertreten, soweit sie die „Initialzündung" betätigen sollen (s. u.) oder soweit ein wirklicher Bedarf nach ihnen vorliegt.

Hilfswirtschaftliche Intervention kann in allen 4 Formen, als Konsumfinanzierung wie als Neuinvestition, mit oder ohne auf Preissteigerung gerichtete Geldpolitik auftreten. Sie kann außer dem Krisenlinderungszweck auch zu einem — wenn auch nicht dem wirksamsten — Mittel der Konjunkturbeeinflussung werden.

Die hilfswirtschaftliche Investition, wie wir sie bei den deutschen „Arbeitsgemeinschaften" und „Ausgleichskassen" finden, bindet kein vorhandenes Kapital, sofern sie sich, wie wir oben gesehen haben, an das Maß der vorhandenen Ueberschußbestände hält. Das Anlagekapital erwächst hier direkt aus der Arbeit heraus. Wird das Maß des vorhandenen gegenwärtig liquiden Kapitals überschritten, sind hilfswirtschaftliche Investitionen öffentlichen Arbeiten gleichzustellen: zum Aufschwung nötiges Kapital wird gebunden werden. Dabei ist die Gefahr der Kapitalverknappung für die reguläre Wirtschaft in der

[102]) Vgl. Wilh. Lautenbach, Die Arbeitsbeschaffung im Rahmen des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung, Verlag des Reichsverbandes Industrieller Bauunternehmungen e. V., 19. 10. 1932, S. 11.

[103]) Nach Meinung von Spiethoff.

Depression bei weitem größer als im Niedergang, weil die Unterscheidung zwischen „Betriebskapital" und „liquidem Kapital" sich stärker verschoben haben wird [104]).

Es wird nicht immer festzustellen sein, welches Kapital lediglich infolge von Hortungen nicht genutzt wird und wieweit dabei auch Kreditreserven beteiligt sind. Dehnen sich die Hilfswirtschaften hier zu stark aus, so wird sich schon bei der ersten schwachen Belebung der Kapitalentzug fühlbar machen.

Im Falle, daß die hilfswirtschaftliche Investition durch Geldvermehrung erfolgt, sind 2 Linien der Wirtschaftsentwicklung festzustellen: Entweder hält sich die Dosierung des Neugeldes in sehr engen Grenzen, so daß dadurch lediglich die für den Umsatz der Ueberschußbestände nötigen Tauschmittel in Verkehr gebracht werden, oder es tritt eine Entziehung des regulären Produktionskapitals unter Anzeichen einer Preissteigerung ein [105]).

Die letztere Entwicklungslinie wird man in der Regel erwarten dürfen, da es — jedenfalls für eine zentrale Notenbank — schwer sein wird, den neuen Kredit richtig zu dosieren.

Das gleiche gilt grundsätzlich für hilfswirtschaftliche Konsumfinanzierung. Nur wird die Geldvermehrung zu Konsumzwecken nicht nur eine Kapitalablenkung, sondern einen Kapitalverzehr bedeuten, die Wirtschaft also schwächen.

Ueber die Wirkungen der Hilfswirtschaft: Verbrauchsumlagerungen und Kapitalbildung, sind wir bei der Besprechung der Konjunkturphase des Niedergangs schon eingegangen. Hinzuzufügen sind hier also nur die Wirkungen inflatierender Hilfswirtschaften: Kapitalablenkung und Kapitalverzehr.

Die Gesamtwirtschaft muß durch beide unproduktiver werden, durch Kapitalverzehr wird sogar die konjunkturelle Erholung stark verzögert werden. Denn falls es nicht schon durch die erste Preissteigerung gelingt, die Initialzündung für den Aufschwung zu finden, wird die Inflatierung nur eine Maßnahme der Not sein, die kein „Vertrauen" zu schaffen vermag, sondern die Wirtschaft schweren Schäden und Störungen aussetzt.

Kapitalablenkung aus der regulären Produktion kann dagegen u. U. günstig wirken, wenn brachliegendes Kapital betroffen wird. Es ist denkbar, daß dies Kapital beim Aufschwung weniger entbehrt wird, als es in der Depression die Produktion beleben konnte. Diese Produktionsbelebung kann günstigstenfalls auch Anstoßwirkungen auf die Konjunktur haben.

Der Lederer-Plan und die staatlich unterstützten Hilfswirtschaften gewinnen unter diesem Aspekt ein anderes Gesicht, als wie wir sie im vorigen Kapitel kritisierten. Die Wirkungen ihrer Barkosten können nunmehr willkommene sein.

---

[104]) Zu dieser Unterscheidung vgl. die Keynesschen Ausführungen, denen wir uns angeschlossen haben: Vom Gelde, 1932, S. 389.

[105]) Franz Haber, Untersuchungen üb. Irrtümer moderner Geldverbesserer, 1926, S. 113.

Die Anstoßwirkungen, ein Problem, das bisher wenig behandelt ist und für dessen exakte Erklärung die Daten der bisher bekannten Konjunkturen auch nicht ausreichen, sollen uns jetzt beschäftigen. Alfred Schwoner, der die Fragestellung von Pigou[106]) aufgenommen hat, analysiert in seinem Artikel „Die Anstoßwirkung der Gütervermehrung auf die Konjunktur“[107]) u. a. die Anstoßwirkungen einer Rationalisierung[108]) und einer Vergrößerung des Anlage- oder Betriebskapitals[109]).

Ob diese Vorgänge mit oder ohne Kreditvermehrung erfolgten, sei für die Wirkungsmöglichkeit gleich[110]).

Zwangsläufig sei der Anstoßprozeß in keinem Fall[111]).

Schwoner kommt zu folgendem Ergebnis: je weniger direkt sich die Nachfrage des Betriebes, der seine Produktion vermehrt habe, mit der Nachfrage der übrigen Wirtschaft treffe, desto mehr müsse Produktions- und Umsatztätigkeit zunehmen[112]).

Der Wirklichkeitsgehalt der Schwonerschen Ausführungen leidet allerdings unter der Tatsache, daß er für seine Untersuchungen eine Planwirtschaft annimmt, Preisbewegungen also unberücksichtigt bleiben. Jedenfalls steht fest, daß der Elastizitätsgrad der Nachfrage größer als „1“ sein muß, wenn die Produktionsvermehrung zugleich neue Kaufkraft schaffen soll, und daß eine Preissteigerung dem produktionserregenden Impuls entgegenwirken wird[113]). Darin spiegelt sich auch nur die Tatsache, daß eine Mengenkonjunktur jeder Preiskonjunktur vorangehen muß.

Durch Hilfswirtschaften wird ein Mehraufwand von Betriebs- oder Anlagekapital erreicht oder auch durch die Umwandlung des Wohlfahrt-Konsumtionsfonds in Betriebskapital die Güterversorgung der Gesamtwirtschaft vermehrt. Es kann daher nicht zweifelhaft sein, daß die Einrichtung von Hilfswirtschaften während der Depression den Anstoß zur Konjunkturbewegung hervorrufen oder wenigstens fördern kann. Wie gesagt, ist aber eine Garantie für die Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung nicht gegeben.

Die Frage, inwieweit Hilfswirtschaften mit der Marktwirtschaft in Beziehung stehen sollen, muß für die Depression anders als für den Niedergang beantwortet werden. Da die Depression einen Gleichgewichtszustand darstellt, wird es in ihr eher zulässig sein, von der Marktwirtschaft abhängige Hilfswirtschaften zu betreiben. Denn im

---

[106]) A. C. Pigou, Industrial Fluctuations, 1927, Chapter V, pp. 51 ff.
[107]) In: Archiv für Sozialwiss. u. Sozialpol., Bd. 63 (1930) S. 43 ff.
[108]) Schwoner, Archiv f. Sozw. u. Sozp., a. a. O., S. 54 ff.
[109]) Schwoner, Archiv f. Sozw. u. Sozp., a. a. O., S. 58 ff.
[110]) Schwoner, Archiv f. Sozw. u. Sozp., a. a. O., S. 56
[111]) Schwoner, a. a. O., S. 62.
[112]) Schwoner, a. a. O., S. 53.
[113]) Schwoner, i. Arch. f. Sozw. u. Sozp., a. a. O., S. 63.

statischen Zustand sind Störungen leichter vorauszusehen und zu paralysieren. Vielleicht lassen sich auch konjunkturelle Auftriebs-Tendenzen erkennen, die hilfswirtschaftlich zu fördern wären [114]).

Aus dem Aufschwung heraus ergeben sich für Hilfswirtschaften keine weiteren Probleme. Je mehr die Hilfswirtschaften reguläres Kapital beanspruchen, desto früher im Aufschwung müssen sie abgebaut werden, wenn nicht die Konjunkturbewegung auf das empfindlichste gestört werden soll. Jedoch darf sich der Abbau nur allmählich vollziehen, damit Rückschläge auf die Gesamtproduktionsmenge vermieden werden. Rückschläge auf die normale Wirtschaft infolge des Abbaus der Hilfswirtschaften sind nur insoweit zu besorgen, als die Lasten der im regulären Produktionsprozeß Befindlichen durch die Versorgung der bisher hilfswirtschaftlich erfaßten Erwerbslosen ansteigen.

---

[114]) Es soll uns an dieser Stelle noch ein in den Vereinigten Staaten aufgenommener Gedanke beschäftigen, der Gedanke der „Reflation". „Reflation is that degree of inflation which is justified as a corrective to the recent and severe deflation". (Vgl. Irving Fisher, i. The New Republic, 21. 12. 32, p. 163; Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 16.) Da Reflation als Preisproblem dargestellt wird, ist es nicht klar, ob sie bloß geldpolitische oder auch konjunkturelle Bedeutung haben soll. Die Forderung der „Reflationisten" lautet jedenfalls dahin, das Preisniveau einer guten Konjunktur sei wiederherzustellen. Für die U. S. A. ist dieses Programm heute noch von der größten Bedeutung, da dort viele Schuldverpflichtungen von den Zeiten höheren Preisniveaus her bestehen und eine generelle gesetzliche Zinssenkung bisher vermieden worden ist. Wenn man von der Konjunkturbewegung absieht, kann man mit Recht bezweifeln, ob Schäden der Deflation durch Inflationierung geheilt werden können, ebensowenig wie Schäden der Inflation durch Deflation wiedergutzumachen sind. Die Gewinner bei einer bestimmten Geldpolitik sind nicht notwendigerweise mit den Verlierern bei der entgegengesetzten Geldpolitik identisch. (Vgl. Ludw. Mises, Theorie des Geldes u. d. Umlaufsmittel, 1924, S. 219.) Wir betrachten deshalb die Reflation als Mittel der Konjunkturpolitik. Auch Graham befürwortet sie. (Vgl. Graham, Abolition of Unemployment, p. 71—72.) Offenbar ist er der Meinung, daß seine Corporation die Produktionstätigkeit so beleben werde, daß die Unternehmer und Händler darangehen werden, ihre Kreditreserven in Bewegung zu setzen und darüber hinaus noch Mittel, die durch die staatlich geförderte Politik des billigen Geldes bereitgestellt sind, in Anspruch zu nehmen. Fisher meinte, durch das Schwundgeld werde vom Konsumenten her die Nachfrage in Bewegung kommen und so durch die Bedürfnisse der Konsumenten der Grad der Inflationierung richtig begrenzt werden. Das Schwundgeld, das bald aus dem Verkehr schwinde, bereite nur den Weg für das Währungsgeld vor. (Vgl. Irving Fisher, a. a. O., p. 163.) Diese Pläne konnten sich freilich bis heute nicht verwirklichen: Der Schwundgeldumlauf beschränkte sich bis in die jüngste Vergangenheit auf kleinere amerikanische Städte und vereinzelte mitteleuropäische Ortschaften. Da keines dieser Gebiete für sich völlig autark war, bestand keine Möglichkeit, ein Gebiet mit Schwundgeldumlauf vom übrigen Volkswirtschaftskörper loszulösen und in ihm eine gesonderte Preis- und Konjunkturbewegung durchzuführen — ganz zu schweigen von den staats- und währungsrechtlichen Unmöglichkeiten.

Wir betrachten im einzelnen noch kurz Grahams Corporation und Lederers Erwerbslosenproduktion. Die erstere wird während des Niedergangs die entlassenen Erwerbslosen nicht gleichmäßig versorgen können: In den einzelnen Industriezweigen wird der Grad von Produktionseinschränkung und damit die ungenutzte Kapazität noch sehr verschieden sein. Die Aktivität der Corporation müßte notwendigerweise die Konkurrenzverhältnisse etwas verschieben, von volkswirtschaftlicher Betrachtungsweise aus ist daran aber nichts zu tadeln. In der Depression kann die Corporation durch Produktionsverbilligung und psychologisch günstige Wirkungen die Wiederbelebung der Wirtschaft fördern.

Lederers Erwerbslosenwirtschaft wird infolge der neuen Kosten, die sie verursacht, und der Absatzverlagerungen während des Niedergangs eine bedenkliche Unternehmung sein. Es ist schwerlich zu erwarten, daß die Abwärtsbewegung der Wirtschaftkonjunktur aufgehalten werden kann, dadurch, daß stilliegende Produktionsteile aus der Wirtschaft herausgenommen und in einer partiellen Planwirtschaft vereinigt werden. Günstigere Wirkungen kann der Lederer-Plan in der Depression haben, da es sich in dieser Phase nicht um Kapitalentzug aus der regulären Wirtschaft zu handeln braucht, sondern brachliegende Kapitalien in Bewegung gesetzt werden. Sogar Anstoßwirkungen können davon ausgehen.

b) Technischer Fortschritt.

Der technische Fortschritt ist das zweitwichtigste Bewegungsmoment, das für jede Wirtschaftspolitik in Betracht zu ziehen ist. Wir wollen uns seiner Problematik in diesem Kapitel widmen.

Zwei Kausalbeziehungen sind denkbar: Die Hilfswirtschaft beeinflußt den Grad und den Verlauf des technischen Fortschritts und der technische Fortschritt bedingt Modifikationen in der Form der Hilfswirtschaft. Ueber die erste Kausalbeziehung ist nur wenig Exaktes und viel Spekulatives zu sagen. Nur soweit man eine Wirkung der Umwelt auf die Fähigkeiten des Menschen anerkennt, also „materialistisch" denkt, läßt sich über den Verlauf und Grad des technischen Fortschrittes etwas aussagen. Das wäre etwa folgendes:

Insofern der technische Fortschritt aus Notlagen geboren wird, wird mit der Milderung des wirtschaftlichen Elends auch der Druck abnehmen, der zum technischen Fortschritt treibt. Diese Folgerung mag kompensiert werden durch die Tatsache, daß sich infolge der Hilfswirtschaften wieder mehr Menschen im Arbeitsprozeß befinden, also mehr mit technischen Dingen in Berührung kommen als während ihrer völligen Erwerbslosigkeit. Allerdings kann dies nur Erfindungen betreffen, die zufällig während des Arbeitsvorganges entstehen; für manche erfinderischen Menschen wird die Freizeit fehlen, die die Erwerbslosigkeit mit sich brachte.

Vorstehende Ausführungen betrafen lediglich die technische Seite des Fortschritts. Damit der technische Fortschritt auch wirtschaftliche Auswirkungen hat, ist Rentabilität der neuen Erfindung und

Unternehmungsgeist erforderlich. Beide werden sich hauptsächlich in Zeiten lebhafter Geschäftstätigkeit vorfinden, so daß Hilfswirtschaften, sofern sie eine Bewegung aufsteigender Konjunktur unterstützen, auch die wirtschaftliche Auswertung des technischen Fortschritts anregen werden.

Es steht nun noch die Frage offen, ob Behinderungen des technischen Fortschrittes von der Tatsache ausgehen können, daß die Hilfswirtschaften sich vielfach alten, ungenutzten Anlagekapitals bedienen. Die Entscheidung in dieser Frage kann zweifelhaft sein, die Wirtschaft wird möglicherweise den technischen Fortschritt vernachlässigen, in der Ueberzeugung, daß sie nur so alle Arbeitskräfte verwerten könne und daß die Nutzung technischer Anlagen so unbefriedigend sei, daß man sich vor weiteren Investitionen hüten müsse.

Wir wollen dieser Auffassung auf das entschiedenste entgegentreten und müssen uns damit zu den Wirkungen des technischen Fortschritts wenden. Die Kompensationstheorie, mit der die Entlassungen infolge von Rationalisierung verteidigt zu werden pflegen, ist in ihrer naiven Fassung unzureichend: Die Ersparnisse an Nahrungsmitteln und Arbeitskräften werden oft nicht zu einer effektiven Kapitalbildung beansprucht und von der Kapitalgüterindustrie aufgenommen, sondern bleiben unproduktiv. Dabei ist der Bedarf der Menschen an Gütern groß und die Versorgung ungenügend, so daß für jede Produktivkraft nützliche Verwertung sein müßte. „Die gegenwärtig vorhandenen Arbeitslosen dürfen den Blick für die von der Arbeitslosenpolitik zu lösenden quantitativen Aufgaben nicht trüben. Da sich der Bedarf nach Wirtschaftsgütern noch gewaltig ausdehnen läßt, werden zu seiner Deckung auch in der Zukunft Arbeitsenergien erforderlich sein, die weder den Dreistundentag ermöglichen, noch dem Streben nach Rationalisierung im Wege stehen“ [115]).

Diese Programmsätze August Müllers sind richtungweisend für die Verwertung der menschlichen Arbeitskraft und der technischen Ausrüstung der Wirtschaft. Wir haben oben (Kapitel B II 1b., S. 45) schon darauf hingewiesen, daß es möglich sein müsse, brachliegende Produktivkräfte in neuen Produktions- und Tauschringen zusammenzuschließen bzw. sie an die laufende Produktion harmonisch anzugliedern. Bisher hat sich fast immer nur die letztere Nutzungsmöglichkeit verwirklicht, indem es gelang, durch die Produktion völlig neuer Güter bei Kaufkrafteignern Bedarf zu wecken, oder indem die konjunkturelle Bewegung ausgestoßene Arbeitskräfte wieder einbezog. Die erstere Nutzungsmöglichkeit scheint uns noch sehr ausbildungsfähig. Wie Burgeß ausführt [116]), wird infolge der Rationalisierungen nur etwa die

---

[115]) Aus: August Müller, „Besser vorbeugen“, Voss. Ztg. 5. 8. 32, Morgenausg. S. 1.

[116]) I. Stewart Burgeß, „Living on a Surplus“, The Survey, New York, Jan. 1933, p. 8.
Burgess stützt sich auf die Meinung von William Green, des President of American Federation of Labor.

Hälfte der amerikanischen Arbeitslosen wieder eingestellt werden können, für die andere Hälfte scheine die Selbsthilfeorganisation die beste Form der Versorgung zu sein.

Diese Gedanken bewegen auch L. Henderson bei seiner Kritik des Grahamschen Planes[117]). Henderson beruft sich auf die Ansicht der Technokraten, durch Wiedereinstellung eines nur geringen Teils der Arbeitslosen könne heute das Sozialprodukt von 1929 hergestellt werden.

An diesen Schätzungen sehen wir klar, wie groß der utopische Gehalt des Graham-Planes ist, seine Umschulungen[118]) werden nicht fähig sein, die fehlende Kapitalrüstung für die Gesamtzahl der Arbeitslosen zu beschaffen. Wir kommen also zu etwa folgendem Ergebnis: Grahams Corporation wird, auf die vorgesehene Weise, etwa die Hälfte der vorhandenen Arbeitslosen unterbringen können. Die übrigen müßten erwerbslos bleiben, wenn nicht neues Kapital gebildet wird und sie dadurch wieder im Produktionsprozeß Aufnahme finden. Die Versorgung dieser übrig gebliebenen wird sich nun aber in vielen Fällen in Selbsthilfeorganisationen durchführen lassen, die unabhängig neben der regulären Wirtschaft bestehen können und Unterstützung aus Fürsorgemitteln nur akzessorisch beziehen. Die Bereitstellung von Betriebskapital wird in reichen Ländern aus Ueberschußgütern leicht geleistet werden können. Es bliebe die Fürsorge dann nur für die körperlich und geistig vermindert Tauglichen in vollem Umfange bestehen. Für Deutschland schätzt Rittershausen den Umfang dieser dauernden Fürsorge auf 300 000 Personen[119]).

Wir glauben jedoch nicht, daß sich in Deutschland in absehbarer Zeit eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit in diesem Umfange erreichen läßt. Eine nach den Vorschlägen Grahams in Deutschland arbeitende Corporation müßte größere Teile des bestehenden, aber brachliegenden Anlagekapitals weiter stilliegen lassen, da Handel und Gewerbe übersetzt sind[120]).

Für genossenschaftliche Zusammenfassung der dann noch Erwerbslosen in Hilfswirtschaften werden in der regulären Wirtschaft kaum Kapitalien frei sein. Man wird also — wenn man von den weltwirtschaftlichen Beziehungen absieht — nur ganz allmählich die nötigen Kapitalien der Genossenschaften durch Arbeit beschaffen können; ein Hauptziel wird sein müssen, die deutsche Landwirtschaft zu intensivieren, um dadurch auch wieder Gewerbe und Industrie ausbaufähiger zu machen. Für die Genossenschaftsmitglieder wird es bei der Durchsetzung dieser Ideen viel harte Arbeit und eine zunächst sehr niedrige Lebenshaltung geben.

---

[117]) In: The Survey, April 1933, p. 171. „The Princeton Plan".

[118]) Vgl. Graham, Abolit. o. Unempl., pp. 26. 52—53.
Zu diesem Schluß führt auch der Artikel „Amerikas Konjunktur-Kurve" i. Voss. Ztg. 1933, Nr. 475, Finanzblatt S. 1.

[119]) H. Rittershausen, Arbeitslosigkeit und Kapitalbildung, 1930, S. 120.

[120]) Nach der Meinung des „Deutschen Volkswirts", 7. Jg., Nr. 47, S. 1341, „Keine genossenschaftliche Weiterführung stillgelegter Betriebe".

c) Bevölkerungsvermehrung und Ernteschwankungen.

Andere Bewegungsmomente haben für den hilfswirtschaftlichen Problemkreis wenig Bedeutung. Wir wählen nur die Bevölkerungsvermehrung und die Ernteschwankungen aus und wollen diese in aller Kürze besprechen.

Die Bevölkerungsvermehrung hängt neben den physischen und ethischen Beweggründen von der Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunft des Kindes durch die Eltern ab. Dabei spielen meist nur die ersten Jahre der Pflege und Erziehung des Kindes eine Rolle, auf die hin das Einkommen der Eltern geprüft wird. Findet nun infolge hilfswirtschaftlicher Versorgung der Erwerbslosen eine Verbesserung der Lebenshaltung der beim regulären Produktionsprozeß Beteiligten statt, so ist wahrscheinlich, daß auch die Geburtenziffern ansteigen werden. Damit parallel wird eine Verlagerung des Konsums von Gütern des sogenannten Massenluxus zu Gütern dringendsten Bedarfs (z. B. von Bier zu Milch) gehen, dadurch werden die oben aufgezeigten[121]) Wirkungen hilfswirtschaftlicher Versorgung zum Teil oder ganz aufgehoben werden.

Falls Hilfswirtschaften über mehrere Jahre andauern, kann sich also binnen eines Zeitraumes von etwa 1 Jahr folgendes zeigen: Die in der regulären Wirtschaft auf Verbrauchsumlagerung gehenden Wirkungen werden sich umkehren und die ursprüngliche Nachfrage kann wieder eintreten. Die reguläre Produktion, die den Absatz der hilfswirtschaftlich versorgten Erwerbslosen verloren hatte, wird ihren Absatz durch die Kinder der regulär Beschäftigten wieder erhalten.

Ernteschwankungen haben für den Umfang der Hilfswirtschaften die größte Bedeutung. In Folge einer guten Ernte bekommt der Landwirt als Gegenwert für seine Ueberschußprodukte von den hilfswirtschaftlichen Genossenschaften Arbeitsleistungen, die für ihn ein Mehreinkommen bilden. Durch eine schlechte Ernte hat der Landwirt sowieso ein höheres Geldeinkommen — weltwirtschaftliche Verflechtungen haben wir wiederum ausgeschieden —, da die landwirtschaftlichen Produkte infolge der starren Nachfrage viel höhere Preise bringen. Hilfswirtschaft würde also dann so gut wie unmöglich sein.

Aus diesem Zusammenhang soll noch einmal auf den Plan Dr. Luthers vom Mai 1932[122]) hingewiesen werden, der die Erwerbslosen mit Siedlung in Verbindung bringen wollte. Durch derartige Verknüpfung ließe sich auf Grund einer infolge Intensivierung vermehrten landwirtschaftlichen Produktion auch hilfswirtschaftliche Arbeitsmöglichkeit für Jahre schlechterer Ernten erreichen. Falls die am Siedlungsaufbau Beteiligten teils selbst siedeln und teils sich mit den neuen Siedlern in einem geschlossenen Produktions- und Tauschring vereinigen, könnten aus Erwerbslosen relativ krisenfeste Genossenschaften gebildet werden. Wie Dr. Luther nachwies, brauchte der für den Aufbau erforderliche Kapitalaufwand nur sehr gering zu sein.

---

[121]) Vgl. S. 36.

[122]) Vgl. Frankf. Ztg. 15. 5. 32, „Luther über Arbeitsbeschaffung".

III. Beeinflussung der Gesamtwirtschaft.

1. a) Wir kommen zur Gesamtbeurteilung der hilfswirtschaftlichen Maßnahmen, die von Graham und Lederer vorgeschlagen worden sind.

Die Wirkungen auf den Arbeiter und seine wirtschaftliche Stellung interessieren uns an erster Stelle. Oben haben wir schon die hilfswirtschaftlichen Arbeitsmöglichkeiten abgeschätzt, und zwar stellten wir fest, daß durch Grahams Corporation nur etwa die Hälfte aller Erwerbslosen wieder in die Betriebe gebracht werden könnte, wofür wir den technischen Fortschritt verantwortlich machten. Die Beschäftigungsmöglichkeiten des Lederer-Planes haben wir mit Zahlen belegt und gesehen, wie relativ gering sie sind, infolge der hohen Mechanisierung, die in den in Frage kommenden Betrieben herrscht.

Beeinflussungen des regulären Arbeitsmarktes fanden wir durch Nachfrageänderungen verursacht. Während wir Grahams Corporation letzten Endes auch in dieser Hinsicht günstig beurteilten, weil sie durch die Entlastung der Wohlfahrtspflege zu einer verstärkten Kapitalbildung führe, befürchteten wir beim Lederer-Plan, daß seine Barkosten zu Produktionseinschränkungen der regulären Marktwirtschaft führen könnten. Zwar sind die zunächst vorgesehenen Barkosten gering, sie sind ohne schädliche Nebenwirkungen jedoch nur in einem Land aufzubringen, das diese Menge liquiden Kapitals besitzt. Andernfalls muß sich ein Kapitalentzug bei der privaten Wirtschaft fühlbar machen. Diese Kapitalfrage ist das wichtigste Kriterium jeder Hilfswirtschaft, die nicht, wie die Grahamsche, der regulären Produktion von Anfang an nachgeordnet ist. Denn in der Hilfswirtschaft liegt, genau wie in der regulären Wirtschaft, die Tendenz, sich auszubreiten: ihr muß deshalb der Kapitalbedarf der regulären Wirtschaft eine Grenze sein, sollen sich nicht Schädigungen der Gesamtwirtschaft ergeben. Das vorhandene liquide Kapital setzt also den Beschäftigungsmöglichkeiten der Hilfswirtschaften eine weitere Grenze. Hier sehen wir ganz deutlich den Unterschied zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten. Deutschland muß nötigste Rohstoffe einführen, die U. S. A. ersticken nahezu im Ueberfluß ihrer landwirtschaftlichen und industriellen Rohstoffe. Die Verfügbarkeit ungenutzter Produktionskapazitäten mag dagegen in beiden Ländern etwa die gleiche sein.

Betreffs der Konjunkturbewegung stellten wir fest, daß die Vorschläge von Graham und Lederer uns die der jetzigen Krise gemäßen Pläne der Depressionsmilderung zu sein schienen, weil sie neue Produktionsringe von der Nachfrageseite her aufbauten. Wir sahen darin ein Moment, das psychologisch günstig wirken könne, und wir führten aus, daß die den Lederer-Plan im Gesamturteil bei statischer Betrachtungsweise entwertende Kapitalbeanspruchung hinsichtlich eines Konjunkturanstoßes günstig wirken könne.

Bei unserer Erörterung über die Lohnhöhe innerhalb der regulären Wirtschaft stimmten wir Graham zu, daß die Lohnhöhe infolge der günstigeren Kapazitätsausnutzung und Unkostengestaltung steigen könne. Wir besorgten jedoch einen Lohndruck durch die mit Disagio umlaufenden Gutscheine der Corporation. Ebenso fürchteten wir, daß

monopolistisch geschützte Unternehmer den natürlichen Lohn der durch die Corporation beschäftigten Arbeiter in den über die Sammel-Beschäftigung abgeschlossenen Verträgen drücken könnten. Wie im einzelnen die Lohnbewegungen aber auch sein mögen, das gesamte volkswirtschaftliche Lohneinkommen muß durch hilfswirtschaftliche Maßnahmen steigen, die sich an den Rahmen verfügbaren Kapitals halten. Denn das bisher liquide Kapital wird infolge eines Arbeitsprozesses Einkommen bilden, indem bisher nutzlose Güter infolge neuer Tauschrelationen „Wert" erlangen. So muß sich das reale Volkseinkommen erhöhen, auch wenn das geldwertmäßig festgestellte Volkseinkommen, das konjunkturellen Einflüssen unterliegen mag, diesen Anstieg nicht erkennen läßt.

b) Das Sozialprodukt muß sich notwendigerweise vermehren. Diese Vermehrung auch nur schätzungsweise zu begrenzen, ist unmöglich, sie hängt von der Zahl, der Art und der Leistungsfähigkeit der freien Produktivkräfte ab. An den Warenpreisen läßt sich die wirtschaftliche Befriedigung des Individuums nicht abmessen, ebensowenig wie sich Mengen verschiedener Güter aufaddieren lassen. In einer Weise können wir jedoch die Wirksamkeit des Sozialprodukts erkennen; wir müssen dazu die Verteilung des Sozialprodukts bei Wirtschaften mit und ohne hilfswirtschaftliche Funktionen vergleichen. Das Ideal eines sozialen Ausgleichs wird uns dabei beherrschen, da die Wirtschaft ihren Zweck am besten erfüllt, die in ihrer Verteilung an die einzelnen Mitglieder dem Grenznutzenprinzip möglichst nahe kommt[123]). Eine immense soziale und wirtschaftliche Bedeutung der Hilfswirtschaften ist daher unbestritten. Die Lebensbedingungen der Aermsten werden durch hilfswirtschaftliche Intervention gehoben, dringendste Bedürfnisse können wieder befriedigt werden. Das von uns gewählte Prinzip verträgt sich mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise allerdings nur, wenn der Rahmen einer Hilfswirtschaft aufrechterhalten bleibt. Würde das Verteilungsprinzip der Bedarfsdeckung auf weitere Bereiche ausgedehnt, so würde die kapitalistische Verteilung gestört, die Produktion würde abnehmen und die Frage einer Umstellung des gesamten Wirtschaftssystems würde sich erheben.

Hinsichtlich des Verhältnisses von Preisen und Kosten des Sozialprodukts zeichnet sich die Graham'sche Hilfswirtschafts-Konstruktion ganz besonders aus. Durch die Corporation werden an zahlreichen Stellen neue Gewinne entstehen, so daß die reguläre Produktion sich beleben muß. Auch qualitativ wird die Vermehrung des Sozialprodukts nichts zu wünschen übrig lassen, da die Produktionsleitung nur in den Händen von Fachleuten liegt. Lederers Plan wird dagegen nur Ware liefern können, deren Qualität durchschnittlich oder unter dem Durchschnitt ist, weil nur billige Rohstoffe in Frage kommen werden. Ebenso steht sein Plan, aus kalkulatorischen Gründen hauptsächlich stilliegende Betriebe anzufordern, in bezug auf die Möglichkeit von

---

[123]) Wir verweisen im übrigen auf die Definitionen des Begriffs der „Produktivität", die G. H. Schulz in seiner Dissertation „Die Idee der prod. Erwerbslosenfürsorge" a. a. O. S. 29 gibt.
Frieda Wunderlichs Definition kommt der unseren recht nahe.

Qualitätsleistungen in der Produktion weit hinter dem Grahams zurück. Die Betriebskosten werden deshalb bei Lederer auch höhere sein. Außerdem kann sein Plan die Kostengestaltung in der regulären Wirtschaft nicht verbessern, sofern nicht die infolge der Erwerblosenproduktion anziehenden Rohstoffpreise auf den Beschäftigungsgrad der übrigen Wirtschaft günstig weiterwirken, was wir oben schon berührten.

c) Wir wenden uns zur Kaufkraft des Geldes, wobei wir immer noch fingieren, daß sich die Hilfswirtschaften innerhalb einer isolierten Volkswirtschaft befinden. Das Problem ist, inwieweit das Preisniveau eines Landes durch hilfswirtschaftliche Maßnahmen beeinflußt werden kann.

Der Umsatz der hilfswirtschaftlich hergestellten Fertiggüter wird durch Gut- und Bezugsscheine besorgt, die dem Wert der Produktion angepaßt sind. An vielen Stellen tritt deshalb neue Kaufkraft auf, eine entsprechende Warenvermehrung ist jedoch vorhanden und so kann sich eine Geldentwertung nicht einstellen. Graham propagiert die Errichtung eines Bargeldfonds, durch den die Anlaufsschwierigkeiten der Corporation überwunden, die Beschaffung des ersten Betriebskapitals erleichtert werden soll; Lederer sieht dauernde Barkosten vor. Die Deckungsart dieser Barkosten wird das Preisniveau beeinflussen. Müssen die dafür nötigen Gelder von der übrigen Wirtschaft aufgebracht werden, so müssen — ceteris paribus — Preissenkungen eintreten, wenn die neue Nachfrage die Grenze des liquiden Kapitals einhält. Sonst werden sich Preissteigerungen bei den Rohstoffindustrien zeigen. Werden jedoch zur Deckung der Barkosten Kreditreserven herangezogen oder neuer Kredit zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt, wird die hilfswirtschaftliche Nachfrage die Preise allgemein erhöhen, sobald die Lagervorräte erschöpft sind. Preissteigerungen müssen also beim Lederer-Plan eintreten, weil er laufend Kapital zum Verbrauch anfordert, die Frage ist nur, wann der Zeitpunkt der Erschöpfung der Vorräte eintritt.

Die Kaufkraft des Währungsgeldes wird durch die Tatsache bestehender Hilfswirtschaften nicht geändert, wenn nicht von der Warenseite her Volumensänderungen eintreten.

2. Diese Folgerung ist für die Fragestellung wesentlich, ob von Hilfswirtschaften Wirkungen auf die W ä h r u n g ausgehen. Da die Kaufkraft des Währungsgeldes letzten Endes auch für die Wechselkurse maßgebend ist[124]) — die Störungen aus der Zahlungsbilanz können zwar erheblich sein, müssen sich aber bei einem liberal gehandhabten Geldwesen durch Kaufkraftänderungen bald beheben lassen — werden Hilfswirtschaften in der Regel keinen Einfluß auf die Währung haben.

Anderes gilt, wenn in der Welt eine einheitliche Konjunkturlinie herrscht, ein Land allein aber Hilfswirtschaften einrichtet. In der Phase des Niedergangs, wenn alle anderen Länder deflationieren, muß dies ein Absinken der Währung zur Folge haben. Denn nicht nur, daß

[124]) Vgl. v. Mises, Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel, 1924, S. 233 ff.

durch Einrichtung von Hilfswirtschaften der Geldwert dieses Landes festgehalten wird, auch die psychologischen Faktoren, wie Kapitalflucht und Steigerung der Umlaufsgeschwindigkeit, wirken in Hinsicht auf eine Währungsverschlechterung. Handelt es sich dagegen um Länder ohne feste Wechselkurse, wie heute u. a. England und die Vereinigten Staaten, so wird die Einrichtung von Hilfswirtschaften sich auch im Wechselkurs ausdrücken, eine ungünstige Wirkung auf das innere Geldwesen dieser Länder wird sich aber damit nicht verbinden.

Der Außenhandel wird von Seiten der Hilfswirtschaften vornehmlich durch ihren Rohstoffbedarf angeregt werden. Der Import der Länder mit Hilfswirtschaften wird bei einer Produktionsvermehrung umgekehrt proportional der Selbstgenügsamkeit des Landes steigen. In wie glücklicher Lage sich die Vereinigten Staaten in dieser Beziehung befinden, haben wir oben schon berührt. (Vgl. Kapitel A 4 a S. 22.)

Deutschland ist demgegenüber sehr benachteiligt, in wesentlichen Rohstoffen ist es auf Einfuhr angewiesen. Lederers Erwerbslosenproduktion wird deshalb von der Möglichkeit abhängen, ausländische Rohstoffe zu bekommen.

Lederer selbst hoffte, etwa die Hälfte der neuen Einfuhr vom Ausland kreditiert zu erhalten [125]).

Es steht außer Frage, daß alle ausländischen Rohstoffe in Zeiten niedriger Konjunktur günstig zu beschaffen sind, Ausländer würden dafür die Mittel bekommen, aus Deutschland einzuführen. Ob sich wirklich die deutsche Ausfuhr dann vermehrt, hängt von den deutschen Warenpreisen ab. Unter Umständen wird man den Vorteil, ausländische Rohstoffe zu beziehen, gegen den Nachteil, Deflationspolitik zu treiben, abwägen müssen. Die Entscheidung wird, wenn es sich nur um Rohstoffe für hilfswirtschaftliche Zwecke handelt, gewiß gegen die Deflationspolitik fallen. Unter dieser Alternative sind Hilfswirtschaften aus währungspolitischen Gründen also zu beschränken. Ein weiteres Bedenken währungspolitischer Natur muß noch hinsichtlich des Lederer-Plans geäußert werden: er kann in der Quantitätsgleichung die Warenseite verändern. Geht die Erwerbslosenproduktion dazu über, flüssige Kapitalmittel zu verzehren, muß die Produktionsfähigkeit gemindert werden: bei gleicher Geldmenge muß die Währung absinken.

Ueber die Beziehung der Hilfswirtschaften zur Zollpolitik läßt sich nur wenig aussagen. Die Hilfswirtschaften stellen in der Regel einen geschlossenen Kreis von Produzenten und Konsumenten dar, so daß die Zollschutzfrage hier nicht auftritt. Wo Hilfswirtschaften Waren an den freien Markt abgeben und diese Waren unter ausländischer Konkurrenz leiden, mag die Frage entstehen, ob sie aus sozialpolitischen Gründen durch einen Zoll zu schützen seien. Graham tritt für allgemeine Zollsenkungen ein, die möglich seien, wenn sein Plan eine Wirtschaftsbelebung hervorgerufen habe. Ohne eine solche werde durch einen Zollabbau die Wirtschaftsstockung zunächst verschärft [126]).

---

[125]) Vgl. Lederer, Planwirtschaft, S. 15.

[126]) Graham, A. o. U., pp. 69—71.

3. Wir kommen zu einer letzten zusammenfassenden Auswertung der Vorschläge von Graham und Lederer. Grahams Corporation hat den nicht einzuholenden Vorteil, daß sie sich gegebenenfalls über das Gesamtgebiet der Vereinigten Staaten, einen auch zur Zeit der Hochkonjunktur fast geschlossenen Wirtschaftskörper, ausdehnen kann. Die Barkosten lassen sich deshalb besonders niedrig halten, und es ist anzunehmen, daß ein guter Teil der amerikanischen Erwerbslosen wieder auf dem kapitalistischen Wege an die laufende Produktion in geschlossenen Wirtschaftskreisen anzugliedern ist. Die Beweglichkeit des Lohnfaktors in den U. S. A. ist ein ganz vorzügliches Mittel der wirtschaftlichen Elastizität; gegenüber der gegenwärtig herrschenden unzulänglichen Versorgung aus Wohlfahrtsmitteln wird die hilfswirtschaftliche Versorgung eine bedeutende Verbesserung sein. — Lederers Plan wird in dem Maße, wie es gelingt, Produktionszweige einzubeziehen, die einzelnen Produktionsstufen aneinanderzuschalten und dadurch die Barkosten niedrig zu halten, zu vertreten sein. Er ist, unähnlich den meisten der bestehenden Hilfswirtschaften, ein nur unvollkommener Versuch, die Erwerbslosen zur eigenen Selbstversorgung zusammenzufassen, da er ganz darauf verzichtet, Arbeitskräfte in der Landwirtschaft einzusetzen. Da nach der Auffassung des „Deutschen Volkswirts" Handel und Gewerbe in Deutschland übersetzt sind [127]), dürfte sich eine Ansetzung neuer Produktionsringe nicht auf die industrielle Sphäre beschränken, sondern müßte auch die Landwirtschaft einbeziehen, etwa wie der im Anhang B erwähnte (vgl. S. 106) Luther-Plan es anregte.

Stadtrandsiedlung scheint uns als Gegenstück landwirtschaftlicher Art zum industriellen Lederer-Plan eine auf die Dauer wirkungsvollere Maßnahme zu sein. Der Tiefstand vieler deutschen landwirtschaftlichen Produktenpreise hängt lediglich mit dem weltwirtschaftlichen, nicht etwa mit einem deutschen Ueberangebot zusammen. Zentralen hilfswirtschaftlicher Aktivität ließen sich in Deutschland am besten durch Vereinigung von Siedlern mit städtischen Erwerbslosen zu geschlossenen Produktionsringen schaffen. Wir möchten für die Möglichkeit dieser Entwicklung auf die günstigen Erfahrungen der Arbeitsgemeinschaft Oberschlesien verweisen, deren Methoden wir im einzelnen zum Teil ablehnen. (Vgl. S. 96 ff.).

Wir wollen noch die Frage aufwerfen, ob die Bildung neuer Produktions- und Tauschringe mit der Konjunkturbewegung identisch ist. Lederer erklärt [128]) die Einheitlichkeit der Aufschwungbewegung mit der Bildung neuer Tauschringe, wir vermuten jedoch, daß er damit nur eine Erscheinung der Konjunktur erklärt und nicht eine Ursache der Konjunktur selbst in der Vergrößerung des Kreislaufs der Wirtschaft sehen will.

---

[127]) Vgl. Deutscher Volkswirt, Jg. VII, S. 1341, „Keine genossenschaftliche Weiterführung stillgelegter Betriebe".

[128]) In Wirtschaftstheorie der Gegenwart, IV, 1928, S. 8, „Morphologie der Krisen".

Wir sind der Ansicht, daß ein umfassenderer Wirtschaftskreislauf ohne Konjunkturerscheinungen auftreten kann und halten für die eigentlichen Triebkräfte der Konjunktur die künstliche Kaufkraftvermehrung und die psychologischen Reaktionen der Menschen. Bildung neuer geschlossener Tauschringe begründet an sich nur Produktionskreise, die in Isolierung völlig krisenfest wären. Durch ihre Verbindung mit der übrigen Wirtschaft aber, ihre Teilnahme am Währungsgeldsystem werden sie in den Strudel der Konjunktur mit hereingerissen, so daß Disproportionalitäten auch bei ihnen entstehen.

Schluß.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der kapitalistischen Marktwirtschaft kann auf zweierlei Weise vor sich gehen. Entweder muß die Rentabilität der Unternehmungen erhöht werden — dies ist der Weg des Graham'schen Vorschlages —, oder der Staat muß Arbeitsbeschaffung treiben — hier setzt Lederers Projekt ein, das die Methode einer Konsumfinanzierung wählt. Von der Nachfrageseite her vereinigt es ungenutzte Produktionsteile der Privatwirtschaft zu einer Erwerbslosenproduktion, die isoliert werden soll, um Konkurrenzstörungen für die reguläre Privatwirtschaft möglichst auszuschließen. Dahingestellt, ob ein wirklicher Arbeitsbeschaffungseffekt dem Lederer-Plan innewohnt — wir sind auf diese Frage oben (Kapitel B II 2a) eingegangen — auch Lederers Plan richtet sich, wie Grahams Organisation, auf Erfassung der Privatwirtschaft, da der Wirtschaftssektor der öffentlichen Wirtschaft allein für wirkungsvolle Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu eng ist.

Die Unmöglichkeit dieser Beschränkung macht aber alle Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu problematischen Unternehmungen. Durch staatliche Arbeitsbeschaffungspolitik werden die Ertragschancen der privaten Wirtschaft meist erheblich verändert, die Voraussicht auf Ertragschancen gibt aber der kapitalistischen Wirtschaft erst den Wirtschaftsimpuls. Die Rücksicht auf das Vertrauen auf Rechtssicherheit ist deshalb eine Schranke jeder staatlichen Wirtschaftspolitik.

Revolutionen bringen es wohl oft mit sich, daß die Wirtschaftspolitik rasch und radikal umgestellt wird, ist aber erst einmal die neue Richtung der Wirtschaftsführung den Wirtschaftssubjekten klar geworden, so kann die Erwerbswirtschaft nur dann reichen Ertrag abwerfen, wenn neue staatliche Eingriffe radikaler Art ausbleiben oder nötige Aenderungen wenigstens nur allmählich und sukzessive eingeführt werden. Jede Interventionspolitik ist also darauf zu prüfen, in welchem Maße sie die Rechtssicherheit erschüttert, inwieweit die wirtschaftspolitischen Maßnahmen Subventionscharakter tragen.

Das vornehmste Ziel jeder Wirtschaftspolitik muß es sein, für jedes Individuum die Verhältnisse zu schaffen, daß es seine Arbeitskraft möglichst nutzbringend verwerten kann. Diese Ansicht kann nach der langen Arbeitslosen-Not so vieler Länder nicht mehr umstritten sein. Mit der Einheitlichkeit dieser Ansicht ist jedoch noch gar nichts erreicht. Denn es ist damit noch nicht entschieden, ob die wirtschaftspolitischen Mittel die Arbeitslosen sofort zur Arbeit zu setzen haben, oder ob sie, wie Jastrow meinte[1]), die Produktivkräfte so leiten

[1]) Die vorbeugenden Maßnahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit, S. 32ff.

und die gesellschaftliche Gesamtleistung derart steigern sollen, daß die Arbeitslosigkeit, auf die Dauer gesehen, verschwindet. Und selbst die Entscheidung für ein zeitlich begrenztes Ziel besagt noch nicht, welche spezifischen wirtschaftspolitischen Mittel zur besten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gewählt werden müssen.

Eine hilfswirtschaftliche Lösung ist eine Entscheidung für eine schnelle Linderung oder Beseitigung der Arbeitslosigkeit, in kurzer Zeit muß sich also die Wirtschaftspolitik auf dieses Ziel einstellen. Unsere eben geäußerten Bedenken würden also Platz greifen.

Dem ist jedoch nicht so. Hilfswirtschaftliche Intervention mobilisiert zum größten Teil Kräfte der Selbsthilfe, greift nur zum kleinen Teil auf die Staatsversorgung zurück. Die Gefahr von Konkurrenzstörungen, eines „unfairen Wettbewerbs" ist damit außerordentlich herabgemindert, das Vertrauen auf die Rechtssicherheit bleibt erhalten. Selbst der stark sozialistisch gefärbte Lederer-Plan erhält das Privateigentum der „angeforderten" Betriebe; durch den Einzug der Erwerbslosenproduktion in das stilliegende Werk kann der Unternehmer kein Genußrecht mehr verlieren, da er tatsächlich keines mehr besitzt, u. U. kann er sogar zum Betriebsleiter seines Betriebes in der Erwerbslosenhilfswirtschaft bestellt werden.

Daß ein Weg wirksamer Arbeitsbeschaffung über die Wiederbelebung der Nachfrage führt, diese Ansicht beginnt Gemeingut staatlicher Wirtschaftspolitik zu werden. Wir möchten aus jüngster Zeit das deutsche „Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit" vom 1. Juni 1933 nennen, das Sachleistungen an Hilfsbedürftige unter die Verwendungszwecke der Arbeitsbeschaffungszuschüsse aufgenommen hat. Die Politik Roosevelts baut sich in noch stärkerem Maße auf der wirtschaftspolitischen Beeinflussung der Nachfrage auf. Wir verweisen auf das NRA-Programm, das die Kaufkraft durch Lohnerhöhungen steigert, und auf das Wohlfahrtsunterstützungsgesetz, das Zuschüsse an Selbsthilfegruppen vorsieht (s. S. 81).

Auch wir sind der Meinung, daß die Nachfragebelebung nicht der einzige Weg zu wirtschaftlicher Wiedergesundung ist. Die Wirkung eines wirtschaftspolitischen Mittels ist nie genau vorauszusehen, Zufälle werden stets eintreten. Der Vorteil der Nachfragebelebung liegt nur im Massenpsychologischen. Die Klasse der Erwerbslosen wird unmittelbar gepackt, die neue Arbeit dient der Verbesserung ihres Lebensstandes. Die Arbeitsleistungen werden sich erhöhen, allgemeine Hoffnungen werden Investitionen ratsam erscheinen lassen.

Wir sind am Schluß. Es bleibt uns hier nur noch übrig, zu bemerken, daß unsere Darlegungen nicht mit dem Anspruch eines Dogmas auftreten wollen; es liegt uns fern, Entscheidungen vorwegzunehmen, die nur aus den Bedingungen der praktischen Politik zu treffen sind. Wir bescheiden uns in dem Wunsche, durch Behandlung dieses wirtschaftspolitischen Teilgebietes auch unsererseits auf unsere Weise einen Beitrag zur Erwerbslosenhilfe geliefert zu haben.

Anhang A.

Bestehende Selbsthilfegruppen mit hilfswirtschaftlichem Charakter.

Von den gegenwärtig bestehenden Hilfswirtschaften wollen wir zuerst die amerikanische „Tauschhandelsbewegung" betrachten.

Sie ist der bedeutendste Versuch hilfswirtschaftlicher Wirtschaftsweise, der bisher je gemacht worden ist. Sie an erster Stelle und ausführlich zu behandeln, scheint uns deshalb angemessen zu sein. Dennoch muß unser Bemühen, sie erschöpfend und plastisch darzustellen, fruchtlos bleiben. Die amerikanische Tauschhandelsbewegung ist keine Einheit sachlicher Natur; sie setzt sich aus zahllosen Einzelgruppen zusammen, deren Arbeitsmethoden stark voneinander abweichen und die in ihrer Arbeit von den jeweiligen geographischen und jahreszeitlichen Bedingungen abhängig sind. Von einer Tauschhandelsbewegung zu sprechen, ist nur durch die zeitliche Parallelität des Auftretens der Tauschgruppen gerechtfertigt. Wir müssen uns deshalb damit begnügen, gewisse grundsätzliche Wesenszüge herauszuheben und anschließend durch Schilderung einiger charakteristischer Tauschgruppen die Anschaulichkeit zu vertiefen[1]).

Die ersten Wiederbeschäftigungen von Erwerbslosen finden sich in den Weststaaten der Union. Von Salt Lake City[2]), Seattle[3]) und Compton[3]) bei Los Angeles gingen Erwerbslose im Herbst 1931 aufs Land, wo sie gegen Bezahlung in Naturalien Erntearbeit taten.

In Seattle bestand damals schon die Organisation der Unemployed Citizens'League[4]), die als Erwerbslosenorganisation neben politischen Zielen auch die Selbsthilfearbeit auf ihrem Programm hatte.

---

[1]) Ueb. d. amerik. Tauschhandelsbewegung vgl.: U. S. Department of Labor, Monthly Labor Review, March, April, May, June 1933; Weishaar-Parrish, Men without money, New York 1933.

[2]) Vgl. Weishaar-Parrish a. a. O., p. 48; The New Republic, 4. 1. 33, p. 211 „Back to Barter" (Murray E. King); „Tägliche Rundschau", Berlin, 17. 1. 33, „Zurück zum Tauschhandel".

[3]) Monthly Labor Review 1933, June pp. 1231—32, May pp. 1015—16, April p. 718.

[4]) Es muß als ein Zeichen politischer Verwirrung der wirtschaftlichen Vernunft angesehen werden, daß die U. C. L. von Seattle, die die erste Selbsthilfeorganisation war, seit März 1933 hilfswirtschaftliche Tätigkeit für unvereinbar mit ihren politischen Forderungen hält. An ihrer Stelle arbeitet jetzt in Seattle die Economic Security League. Vgl. dazu Monthly Labor Review, May 1933, p. 1021.

In Compton und Salt Lake City erwuchsen dagegen die Selbsthilfeorganisationen aus den Arbeitsgruppen heraus, ihre Konstituierung erfolgte Anfang des Jahres 1932.

Im Sommer und Herbst 1932 entstanden dann in allen Teilen der Union Tauschhandelsgesellschaften, die direkt oder unter Zuhilfenahme von Gutscheinen ihre Geschäfte tätigen. Nach Aussage der Industrial Relation Section der Princeton University, New Jersey [5]), gab es Ende Januar 1933 Tauschhandel unter 500 000 bis 1 Million Menschen der Union; folgende Staaten besaßen Tauschhandelsvereine: Arizona, Arkansas, California, Colorado, Connecticut, Florida, Georgia, Idaho, Illinois, Indiana, Jowa, Kansas, Michigan, Minnesota, Mississippi, Missouri, Montana, Nebraska, New Jersey, New York, North Dakota, Ohio, Oklahoma, Oregon, Pennsylvania, Tennessee, Texas, Utah, Washington, Wisconsin, Wyoming. Weishaar-Parrish [6]) geben gleichfalls die Zahl der vom Tauschhandel bis 15. März 1933 direkt betroffenen Personen mit etwa 1 Million Menschen an. Etwa die Hälfte davon befinden sich allein in Kalifornien [7]), weil dieser Staat in klimatischer Beziehung und in der Verteilung zwischen Stadt und Land besonders begünstigt ist.

Die meisten der amerikanischen Tauschhandelsgruppen sind von Erwerbslosen selbst, wenige nur von Geschäftsleuten oder Fürsorgestellen organisiert worden [8]).

Mehr als die Hälfte der Gruppen hatten sich erst nach eingehendem Studium über die Verhältnisse für einen Tauschhandel organisiert. Von 43 befragten Gruppen dienten 8 lediglich der Bekanntmachung der zum Tausch angebotenen Güter in Listen, 9 gebrauchten Gutscheine, 9 andere bloße Buchhaltung und 17 verteilten die in Frage kommenden Waren nur nach der Notlage und nicht nach der Arbeitsleistung ihrer Mitglieder.

Nur eine Minderzahl von Tauschgruppen ist in privater Hand und wird zwecks persönlichen Gewinnes betrieben [9]) [10]).

Das Verteilungsprinzip — ob Arbeitsleistung oder Bedürftigkeit der Mitglieder für ihre Ansprüche an die Tauschgenossenschaft maß-

---

[5]) The New York Times, 29. 1. 33, Section 2, p. N. 1 „Barter Plan wins widening interest".

[6]) a. a. O., p. 103.

[7]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 75.

[8]) Hierfür und für das Folgende vgl.: The Self Help System and Procedure in setting up a local mutual exchange, Publikation der Emergency Exchange Ass., Inc., New York, vom 4. April 1933, p. 13; Monthly Labor Review, June 1933, p. 1231.

[9]) So in Cleveland: vgl. Monthly Labor Rev. 1933, April, p. 755; u. in Chikago: vgl. May, p. 1038.

[10]) In Cleveland sollen sich Mißstände gezeigt haben, die eine Intervention von öffentlicher Seite verlangten (nach Monthly Labor Rev. 1933, April, p. 755). Wir vermuten, daß das berüchtigte Trucksystem in Cleveland wiederauferstanden war, indem infolge der Naturalbezahlung ein Lohndruck stattfand.

gebend sein soll — ist das wesentlichste Unterscheidungsmerkmal für die amerikanischen Tauschhandelsgruppen [11]).

Diejenigen Gruppen, die die Konsumgüterzuteilung der Notlage ihrer einzelnen Mitglieder anpassen, kennen in der Regel keine Mitgliedsbeiträge, ihre Geschäfte werden ehrenamtlich besorgt. Die Tauschgruppen aber, die ihren Mitgliedern Vergütungen gemäß ihrer Arbeitsleistung und Warenablieferung zukommen lassen, haben bezahltes Personal und nehmen Mitgliedsbeiträge.

Beschränkungen betreffs des Eintritts von neuen Mitgliedern kennt fast keine Tauschgenossenschaft. Wenn man von Erfordernissen wie amerikanische Staatsangehörigkeit und Mündigkeit der Mitglieder, die allzu selbstverständlich scheinen, absieht — politische, religiöse oder rassische Zugehörigkeit spielt keine Rolle. Nur der Unemployed Relief Club, Waterloo, Jowa, macht unseres Wissens eine Ausnahme. Farbige und Gesetzesbrecher (Kommunisten) sind von ihm ausgeschlossen [12]). Hinsichtlich der Zahl der Genossenschaftsmitglieder bestehen, soweit wir unterrichtet sind, bei den meisten Gruppen ebenfalls keine festen Bestimmungen. Es kann jeder ganz oder zum Teil Arbeitslose Mitglied werden, wenn er Eintrittsgeld entrichtet oder eine gewisse Bewährungszeit [13]) durchlaufen hat.

Nur in den Statuten der Unemployed Exchange Association, Oakland, Calif., findet sich klar ausgedrückt, daß neue Mitglieder erst dann aufgenommen werden sollen, wenn auch Aussicht besteht, sie hilfswirtschaftlich, so gut es geht, zu versorgen. Bei dieser Gruppe werden deshalb Anwärterlisten geführt [14]).

Die ungenügende Auswahl bei Aufnahme von Mitgliedern rächt sich dann in der mangelnden Verwendungsmöglichkeit für die Arbeitskraft mancher Mitglieder. Schon an der äußeren Zusammensetzung der Gruppen lassen sich die produktiven Möglichkeiten erkennen. Wir finden Gruppen, in denen die höheren Berufe vorherrschen und Gruppen, die sich vorzugsweise aus ungelernten Arbeitskräften zusammensetzen. So gehören in Los Angeles die Los Angeles und New Era Cooperative Exchanges zur ersteren, die Bellamy Exchange zur letzteren Art [15]).

Landwirte gehören den Genossenschaften in der Regel nicht an, sie treten den Gruppen im Austausch selbständig gegenüber. Dafür, daß die Gruppen auf landwirtschaftlichem Gebiet nur selten eigene

---

[11]) Vgl. Monthly Labor Review, June 1933, pp. 1230—31.

[12]) Vgl. Harpers Magazine, August 1933, pp. 320—21; Monthly Labor Rev. May 1933, p. 994.

[13]) Diese Probezeit ist sehr verschieden bemessen; im Fall der People's Unemployment League of Maryland genügt die Leistung einer Arbeitsstunde für die Genossenschaft (vgl. Monthly Labor Review, 1933, p. 1026), bei der Citizens' Service Exchange, Richmond, Va., müssen 40 Stunden unentgeltlich gearbeitet werden (vgl. May Monthly Labor Rev. 1933, p. 1028), bei der Natural Development Association endlich werden mehrere Monate für die Probezeit erfordert. (Vgl. unten S. 89.)

[14]) Vgl. May Monthly Labor Rev. 1933, p. 1007.

[15]) Vgl. Monthly Labor Review, June 1933, p. 1231.

Aktivität entfalten, wird die Ansicht entscheidend sein, die die Natural Development Association (Salt Lake City) ausgesprochen hat: Erfahrene Farmer seien in genügender Anzahl vorhanden, man müsse ihre Arbeit unterstützen [16]).

Nur folgende Gruppen haben sich landwirtschaftlich betätigt, in meist kleinem Umfange: Die Unemployed Citizens' League of Seattle im Jahre 1932 — sie bestellte eine Gesamtfläche von 500 acres [17]) —, die Unemployed Exchange Association, Oakland, Calif.[18]), das Unemployed Relief Council of Alameda County, Calif.[19]) und Citizens' Service Exchange, Richmond, Va.[20]), die drei letzteren im Jahre 1933.

Die Tätigkeit der Dayton Cooperative Production Units wird unten noch behandelt.

Keine Genossenschaft ist autark, alle brauchen mehr oder minder große Barmittel, um ihren Betrieb durchführen zu können.

Diese Barmittel sucht man auf verschiedene Weise zu erhalten: außer öffentlichen oder privaten Subsidien, die nicht immer ohne Gegenleistung angenommen werden, finden wir Leistungs- und Warenverkauf auf dem offenen Markt. Auch mittels Wohltätigkeitsvorstellungen wurden notwendige Naturalien beschafft [21]).

Am wichtigsten ist natürlich die Zusammenarbeit mit Fürsorgeverbänden. Diese ist bisher in ganz verschiedenem Maße ausgebildet. In Waterloo, Jowa, erfolgt die Verteilung der Produkte in enger Verbindung mit der Community Chest, um eine doppelte Versorgung durch die Wohlfahrtsfürsorge auszuschließen [22]). Bei den Organized Unemployed, Minneapolis, bestehen dagegen so gut wie keine Beziehungen zu den örtlichen Fürsorgebehörden [23]).

Barmittel bedeuten weiter oft die Gelder, die Einzelpersonen oder Firmen zahlen, um am hilfswirtschaftlichen Geschäft teilnehmen zu dürfen. Bei der Unemployed Labor and Commodity Exchange, Inc., Milwaukee, Wis., wurde in den ersten Monaten 1933, die zugleich die ersten Monate des Bestehens dieser Organisation waren, der gesamte Währungsgeldbedarf auf diese Weise bestritten [24]).

Dieser Fall muß als ein ganz besonders seltener angesprochen werden, denn gewöhnlich reichten nicht einmal die Zuschüsse der Fürsorgeverbände zu, um den Kapitalbedarf annähernd zu decken. So mußten bei vielen Tauschgruppen Möglichkeiten günstiger Uebernahme stilliegender Betriebsstätten verabsäumt werden, da keine Betriebsmittelfonds zu beschaffen waren [25]).

---

[16]) Vgl .Monthly Labor Rev. June 1933, p. 1234.
[17]) June M. Labor Rev., a. a. O., p. 1234.
[18]) May M. Labor Rev., a. a. O., p. 1008.
[19]) May M. Labor Rev., a. a. O., p. 1004.
[20]) May M. Labor Rev., p. 1030.
[21]) So in Pittsburg durch die Guyasuta Unemployed Bartercraft Association, vgl. May Monthly Labor Rev. 1933, p. 1033.
[22]) Vgl. May M. Labor Rev. 1933, p. 995.
[23]) Vgl. April Monthly Labor Review 1933, p. 748.
[24]) May M. Labor Rev. 1933, p. 987.
[25]) Vgl. June M. Labor Rev. 1933, p. 1239.

Dieser Notlage der Tauschgruppen ist durch das La Follette-Wagner-Costigan Gesetz zum Teil abgeholfen worden [26]).

Dieses sieht (in Section 4c) vor, daß die Bundes-Unterstützungsverwaltung (Federal Emergency Relief Administration) den Bundesstaaten Gelder zur Verfügung stellen kann, wenn diese sich dafür verwenden „to aid in assisting cooperative and self-help associations for the barter of goods and services" [27]).

Das Verfahren ist so geordnet, daß die Tauschgruppen ihre Anträge unter Ausfüllung des folgenden Fragebogens an die State Relief Administrations stellen, von wo die Anträge unter gutachtlicher Aeußerung zu den Fragen Nr. 5 und 19 an die Federal Emergency Relief Administration weitergeleitet werden [28]) [29]).

Barter Questionnaire.

Questionnaire To Be Answered by Applicants for Self-help and Barter-exchange Funds.

1. How much money is needed?
2. How to be paid, instalment or lump sum?
3. What is money to be used for? (Give as full and detailed information as possible on each project separately for which federal aid is asked.)
4. Give sworn statements of assets and liabilities as of July 1, 1933 or as near that date as possible.
5. Administrative personnel? (List names, addresses, past experience and business connections of principal officers.)
6. How long organized?
7. How many active members?
8. How many actually sustained in system who otherwise would be on relief? (Submit names and addresses of same for independent check-up.)
9. How many persons have been taken from relief rolls?

---

[26]) Schon vorher war es den Städten möglich, zur besseren Versorgung Bedürftiger Darlehen von der ReFiCorp. zu bekommen. Davon konnte z. B. in Denver die Selbsthilfeorganisation Unemployed Citizens' League of Denver, Colo., profitieren. Vgl. Monthly Labor Rev. 1933, pp. 467—68 (March).

[27]) Vgl. August Harper's Magazine, London and New York, 1933, p. 315; The Survey, New York, Aug. 1933, p. 289 (Russell H. Kurtz).

[28]) Vgl. dazu The Survey, August 1933, pp. 289—90.

[29]) Die ersten Bewilligungen wurden am 24. Juli 1933 ausgesprochen und betrafen die Emergency Relief Administrations Kaliforniens und Michigans. Ersterer wurden 10 000 Dollars zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen, letzterer 650 Dollars für die Community Cooperative Industries, Inc., of Lansing zur Verfügung gestellt. Bei der Organisation in Lansing handelt es sich um eine allgemein beliebte Selbsthilfegruppe, die etwa 350 Familien versorgt und die von tüchtigen Leuten geführt wird. Vgl. The Survey, Sept. 1933, p. 330.

10. How many persons can be taken from the relief rolls within the next six months?
11. What commodities are produced?
12. How is shelter handled?
13. Is scrip used? If so, submit samples.
14. What is behind the scrip?
15. When was scrip first issued?
16. Has it depreciated? How much?
17. Has unit traded with other units? If so, state value, kind and quantity of goods exchanged with other units.
18. How far apart are various other units traded with?
19. To what extent is community behind movement? Are merchants favorable or otherwise? Is organized labor favorable or otherwise? Does the state, country or other local relief organization cooperate with you? To what extent?
20. Give dollar value of business transacted for each month since starting.
21. To what extent would this appropriation make the system self-sustaining?

(Name of organization) . . . . . .

(Name and title of officer) . . . . . .

Es ist interessant, daß gerade auf die Fragen 5 und 19 besonderes Gewicht gelegt wird. In der Tat kann von der persönlichen Erfahrung, Tatkraft und Rechtschaffenheit des Leiters sowie von der Stellung der Tauschorganisation innerhalb der Gemeinde oder des betr. Bezirks der Erfolg und damit die Kreditwürdigkeit ausschließlich abhängen. Die persönlichen Qualitäten der Leiter sind bisher überdurchschnittlich gut gewesen. Leichtsinn, Unkenntnis und Unterschlagungen sind nur wenig vorgekommen. Die Stellung der Selbsthilfegruppen im Gemeinwesen ist jedoch verschieden. Hinter der Citizens' Service Exchange, Richmond, Va., steht z. B. die ganze Stadt, die private und öffentliche Wohlfahrtsfürsorge wie die Gewerkschaften [30]).

Die Organized Unemployed, Minneapolis, dagegen werden von den Gewerkschaften scharf bekämpft, da sie den regulären Lohn unterböten [31]).

Die Geschäftswelt wiederum steht mit der Natural Development Association, Salt Lake City, auf dem Kriegsfuße [32]).

Die Geschäftsleute empfinden besonders die Konkurrenz durch die Warenhäuser, die sich die Selbsthilfegruppen vielfach eigens schaffen, als Minderung ihres Einkommens, obwohl ihre Preise meist noch unter denen der Selbsthilfe-Warenhäuser liegen und die hilfswirt-

[30]) Vgl. May M. Labor Rev. 1933, p. 1027.
[31]) Vgl. April M. Labor Rev. 1933, p. 748.
[32]) Vgl. March M. Labor Rev. 1933, p. 460.

schaftlich Tätigen, wenn sie als Abnehmer ausfallen, ihrer geringen Kaufkraft wegen für die Geschäftswelt kaum einen Verlust bedeuten können. Demgegenüber muß die Wichtigkeit einer Warenabgabestelle für jede Tauschgruppe betont werden, eine bloße Vermittlung von Waren- und Leistungstauschakten kann die hilfswirtschaftlichen Möglichkeiten nur unvollkommen ausnützen [33]).

Die Politik der Tauschorganisation ist im allgemeinen darauf gerichtet, Wettbewerb mit der regulären Wirtschaft zu vermeiden. Die beschafften Waren sollen nur zum Gebrauch der Mitglieder dienen, Ueberschußgüter sollen im Tauschwege an andere Hilfswirtschaftsgruppen weitergegeben werden. Nur aus Gründen der Not ist von diesen Regeln manchmal abgewichen worden [34]).

Im Falle, daß an einem Orte zwei oder mehrere Tauschorganisationen bestehen, ist gemeinsame Arbeit oder Konkurrenz zwischen ihnen möglich. Der letztere Fall ist der seltenere, kommt jedoch vor. Es kann sich dabei um Gruppen handeln, die in ihren letzten Zwecksetzungen durchaus voneinander verschieden sind: sie begegnen sich im Kampf um die Mitglieder, die verfügbaren Kapitalmittel und die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten [35]).

Wir kommen zu den Methoden derjenigen Tauschgruppen, die die Arbeitsleistung ihrer Mitglieder zum Verteilungsschlüssel machen. Während bei den Gruppen, die die soziale Lage der Verteilung zugrunde legen [36]), höchstens eine Kontrolle der Bedürftigkeit erforderlich ist, müssen hier Ansprüche und Leistungen zum mindesten buchungsmäßig festgehalten werden.

Deshalb hat man sich vielfach entschlossen, die gegenseitigen Forderungen durch Inumlaufsetzung von Gutscheinen auszugleichen.

An den verschiedenen Tauschgruppen lassen sich noch deutlich die Stadien verfolgen, durch die ein wachsender Geschäftserfolg die Organisation des Tauschwesens führt. An erster Stelle steht der direkte Austausch von Waren und Leistungen, hierbei tritt Währungsgeld häufig noch dazwischen. Wir finden diese Stufe bei The People's Exchange of Kansas City, Mo., im März 1933 [37]).

---

[33]) Diese Meinung findet sich Monthly Labor Rev. 1933, pp. 1239—40 (June).

[34]) Vgl. June Monthly Labor Rev. 1933 p. 1236. An Einzelbeispielen seien genannt die Dayton Mutual Exchange, vgl. April M. Labor Rev. 1933, p. 763, u. die Commodity Exchange, Inc., Milwaukee, May M. Labor Rev. 1933, p. 982. Von Fällen offenen Wettbewerbs seien die Bemühungen der Unemployed Labor and Commodity Exchange, Milwaukee, um private Bauaufträge genannt, vgl. May M. Labor Rev., 1933, p. 986.

[35]) Vgl. die Konkurrenz der beiden schon genannten Milwaukee-Gruppen: May M. Labor Rev. 1933, p. 988.

[36]) Bei den meisten Gruppen dieser Art zeigten sich die Mitglieder mit der getroffenen Verteilung einverstanden. Uns ist nur der Fall des Unemployed Relief Club, Waterloo, Jowa, bekannt, in dem Unzuträglichkeiten beim Bedürftigkeitsprinzip zur Ersetzung desselben durch Gutscheinverkehr, der auf den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden beruhte, führten. Vgl. May M. Labor Rev. 1933, pp. 995—96.

[37]) Vgl. April M. Labor Rev. 1933, p. 760.

Die nächste Stufe ist gewöhnlich die Buchhaltung seitens der Tauschgruppen, die schließlich durch den Umlauf von auf Inhaber lautenden Anweisungen ersetzt wird, wenn sich der Geschäftsumfang stark vergrößert hat und auch ausreichende Vorräte zur Deckung der ausgegebenen Gutscheine vorhanden sind [38]). Diese höchste Stufe, die Inumlaufsetzung von Privatgeld, wird durch Gesetze einzelner Staaten unmöglich gemacht. In solchen Fällen hat man sich dadurch geholfen, daß man die Anweisungen auf Namen stellte und die Buchhaltung beibehielt, so daß die Rechenstelle lediglich für die einlaufenden Verrechnungsschecks Kontoänderungen vorzunehmen hatte.

Es soll besonders angemerkt werden, daß die staatlichen Behörden in Colorado erklärt haben, sie würden im Fall, daß die Unemployed Citizens' League of Denver Gutscheine ausgeben wolle, von der Anwendung des Gesetzes, das Gutscheine verbiete, absehen [39]). Dieser Beschluß ist sicherlich mit der besonderen Wichtigkeit der U. C. L. of Denver zu begründen, die im Februar 1933 45 000 Menschen [40]) versorgte und deren Geschäftsführung bisher zu keinen Bedenken Anlaß gab.

In Kalifornien ist die Bezahlung von Löhnen in Gutscheinen verboten. Ein Teil der Genossenschaften machte dagegen mit Erfolg geltend, daß ihre Mitglieder genossenschaftlich zusammenarbeiteten, ohne in einem Dienstvertrag zur Genossenschaft zu stehen, daß ihre Bezahlung in Gutscheinen also kein „Lohn" sei.

Die Cooperative exchanges des Los Angeles Distrikts haben mit ihren Verrechnungsstellen und Kontobüchern der Mitglieder, die Pässen ähnlich sind, den Solvay'schen Plan des Buchungssystems (Comptabilisme social) [41]) nachgeahmt.

Die Vergütungen für die Arbeit der Mitglieder werden von den meisten amerikanischen Tauschgruppen in Währungsgeld geschätzt und in Gutscheinen ausgezahlt. Dabei wird der Marktpreis der Arbeit erreicht oder unterschritten. Eine Sonderstellung nehmen eine Reihe kalifornischer Genossenschaften, von denen die Unemployed Exchange Association, Oakland, Calif., und die Unemployed Cooperative Relief Association of San José, Calif., genannt seien, der Unemployed Relief Club, Waterloo, Jowa und die Citizens' Service Exchange, Richmond, Va., ein [42]).

Für jede geleistete Arbeitsstunde geben sie einen Gutschein, der auf eine „Arbeitsstunde" oder auf „100 Punkte" lautet. Die Owen'schen Arbeitsnoten sind damit wieder auferstanden [43]).

---

[38]) Vgl. z. B. April M. Labor Rev. 1933, p. 758 für The South End Mutual Exchange, Cleveland.

[39]) Vgl. March M. Labor Rev. 1933, pp. 468/69.

[40]) March M. Labor Rev. 1933, p. 464.

[41]) Vgl. Gide-Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, Jena 1913, S. 358—59.

[42]) Vgl. Monthly Labor Rev. 1933, May p. 1007 (Oakland); p. 1022 (San José); p. 997 (Waterloo); p. 1027 (Richmond).

[43]) Vgl. Gide-Rist, a. a. O., S. 272—73.

Sie sind gegen Arbeitsleistungen von gleicher Dauer oder Waren einzutauschen. Die Waren werden vorher in der Austauschstelle in Arbeitszeit bewertet, und zwar geschieht dies in Waterloo zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage — die Arbeitsstundenpreise der Waren unterliegen also Aenderungen —, in San José dagegen erfolgt die Bewertung nach der Arbeitszeit, die zur Wiederbeschaffung der Güter notwendig ist. Das führt zur Rationierung einzelner Waren, weil die Nachfrage zum Preis gemäß der Arbeitszeit zu groß ist; Nahrungsmittel sind von dieser Bewertungsmethode vollkommen ausgenommen, sie werden zu den lokalen Marktpreisen bewertet.

Die frei umlaufenden Gutscheine sind gewöhnlich nur bei Entgegennahme von Waren und Leistungen in Verkehr gebracht. Ihre Gültigkeit erlischt nach meist einem Jahre [44]).

In einzelnen Gruppen werden aber auch die Ausgaben für die eigene Verwaltung durch Gutscheinausgabe bestritten. Diese Praxis führt auf die Dauer zu einer starken Entwertung der Gutscheine, es sei hier als Beispiel auf die leichtsinnige Politik der Organized Unemployed, Minneapolis, und des Unemployed Relief Club, Waterloo, verwiesen, die bei schrumpfendem Geschäftsumfang und bereits eingetretener erheblicher Entwertung der Gutscheine die Gutscheinausgabe für Verwaltungsunkosten fortsetzen [45]). Als sich eine ähnliche Entwicklung bei der Los Angeles Cooperative Exchange ankündigte, beschloß man dort, die Angestellten bis auf weiteres nicht mehr zu bezahlen, sondern den Ueberschuß an sie abzuführen, den die Bücher Ende jeden Monats zeigten.

Die dazu erforderlichen Einnahmen stammten aus der prozentualen Beteiligung der Tauschstelle an jeder auf dem Verrechnungswege geleisteten Zahlung. Der Prozentsatz ist bei den einzelnen Tauschgruppen verschieden, bei der eben genannten Organisation in Los Angeles sind 10 Prozent jedes Umsatzes, der durch die Bücher der Verrechnungsstelle geht, an die Verrechnungsstelle abzuführen. Und zwar werden 5 % vom Verrechnungsguthaben abgeschrieben, 5 % sind in bar abzuführen. Zahlungen zwischen den Genossenschaftern, die in bar geleistet werden, unterliegen dieser Abgabe nicht [46]). Die Unemployed Exchange Ass., Oakland, legt dagegen ihre Verwaltungskosten monatlich auf ihre Mitglieder um, von den Buchguthaben werden entsprechende Beträge abgeschrieben [47]).

Bei der Bellamy Cooperative Exchange in Los Angeles müssen die Mitglieder monatlich geringe Barzahlungen leisten, außerdem werden bei jedem Umsatz von Gutscheinen 5 % in bar abgeführt, indem die Mitglieder gezwungen sind, dafür bestimmte Marken der Tausch-

---

[44]) So z. B. die Gutscheine der Yellow Springs Exchange, Ohio. Vgl. auch Weishaar-Parrish a. a. O. p. 72.

[45]) Vgl. M. Labor Rev. 1933, May, pp. 998—99, Waterloo; April pp. 751—52, Minneapolis; June p. 1238, allgemeine Aeußerungen.

[46]) Für das Vorstehende vgl. April M. Labor Rev. 1933, p. 733—34.

[47]) Vgl. May M. Labor Rev. 1933, p. 1007.

stelle zu erwerben. Die Tauschstelle löst dafür nach 24 Umsätzen den Gutschein in bar ein. Die Gutscheinübertragungen vollziehen sich mittels Indossamenten [48]).

Die Gutscheineinlösung in Währungsgeld ist einer der bedeutsamsten Punkte der hilfswirtschaftlichen Geldpolitik überhaupt. Die Mehrzahl der amerikanischen Tauschgruppen kennt nur Gutscheindeckung durch Waren, durch persönliche Haftung der Genossenschaftsgründer in wechselmäßiger Verpflichtung oder durch einen kleinen Barfonds; die Methode der Bellamy Cooperative Exchange ist deshalb besonders hervorzuheben: die Bareinlösung wird durch eine Art Schwundgeld ermöglicht. Wegen der Wichtigkeit des Schwundgeldgedankens für die Hilfswirtschaften aller Länder wollen wir ausführlich auf ihn zu sprechen kommen.

Schwundgeld ist in drei Arten möglich [49]).

Entweder erfährt das Geld eine Wertminderung, wenn es eine bestimmte Zeit auf einem Konto liegen bleibt. Hüttmann weist darauf hin [50]), daß, wenn diese Zeit nur kurz sein soll, die Entwertung die Geldbesitzer zu sofortigem Umsatz, zu Vorratswirtschaft und ähnlichem, nicht immer volkswirtschaftlich nützlichem Verfahren nötigen würde, wenn die Zeit aber lang, also etwa auf einen Monat angesetzt werde, die Wertminderungen nur eine schmale Schicht von Leuten treffen würden, die sich auf Grund ihres Einkommens größere Rücklagen leisten könnten. Da sicherlich kein Lohnempfänger davon betroffen würde, wäre diese Besteuerung relativ zwecklos. Auch sei eine Umgehung leicht, wenn der Geldbesitzer über mehrere Konten verfüge.

Die zweite Art Schwundgeld entwertet sich an bestimmten Stichtagen [51]), wenn sie nicht gegen eine geringe in Bargeld zahlbare Gebühr gestempelt oder mit einer Marke versehen wird.

Die dritte Art des Schwundgeldes verliert bei jedem Umsatz einen gewissen Prozentsatz ihres Wertes [52]).

Auch hier läßt sich die Entwertung durch eine in Bar- oder Buchgeld zahlbare Gebühr meist vermeiden, oder es besteht auch von vornherein für den Empfänger die Pflicht, die Gebühr in bar zu bezahlen. Es handelt sich dabei um 2—6 % des Wertes [53]). Die nach einer bestimmten Zeit (meist eine oder zwei Wochen, in Wörgl: 1 Monat) sich entwertenden Gutscheine haben eine außerordentlich große Umlaufsgeschwindigkeit, da niemand gern am Stich-

---

[48]) Vgl. April M. Labor Rev. 1933, pp. 737—38.

[49]) Nach: Deutsche Arbeit, Monatszeitschrift, Hamburg, 1. 8. 33, „Ausgleichskassen oder Verrechnungsgemeinschaften?“ (W. Hüttmann), S. 2.

[50]) In: Deutsche Arbeit a. a. O. August 1933, S. 2.

[51]) The New Republic, 21. 12. 32, pp. 163—64: Irving Fisher „The stamped scrip plan“.

[52]) z. B. in Hawarden, Jowa, vgl. Weishaar-Parrish a. a. O. p. 21. Ebenso bei den deutschen „Arbeitsgemeinschaften“.

[53]) American Bankers Association Journal, März 1933 „Barter and Scrip“, p. 67/8.

tag von der Entwertung des Gutscheines betroffen werden will[54]). Wir werden die praktische Ausgestaltung dieser Schwundgeldform bei der Besprechung des Notgeldes von Wörgl in Tirol skizzieren. Von den in den Vereinigten Staaten verbreiteten Schwundgeldmethoden stellen wir nur Hawardens Gutscheinsystem, eine Verwirklichung des Umsatzschwundgeldgedankens, dar.

Wir gehen über zur Schilderung einzelner Tauschhandelsgruppen.

Die Unemployed Cooperative Relief Association in Kalifornien ist die bedeutendste Organisation. Sie entwickelte sich von Compton bei Los Angeles aus, wo Arbeitslose ihren Lebensunterhalt bei der Erntearbeit in Naturalien erwarben[55]). Andere Bezahlung konnten die Landwirte nicht leisten, durch diesen Ausweg aber konnten sie die Ernte einbringen und einen Teil der Produkte mit kleinem Gewinn verkaufen, statt einen Verlust zu haben. Ihnen blieb in der Regel die erstklassige Ware, während sich die Arbeitslosen meist mit zweitrangiger begnügten. Die Arbeitslosen erhielten auf die Weise mehr Produkte, der Nährwert war der gleiche, nur in dem Aussehen lag die Minderwertigkeit[56]). Ein, höchstens zwei Tage Erntearbeit reichten aus, um den Lebensunterhalt für eine Familie für eine ganze Woche zu erwerben[57]).

Die genossenschaftliche Bewegung entstand aus dem Bedürfnis heraus, die erhaltenen Naturalien weiterzugeben und andere dafür einzutauschen. Bald wurde eine Werkstätte für Schuhreparaturen gegründet, Schneiderarbeit trat zum Tauschhandel dazu, Milch wurde durch Reinigungsarbeit bei Molkereien erworben, und so vervollständigte sich die Organisation mit Schnelligkeit. Nötige Rohmaterialien erhielt man als Spenden, oder die Stadt Compton beschaffte sie[58]). Auch die staatliche Nahrungsmittelverwaltung erleichterte die Sammlung und Verteilung der Nahrungsmittel. (s. o. Anm. 57). Die Tauschhandelsgruppen der einzelnen Ortschaften traten auch ihrerseits miteinander in geschäftliche Verbindung, wobei sie, um Telefonkosten zu sparen, sich des Privatfunks bedienten[59]).

---

[54]) Es soll hier noch erwähnt werden, daß sich Prof. Irving Fisher besonders aktiv für die Verbreitung von Schwundgeld eingesetzt hat. Es sei Konsumtivkredit, der bei Produzenten und Händlern als Anreiz wirken werde, Bankkredite zu nehmen. Auf diese Weise lasse sich am besten die Reflation machen, welches der Grad von Geldvermehrung sei, der als Korrektiv zur drückenden Deflation gerechtfertigt sei. Das Gutscheingeld liquidiere sich dann schnellstens selber. Vgl. The New Republic, 21. 12. 32, p. 163; Weishaar-Parrish, p. 16.

[55]) Weishaar-Parrish a. a. O. pp. 74—75; The Literary Digest 15. 10. 1932 pp. 36—39; Survey, New York, Januar 1933, p. 6, „Living on a Surplus" (J. Stewart Burgess); April Monthly Labor Rev. 1933, pp. 717 ff.

[56]) The Literary Digest a. a. O. p. 37.

[57]) The Literary Digest a. a. O. p. 38; Weishaar-Parrish a. a. O. p. 75.

[58]) The Literary Digest a. a. O. p. 38—9.

[59]) Weishaar-Parrish a. a. O. p. 76. Monthly Labor Review, April 1933, p. 720.

Eine Hilfswirtschaft für Erwerbslose, die in manchem der von Prof. Lederer vorgeschlagenen ähnelt — sie erfolgt nach einem Plan — ist unter der Führung von Dr. Elizabeth Nutting in Dayton, Ohio, seit Juli 1932 entstanden [60]). Der bedeutendste Unterschied zu Lederer besteht darin, daß sich die „Dayton Cooperative Production Units" nicht streng von der Produktion für den offenen Markt zurückhalten, sondern Produkte an ihn abgeben, um bestimmte Güter, die sie bisher noch nicht produzieren, wieder dagegen eintauschen zu können. Die Produktion erstreckt sich fast ausschließlich auf Bedarfsgüter der Erwerbslosen. Gartenbau, Konservenfabrikation, Kaninchenzucht für Fleisch- und Fellverwertung, Seife- und Besenherstellung, Bauarbeit, Backen, Nähen, Polstern, Flickschneidern und -schustern sind die hauptsächlichsten Tätigkeiten. Der Laden der städtischen Wohlfahrtsbehörde liefert die Rohstoffe und nimmt als Bezahlung einen Teil der fertigen Produkte zurück. Für die Schaffung der ersten Produktionsmöglichkeiten hat die gemeindliche Wohlfahrtspflege (Community Chest) ein Darlehen von 800 Dollar gegeben, das in Form von Möbeln zurückgezahlt wird, die bei der Community Chest infolge eines Umzugs in andere Räume nötig werden.

Der Aufbau der Daytoner Selbsthilfeorganisation vollzog sich in der Art, daß eine Reihe von Familien zu einer Produktionseinheit zusammengefaßt wurde. Die Produktionseinheiten stehen miteinander in regem Austauschverhältnis. Auch mit Außenstehenden bestehen Tauschbeziehungen, so mit der selbständigen Tauschhandelsorganisation, der Dayton Mutual Exchange [61]).

Ende Februar 1933 waren mehr als 800 Familien, also etwa 4000 Personen in 13 Produktionseinheiten organisiert. Das bedeutet jedoch nicht, daß alle diese schon ganz selbständig ohne städtische Unterstützung leben könnten; die Mehrzahl dieser ist noch auf eine Unterstützung angewiesen, wenn auch diese in dem Maße abnimmt, als die Produktionseinheiten sich ausbauen lassen [62]). Schwierigkeiten macht der Bargeldbedarf, den die Mitglieder der Produktionseinheiten für Miet- und Pachtzahlungen, Telefongebühren und zur Bezahlung ihres Verbrauches an Gas, Wasser, Elektrizität haben [63]). Während sich die Telefon- und Wasserlieferungsgesellschaften den Production Units entgegenkommend zeigten — die erstere z. B., indem sie von den Erwerbslosen geschnittene Masten abnahm — bestehen die Grundbesitzer und der Elektrizitätskonzern auf ihren Geldforderungen. Vermutlich werden die Production Units noch stärker für den Markt produzieren

---

[60]) Vgl. darüber: Weishaar-Parrish, Men without money, pp. 78 ff.; Malcolm Ross, The Spread of Barter (The Nation Vol. CXXXVI p. 229, 1. März 1933) u. The Survey, Dec. 1932 pp. 682 ff. „Organized Swap and Dicker" (Eliz. Nutting); March Monthly Labor Review 1933, pp. 480—85.

[61]) Vgl. March Monthly Labor Review 1933, p. 482. Ueber die Dayton Mut. Exch. vgl.: The New Republic 4. 1. 33, p. 202; Monthly Labor Review, April 1933, pp. 762—63.

[62]) Weishaar-Parrish a. a. O. p. 85.

[63]) Weishaar-Parrish a. a. O. p. 90 ff.; Monthly Labor Review, March 1933, p. 483.

müssen, um das nötige Bargeld zu erwerben. Ein Gutscheinverkehr besteht in Dayton nicht, Leistungen und Ansprüche werden nur buchhaltungsmäßig aufgezeichnet. Die Produktionsleistungen der Units von Juli 1932 bis Ende Februar 1933 waren: ihre Mitglieder hatten Produkte im Werte von 10 000 $ erhalten, 14 000 $ waren in Waren abgeliefert worden, um die Kosten der Produktion zu bestreiten[64]). Wir sehen an diesem Beispiel, daß die Barkosten etwa 58 % der gesamten bisherigen Produktion ausmachen; gegen die deutschen Berechnungen erscheint dieser Satz zunächst als recht hoch, dennoch ist zu berücksichtigen, daß bis zum Frühjahr 1933 viele Produkte noch nicht in die Produktion einbezogen werden konnten. Eine Vervollständigung in dieser Hinsicht ist jedoch geplant, wir verweisen insbesondere auf Dr. Nuttings Pläne, für Erwerbslose Stadtrandsiedlungen zu ermöglichen[65]).

Die Natural Development Association in Salt Lake City, Utah, ist eine andere der bekanntesten und, wie oben angedeutet, eine der ersten Tauschhandelsgruppen in den Vereinigten Staaten[66]). Sie wurde bereits Mitte Januar 1932 konstituiert, und im Juli desselben Jahres hatte sie sich so ausgedehnt, daß man für die Erleichterung des Verkehrs ein Tauschmittel einführte[67]). Neben wirtschaftlichen Zwecken verfolgt sie besondere sozial-reformatorische Ziele. Sie besitzt 14 Untergruppen, davon 8 in Utah, 4 in Idaho, eine in Californien und eine in Arizona. 3 Gruppen in anderen Staaten mußten wieder aufgelöst werden. Die N. D. A. kennt drei Arten von Mitgliedschaft: Erstens „Kandidaten", die gegen eine geringe Gebühr lediglich das Recht haben, als Arbeitsuchende bei der Association geführt zu werden. Nach 6 Monaten können sie zu „Geschäftsmitgliedern" (trade-members) gewählt werden. Diese zweite normale Art von Mitgliedschaft, die etwa 2000 Leute besitzen, verleiht das Recht, bei Arbeitsmöglichkeit von der N. D. A. bevorzugt berücksichtigt zu werden und an den Gewinnen der Association teilzunehmen. Die dritte Kategorie von Mitgliedern endlich bilden die „qualified members". Trade members, die nach wiederum 6 Monaten zu qualified members gewählt werden können, müssen eine Fähigkeitsprüfung ablegen und sich dazu verpflichten, für die Verpflichtungen der N. D. A. eine persönliche Haftung bis zum Betrage von 1000 Dollar zu übernehmen. Bis März 1933 gab es dieser Voraussetzung wegen erst 28 qualified members[68]). Die Geschäftstätigkeit der N. D. A. reicht bis in die landwirtschaftlichen Distrikte und sogar bis zur Fischerei an der Westküste[69]). Die N. D. A. betreibt ein Kohlenbergwerk, welches in Konkurs gegangen war und jetzt wie-

---

[64]) Weishaar-Parrish a. a. O. p. 88.

[65]) Weishaar-Parrish a. a. O. p. 94 ff.; Monthly Labor Review, March 1933, pp. 483—84.

[66]) Emergency Exchange Association, New York: The self-help system and procedure in setting up a local mutual exchange, 4. 4. 33, p. 11; March Monthly Labor Review 1933, pp. 451—60.

[67]) The New Republic, 4. 1. 1933, p. 211; M. Labor Review, 1933, p. 451.

[68]) March Monthly Labor Review 1933, a. a. O. p. 455.

[69]) Weishaar-Parrish a. a. O. p. 48.

der mit ehemals arbeitslosen Bergleuten besetzt ist. Sie besitzt eine Konserven- und eine kleine Seifenfabrik, eine Sägemühle, ein Schlachthaus, eine Gerberei und eine Petroleumquelle mit einer kleinen Raffinerie [70]). Durch schlechte Organisation und infolge fehlender Kapitalausrüstung war ein Teil dieser Betriebe unrentabel und verursachte Verluste [71]). Der Mittelpunkt des Tauschhandels ist eine Art Warenhaus, in dem man alles findet, was zu den Lebensbedürfnissen gehört: u. a. einen Frisier- und Schönheitssalon, eine Abteilung, die von arbeitslosen Frauen gefertigte Kleidung enthält, eine Möbelreparaturwerkstätte [72]). Die Zahlungsmittel dort sind Währungsgeld und die Gutscheine der N. D. A.; und zwar werden pflanzliche Erzeugnisse ausschließlich gegen Gutscheine abgegeben, andere Waren erfordern zu einem Teilbetrag des Preises Bezahlung in Währungsgeld und für den restlichen Betrag Zahlung in Gutscheinen. Die Gutscheine sind in ihrem Charakter vom Währungsgeld verschieden, sie repräsentieren Leistungen in ganz bestimmtem Umfange und laufen nur kurz um. Sobald sie wieder zur N. D. A. kommen, meist beim zweiten Umsatz, werden sie vernichtet [73]). Die Warenpreise der Association sind etwa die gleichen wie in den benachbarten [74]) Geschäftslokalen [75]). Der N. D. A. verbleibt zur Deckung ihrer Verwaltungs- und allgemeinen Geschäftsunkosten einmal die Spanne zwischen Großhandels- und Kleinhandelspreisen, sodann nimmt sie für jede Arbeitsvermittlung eine Kommissionsgebühr von 10% vom Arbeitslohn [76]). Zuschüsse seitens der öffentlichen Kassen an die N. D. A. finden nicht statt. Sie will aus eigener Kraft voran kommen [77]). Aus ihren Einnahmen soll ein Kapitalfonds angesammelt werden, mit dem allmählich ein geschlossener Wirtschaftskreis geschaffen [78]) und der Zwang, Währungsgeld zu verwenden, gänzlich beseitigt werden soll. Denn weitere Expansion ist das Ziel dieser Tauschhandelsgesellschaft, die schon Vorsorge getroffen hat, gleiche Organisationen in allen Staaten der Union aufzuziehen [79]). Alle Mitglieder müssen den Plan einer neuen sozialen Ordnung, den der Gründer der N. D. A., Mr. Stringham, ausgearbeitet hat, studieren und sich ganz für ihn einsetzen [80]). Die neue Ordnung fordert eine neue

---

[70]) Tägliche Rundschau 17. 1. 33, „Zurück zum Tauschhandel"; Weishaar-Parrish a. a. O. p. 58.

[71]) Vgl. March Monthly Labor Review 1933, a. a. O. p. 452.

[72]) Weishaar-Parrish, a. a. O. p. 57; Monthly Labor Review, a. a. O., p. 453.

[73]) Vgl. Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 55; Monthly Labor Review, a. a. O., p. 451; The New Republic, 4. 1. 33, p. 211.

[74]) Obwohl die N. D. A. keinerlei Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhält, war sie das Ziel heftiger Angriffe durch die Geschäftswelt; vgl. Monthly Labor Review, a. a. O., p. 460.

[75]) March Monthly Labor Review 1933, a. a. O., pp. 457—58.

[76]) Nach March Monthly Labor Review, a. a. O., p. 458.
Abweichend: The New Republic 4. 1. 33, p. 211; Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 56; Tägliche Rundschau 17. 1. 33, a. a. O.

[77]) Vgl. March Monthly Labor Rev. 1933, p. 460.

[78]) Monthly Labor Rev., a. a. O., p. 458.

[79]) Weishaar-Parrish, a. a. O., pp. 58—59, p. 56.

[80]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 49.

Wirtschaftsmethode, welche die Verteilung nach christlichen, genossenschaftlichen Prinzipien[81]) und die Produktion nach der Bedarfsdeckung[82]) vornehmen soll. Das Geld soll abgeschafft werden[83]). Die Mitglieder sollen sich bei Krankheitsfällen gegenseitig Hilfe leisten[84]).

Die Midwest Exchange, Yellow Springs, Ohio, ist in Anlehnung an das dortige College entstanden[85]). Der ursprüngliche Gedanke des Gründers, des Präsidenten des Antioch College Dr. Arthur E. Morgan, war, daß für die nicht gegen Geld absetzbaren Vorräte der einzelnen Produktionsstätten ein Tauschhandel im Gesamtgebiet der Union eingerichtet werden sollte[86]). Insbesondere betraf das die unausgenutzten Betriebe des College, in denen die Studenten wissenschaftliche Instrumente, Bronzearbeiten und Drucke herstellen konnten[87]).

Zunächst sind in der Midwest Exchange Firmen von Produktionsbetrieben zusammengeschlossen; die Midwest Exchange vermittelt diesen Firmen gegen eine Kommissionsgebühr[88]) Absatz und Warenbezug[89]). Kredite, die sich die Midwest Exchange und ihre Mitglieder buchmäßig gewähren können, sind auf den Betrag von 1000 Dollar beschränkt[90]). Für Förderung des Austauschs von Überschußprodukten gibt die Midwest Exchange Listen heraus.

Neben der Midwest Exchange steht eine Konsumentenorganisation für den Ort Yellow Springs, The Yellow Springs Exchange[91]; geplant ist, auch Konsumentengruppen unter den Angestellten der angeschlossenen Mitgliederfirmen aufzubauen[92]).

Die von der Yellow Springs Exchange ausgegebenen Gutscheine haben ein Jahr Lebensdauer, sie sind in Höhe von über 100% durch ein Warenlager, meist Konserven, gedeckt[93]). In der ersten Zeit allerdings wurden Gutscheine aus Mildtätigkeit abgegeben, das Lager der Yellow Springs Exchange füllte sich dafür mit völlig unverwertbaren alten Sachen, wie gebrauchten Gaslampen, Küchenutensilien, stark abgenutzten Schreibmaschinen und dergl. m.[94]).

---

[81]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 53.
[82]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 59.
[83]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 54.
[84]) March Monthly Labor Rev. 1933, a. a. O., p. 455.
[85]) The New York Times, 22. 1. 1933, Section 4 p. E 6. „Ohio Barter-Plan began in College" (Malcolm Ross); Monthly Labor Rev., Vol. 36, pp. 473—79.
[86]) Weishaar-Parrish, pp. 71—72.
[87]) The Program and Policies of The Midwest Exchange, Inc., Yellow Springs, Ohio 1933, p. 1; Weishaar-Parrish, p. 73.
[88]) Vgl. darüber: Monthly Labor Review, a. a. O., pp. 474—75.
[89]) Eine Austauschstelle, in der Einzelpersonen registriert sind und ein Austausch von Leistungen vermittelt wird, ist The Service Exchange Bureau in Cleveland. Vgl. darüber: Monthly Labor Rev. April 1933, pp. 755—6.
[90]) The New York Times, 22. 1. 33, p. E. 6.
[91]) Monthly Labor Rev., a. a. O., pp. 474, 476.
[92]) „The New Republic", 4. 1. 33, „The Meaning of the barter exchanges", pp. 202ff.
[93]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 72; Monthly Labor Review, a. a. O., p. 477.
[94]) Weishaar-Parrish, a. a. O., pp. 73—4.

Eine der späteren, aber lange Zeit vorher schon vorbereiteten Tauschorganisationen ist die Emergency Exchange Association, Inc., in New York. Wirtschaftler, Juristen und Ingenieure haben an ihrer Errichtung mitgewirkt, darunter auch Professor Graham [95]). Auf die Schwierigkeiten, gerade in New York eine Tauschgesellschaft zu begründen, sind wir oben (Kapitel A 4 a) schon eingegangen. Der erste Anfang der Tauschhandelsgruppen wurde durch Erkundigungsgänge, die von Haus zu Haus, von Laden zu Laden führten [96]), vorbereitet.

Im Dezember 1932 endlich war die erste Tauschgruppe zusammengestellt, die Geschäftsstelle befand sich im Bezirk Inwood auf Manhattan Island. Anfang März hatten sich etwa 1500 Personen in den Geschäftsstellen der vier Gruppen in New York eingezeichnet [97]). Die Ausdehnung der Bewegung scheint seit der Bankenschließung im März wesentlich gefördert zu sein, unter dem Druck der Ereignisse haben sich eine Reihe von Kaufleuten bereit erklärt, Gutscheine der Association anzunehmen.

Der Plan des Tausches ist zunächst so gedacht, daß etwa ein Kolonialwarenhändler von der Association Gutscheine [98]) kauft, einen Erwerbslosen der Association sodann zu Reparaturarbeiten heranzieht, ihn mit Gutscheinen bezahlt, worauf der Erwerbslose fähig ist, Waren aus dem Kolonialwarenladen zu beziehen. Gleiche Tauschakte sind zwischen Schuhmacher und Dentist, Schneider und anderen Handwerkern möglich. Für den Kaufmann hat die Benutzung von Gutscheinen den Vorteil, daß er an neue Kunden Waren zu Kleinhandelspreisen absetzen kann, die er zu Großhandelspreisen beschaffen kann. Für die Emergency Exchange Association bedeutet das durch Verkauf von Gutscheinen erworbene Währungsgeld einmal einen Einlösungsfonds für die Gutscheine, zugleich aber die Möglichkeit, das Tauschhandelssystem zu verbreitern, indem neue Produktionsstätten und Materialien erworben werden können. Die Unkosten der Association werden im übrigen zum größten Teil durch Spenden aufgebracht [99]). Die Beschaffung von Lebensmitteln ist in kleinem Umfange auch dadurch gelungen, daß man Erwerbslose mit Lastwagen aufs Land hinausfuhr, wo sie die verschiedensten Arbeiten verrichteten und als Bezahlung Lebensmittel erhielten [100]).

Wie die Midwest Exchange will die Emergency Exchange Association der Errichtung, Beratung, Ausbreitung und Vereinigung der ver-

---

[95]) Vgl. Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 35/6; Tägliche Rundschau 7. 1. 33; The New York Times, fast täglich um die Jahreswende 1932/33; March Monthly Labor Rev. 1933, pp. 486—93.

[96]) Monthly Labor Review, a. a. O., p. 487; Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 38.

[97]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 44.

[98]) Gutscheine sollen erst dann ausgegeben werden, wenn das Tauschgeschäft einen gewissen Umfang überschritten hat, anfänglich soll ein buchmäßiges Kreditsystem genügen. Vgl. Monthly Labor Review, a. a. O., p. 488.

[99]) Monthly Labor Review, a. a. O., p. 488. Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 46.

[100]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 44.

schiedenen Tauschhandelsorganisationen dienen[101]). In dieser Hinsicht ist jedoch bis zum Abschluß dieser Arbeit (August 1933) kein wesentlicher Erfolg zu verzeichnen gewesen.

Nicht zur amerikanischen Selbsthilfebewegung rechnet das Gutscheinsystem Hawardens, Jowa, da es durch städtische Initiative eingeführt ist. Weil es hilfswirtschaftlich jedoch bedeutsam geworden ist, mehr als 200 Ortschaften haben es angenommen[102]), wollen wir es an dieser Stelle schildern. Seit Oktober 1932 hat der dortige Magistrat Schwundgeld ausgegeben; auf der Rückseite jedes (auf 1 Dollar lautenden) Gutscheins befanden sich 36 Felder, auf die 36 Marken im Werte von je 3 Cent aufgeklebt werden sollten. Bei jeder Benutzung des Gutscheins als Zahlungsmittel mußte eine solche Marke vom Magistrat erworben, aufgeklebt und entwertet werden[103]). Die für die Marken von der Stadt eingenommenen Gelder dienten der Wiedereinlösung des Gutscheins und 8% für die Druckkosten. Die Gutscheine wurden ursprünglich an Arbeitslose zur Bezahlung ihrer für die Stadt geleisteten Arbeit ausgegeben, von den Arbeitslosen dann zu Einkäufen bei Kaufleuten verwandt[104]). Diese wieder verwendeten die Gutscheine zur Bezahlung von Arbeitskräften oder zu Zahlungen an die Stadt. Von großem Nachteil war, daß die Farmer reguläres Geld brauchten, Gutscheine also nicht abnehmen konnten[105]), ebenso daß Waren aus entfernteren Orten nicht mit Gutscheinen zu bezahlen waren[106]). Ziemlich häufig ergab sich auch, daß die Gutscheine an Wert einbüßten, da sie nicht mit Marken versehen wurden[107]). Durch die Einführung der Gutscheine fiel der größte Teil der Armenunterstützungslast auf die Geschäftsleute der Stadt: sie mußten den größten Teil der 36mal 3-Cent-Zahlungen an die Stadt aufbringen[108]). Im ganzen war jedoch die Wirkung auf die Geschäftstätigkeit und die städtischen Finanzen eine so günstige, auch zufolge der sehr beschränkten ersten Ausgabe von Gutscheinen[109]), daß die Geschäftsleute sich nach vier Monaten für eine zweite derartige Emission einsetzten[110]).

Bei der Betrachtung des amerikanischen Tauschhandels werden wir angesichts der Mannigfaltigkeit und Verschiedenartigkeit schwerlich ein einheitliches Urteil abgeben können. Wir können feststellen, daß es in den einzelnen Landesteilen den einzelnen Organisationen in

---

[101]) Vgl. Emergency Exchange Ass., Inc., New York: „The self-help system and procedure in setting up a local mutual exchange", 4.4.33, pp. 15—16; The Midwest Exchange, Inc., Yellow Springs, Ohio: „How the Exchange works", März 1933 (Part II); Monthly Labor Rev., a. a. O., p. 478.

[102]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 19.

[103]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 21.

[104]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 22.

[105]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 29.

[106]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 22.

[107]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 24.

[108]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 27;
American Bankers Ass. Journal, March 1933, p. 67—8.

[109]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 27.

[110]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 22.

ganz verschiedenem Grade gelungen ist, den Lebensbedarf für die ihnen angehörenden Erwerbslosen durch Tauschhandel und Gutscheinsystem zu beschaffen. Daß sich die Selbsthilfemaßnahmen auch zum Teil nicht bewährt haben, geht am besten daraus hervor, daß man sich in Grand Rapids, Michigan, entschlossen hat, die Gutscheine, die die Stadt ausgegeben hatte, wieder abzuschaffen [111]) und daß in der Seiden-Industriestadt Paterson, New Jersey, es nicht gelang, eine Selbsthilfe erfolgreich durchzuführen [112]). Jedenfalls ist die Tauschhandelsbewegung in dem gegenwärtigen Rahmen in keiner Weise fähig, die öffentliche und private Fürsorge überflüssig zu machen. Nur neben der Fürsorge und über sie hinaus ist der Tauschhandel sinnvoll.

Diese Aufgabe fassen die einzelnen Tauschgruppen allerdings verschieden auf. Besonders klar wird der Unterschied bei zwei Gruppen in Milwaukee, der Commodity Exchange, Inc., und der Unemployed Labor and Commodity Exchange, Inc. Die erstere will nur eine Organisation für Notzeiten sein, die armen Menschen Hilfe bringt [113]), die letztere will eine Dauerorganisation sein, die ihren Mitgliedern in der Zukunft wirtschaftliche Sicherheit geben will, ungeachtet der Dauer der Depression [114]). Verbreiteter ist wohl die erstere Tendenz, die Tauschgruppe als Notmaßnahme aufzufassen, indirekt kommt manchmal aber der Gedanke durch, daß man mit einem Bestehen durch mehrere Jahre hindurch rechnet und die Wirtschaftsweise darauf einstellt. So hat z. B. die Dayton Mutual Exchange Schuldverschreibungen gegen Währungsgeld verkauft, die f ü n f J a h r e nach der Ausstellung in Waren einzulösen sind [115]).

Charakteristisch sind auch die Bestimmungen, die über die Mitgliedschaft getroffen sind, falls Mitglieder wieder Beschäftigung in der regulären Wirtschaft erhalten. Bei den meisten Gruppen verlieren die Mitglieder, die eine Außenbeschäftigung erhalten, ihre Genußrechte aus der Mitgliedschaft, dürfen sich dafür ungeschmälert ihres neuen Einkommens erfreuen [116]). Besondere Bestimmungen bestehen bei der Unemployed Citizens' League of Cheyenne, Wyo., bei der bei Außenbeschäftigung die bloße Mitgliedschaft gegen Abgabe von 1% des Einkommens an die League erhalten bleibt. Will jedoch das Mitglied außerdem an den Genußrechten der Mitgliedschaft teilnehmen, muß es 15% seines Einkommens abführen. Bei nur kurzfristiger Außenbeschäftigung geht das Einkommen zur Hälfte an das Mitglied, zur Hälfte an die League [117]). Beim Local Unit No. 1 (Compton) der Unemployed Cooperative Relief Ass., Los Angeles County, gehen Einkünfte aus kurzfristiger Außenbeschäftigung zu 100% an die Gruppe, bei dauernder Außenbeschäftigung kann ein Mitglied im Genuß aller Rechte blei-

[111]) Survey, New York, Februar 1933, „Scrip System ends", p. 87.
[112]) Survey, New York, Februar 1933, „Self-help among silk workers" (Charles C. Webber) pp. 59—60.
[113]) May Monthly Labor Rev. 1933, p. 988.
[114]) May Monthly Labor Rev. 1933, p. 987.
[115]) Vgl. April Monthly Labor Rev. 1933, p. 762.
[116]) Vgl. June Monthly Labor Rev. 1933, p. 1235.
[117]) March Monthly Labor Rev. 1933, p. 472.

ben, wenn es 10% seines Einkommens abliefert. Vor dem 1. März 1933 war überhaupt keine Zahlung an die Gruppe nötig, das Außeneinkommen stand dem Mitglied ohne Abzug zu [118]). Bei der Golden Relief Association, Oakland, Calif., ist die Grenze ein Tag. Währt die Außenbeschäftigung länger, fließt das Einkommen dem Mitglied zu, andernfalls hat die Gruppe vollen Anspruch darauf. Die Mitgliedschaft selbst wird durch die Außenbeschäftigung nicht betroffen [119]).

Die Tauschhandelsbewegung ist aus der Notlage des einzelnen Erwerbslosen entstanden und diente dazu, die dringendsten Lebensbedürfnisse zu beschaffen [120]), deren Vermittlung der normale Geldverkehr nicht übernehmen konnte.

In manchen Fällen ist der Tauschhandel auch Ausdruck einer Wirtschaftsgesinnung: mehr oder minder strenge Maßstäbe werden an den Kapitalismus gelegt. Wir erinnern an die oben erwähnten sozialreformatorischen Tendenzen der Natural Development Association. Der Zins der Marktwirtschaft erscheint bekämpfenswert, nicht die Besitzer der Maschinen, sondern die Konsumenten der Produkte, die Arbeiter, sollen die Kaufkraft bekommen, um die Produkte abnehmen zu können [121]). Gedanken von Proudhon, Oppenheimer und den Freigeldtheoretikern tauchen hier wieder auf. Das Einkommen ohne Arbeit sei verdammenswert, durch Reform des Tausches sei es abzuschaffen [122]).

Die in Los Angeles umlaufenden Arbeitsbons haben wir schon oben berührt. Sie sind offenbar den primitiven Tauschhandelsmethoden an Ort und Stelle gut angepaßt, da die Rohstoffe meist durch Geschenke zur Verfügung gestellt werden.

Einen eigentlichen Sozialismus verfolgt die Tauschhandelsbewegung jedoch noch nicht [123]). Es ist lediglich bisher die Idee der Kooperation gewesen, die der Bewegung den Ansporn gegeben hat.

Durch die Organisation wird wirtschaftlich eine Mobilisierung von Kreditmöglichkeiten für die Erwerbslosen erreicht. Jacob Baker führt darüber folgendes aus [124]): „The plan for the issue of credit tokens by mutual exchanges of workers serves two purposes. One of these is the borrowing of working capital form workers through the use of labor in building plant or producing goods. This labor capital is paid for in credit tokens to be redeemed in future goods.... The other purpose served is creation of a transferable currency based on the workers' own credit by means of which he can get services today from his

---

[118]) Vgl. April Monthly Labor Rev. 1933, p. 726.
[119]) Vgl. May Monthly Labor Rev. 1933, pp. 1006—07.
[120]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 102.
[121]) Weishaar-Parrish, a. a. O., p. 51.
[122]) Gide-Rist, a. a. O., S. 330, 337.
[123]) The New Republic, 4. 1. 1933, p. 203; „The meaning of the barter exchanges".
[124]) Survey Graphic, New York, Februar 1933, Vol. 22. No. 3. p. 108, „Making Money".

fellow workers. This constitutes a monetization of labor credit. Its advantage is that his fellow worker places greater value on a group promise to deliver work than he does on that of the individual worker".

Die kreditpolitische und arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Tauschhandelsbewegung hier darzustellen, müssen wir uns versagen. Eine theoretische Untersuchung würde im wesentlichen dieselben Ergebnisse bringen, wie die im Hauptteil untersuchten hilfswirtschaftlichen Pläne. Analoge Folgerungen werden deshalb fast immer zutreffend sein.

Europäische Hilfswirtschaften.

Die bestehenden europäischen Hilfswirtschaften scheinen fast ausschließlich im deutschen Kulturkreis zu liegen und von deutschen Theoretikern maßgeblich beeinflußt zu sein. Wir nennen die Namen Silvio Gesell [125]) und Berthold Otto [126]), aus deren volkswirtschaftlichen Systemen eine Reihe von Hilfswirtschaften die Ideen für ihren Aufbau schöpften.

Wir kommen zuerst auf die von Berthold Otto angeregten „Deutschen Arbeitsgemeinschaften" zu sprechen: Die „Arbeitsgemeinschaft Oberschlesien", auch „Argo" genannt, war der bedeutendste reichsdeutsche Versuch einer Tausch- und Verrechnungswirtschaft, der bisher gemacht worden ist[127]). Ihr Organisator Erich Schmidt, ein Ingenieur, hatte sich schon seit 1927 mit Gedanken beschäftigt, wie eine zinslose Tausch- und Verrechnungsgenossenschaft zweckmäßig aufzubauen sei. Nach Vorverhandlungen im April und Mai 1932 wurde im Juni die „Argo" in Oppeln gerichtlich eingetragen — Oberschlesien erschien als Provinz besonders geeignet, da es die wichtigsten Lebensmittel und Rohstoffe hervorbringt —[128]) und im folgenden Vierteljahr konnte sie 1100 Mitglieder werben, da auch öffentliche Körperschaften, wie die Landkreise Oppeln, Falkenberg und Leobschütz sowie viele Gemeinden als korporative Mitglieder beitraten. Am 11. Juli 1932 wurde mit dem

---

[125]) Gesell ist der Begründer der Freiwirtschaftsbewegung, die in einer liberal aufgebauten Gesellschaft durch „Freiland" eine Reform des Bodeneigentums erreichen und durch „Freigeld", freie Ausgabe und Einziehung von Schwundgeld, die Preise regulieren und auf Grund einer Indexmethode das Freigeld wertbeständig erhalten will.

[126]) Berthold Otto legt den Hauptwert auf die „Moral der Wirtschaft", die er durch Preisregulierung innerhalb einer konsumorientierten Planwirtschaft und ständischen Aufbau des Volkes sichern will. Vgl. sein Hauptwerk „Der Zukunftsstaat als sozialist. Monarchie", Berlin 1910, und die kurze Zusammenfassung: Silvio Gesell — Berthold Otto, in „Aufwärts", Christl. Tageblatt, Bielefeld, 11. 3. 1932. (Georg Friedr. Muth).

[127]) Vgl. über sie, außer den anderen unten zitierten Schriften, Voss. Zeitung, 27. 8. 33, Nr. 409, Finanzblatt, „Die Argo-Mark"; Eisenacher Zeitung, 10. 2. 33, „Arbeitsbeschaffung und Kaufkraftbildung ohne Kapital und ohne Zinsen".

[128]) Vgl. der Hochwart, Markersdorf-Zittau, Jg. III. H. 1, Gustav Huhn: Die Arbeitsgemeinschaft Oberschlesien als Beispiel deutscher Selbsthilfe zur Arbeitsbeschaffung.

Bau der ersten Chaussee von Ellguth-Proskau nach Jaschkowitz, Landkreis Oppeln, begonnen. Die Gesamtkosten waren auf 150 000 RM geschätzt, für welchen Betrag der Landkreis einen Schuldschein ausstellen mußte. Es folgte der Bau von 11 Siedlungshäusern in Ochotz. Weitere Hausbauten und Meliorationen wurden projektiert und die erforderlichen Verrechnungskredite bewilligt. Die Schlesische Portland-Zement-Industrie und die O/S Kalkvereinigung lieferten gleichfalls für bargeldlose Gutschrift, die Landkreise nahmen Kommunalsteuern, die Kreissparkassen Schuldrückzahlungen und Zinszahlungen und verschiedene Krankenkassen ihre Beiträge bargeldlos an. Am 27. September 1932 kam ein preußischer Erlaß heraus, der den Kommunen und Kommunalverbänden die weitere Beteiligung an der Arbeitsgemeinschaft O/S untersagte; die Arbeitsgemeinschaft selbst zu verbieten, fehlte jede gesetzliche Grundlage. Dennoch entschlossen sich die Leiter der Argo, den Verrechnungsverkehr nicht in unvollkommener Weise in nur privatem Kreise weiterzuführen, sondern ihn gegen den Willen der Mehrzahl der Mitglieder einzustellen. Bei der Abwicklung konnten sämtliche Guthaben bar ausgezahlt und alle Verrechnungskredite abgelöst werden.

Wir kommen zur Arbeitsweise der Argo und ihren Bestimmungen: Oeffentlichen Körperschaften wurden gegen Schuldschein, privaten Unternehmern gegen hypothekarische Sicherheit zinslose Verrechnungskredite zugeteilt, über die mit Verrechnungsanweisungen in dem Maße verfügt werden konnte, wie reelle Leistungen als Gegenwert verkörpert worden waren. Jede Verrechnungsanweisung stellte ihrer Natur nach eine Quittung[129]) für eine empfangene Leistung dar und richtete sich an die Verrechnungsstelle mit der Anweisung, vom Konto des Ausstellers dem Konto des Empfängers einen der Leistung entsprechenden Betrag auf dem Verrechnungswege gutzubringen. Für alle Verrechnungszahlungen der Argo galt die Arbeitsmark, die auf den Wert einer Arbeitsstunde eines Maurers in Oppeln gestellt war[130]); Wertbeständigkeit sollte dadurch garantiert werden. Bei jedem Umsatz wurden dem Empfänger 2% der Summe abgezogen, und zwar ½% für Verwaltungsunkosten und 1½% zur Tilgung der gewährten Verrechnungskredite. Da nämlich die Baudarlehen gewöhnlich auf dreißig Jahre zinslos gegeben wurden, wären die Kreditmöglichkeiten der Arbeitsgemeinschaft sehr beschränkt gewesen, falls nicht alle Mitglieder diesen Verzicht auf 1½% ihrer Ansprüche geleistet hätten. Mit etwa 67 Umsätzen wurde so der Verrechnungskredit getilgt; daneben ging die langsame Rückzahlung des Darlehns und zwar in monatlichen Raten von 3 pro mille. Nach 30 Jahren wäre dann also das Darlehen voll zurückgezahlt gewesen, und der Darlehnsnehmer hätte außerdem

---

[129]) Dr. Alb. Halbe, Die Arbeitsgemeinschaft O/S., Wilh. Gottl. Korn, Breslau, 1932, S. 24.

[130]) Vgl. Bestimmungen und Satzungen der Arbeitsgemeinschaft „Oberschlesien" e. V. Oppeln, Bismarckstr. 7, Druck von Erdmann Raabe, Oppeln, S. 9, Allg. Bestimmungen, Punkt 12, und S. 15, § 16 der Darlehnsbedingungen. In den „Bestimmungen und Satzungen" der „Deutschen Arbeitsgemeinschaft, Hamburg", 3. Aufl., 1933, fehlt diese Bestimmung.

noch 8% für Verwaltungskosten aufgebracht. Es war Bestimmung getroffen, daß das zurückgezahlte Darlehen sodann den Mitgliedern nutzbar gemacht werden sollte, die durch den Umsatzabzug die Langfristigkeit des Darlehens ermöglicht hatten[131]). Die heutigen Arbeitsgemeinschaften haben sich von diesen schwer durchführbaren Gedanken gelöst und ganz allgemein die Bestimmung getroffen, daß die zurückgezahlten Tilgungsraten der Allgemeinheit oder ihren Mitgliedern zu Unterstützungszwecken zugute kommen sollen[132]).

Die Darlehen der Argo sollten zu folgenden Zwecken gegeben werden[133]):

1. Behebung der Wohnungsnot durch Schaffung von Eigenheimen und geschlossenen Siedlungen, sowie Beschaffung des hierfür erforderlichen Baugeländes.
2. Förderung der ländlichen Siedlung mit Schaffung der Verkehrs- und Transportmöglichkeiten, wo solche nötig waren.
3. Ablösung der Erbansprüche nachgeborener Söhne und Töchter, insbesondere auf dem Lande[134]).
4. Einrichtung von landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben; Erstellung der erforderlichen Gebäude und Bereitstellung von Betriebsmitteln.
5. Gründung eines eigenen Hausstandes.
6. Sicherstellung der wirtschaftlichen Zukunft der Jugend.
7. Ablösung von Zinshypotheken.

Da alle Kredite zinslos gegeben werden, der Zins also als Maßstab für die Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit des Kredits fehlt, Nachfrage nach zinslosem Kredit aber unendlich ist, müssen für die Zuteilung Richtlinien bestehen. Bei der Argo war folgendes bestimmt[135]): Die in jeder Arbeitsgemeinde aufgebrachten Werte sollten tunlichst in ihrem Gebiete auch Verwendung finden. Für die Verteilung der Darlehen innerhalb einer Gemeinde bestand folgender Schlüssel: Von zehn Darlehen sollten die ersten fünf an diejenigen vergeben werden, welche im Verhältnis zu der beantragten Darlehenssumme die größte Vorauszahlung geleistet hatten. Die nächsten fünf Zuteilungen sollten an diejenigen gegeben werden, welche die niedrigste Verteilungsnummer hät-

---

[131]) Vgl. Flugblatt „Wirtschaftsbelebung ohne Kapital", von Reg.-Assessor Jarmer, Oels, Druckerei Gregor, Oels, S. 2.

[132]) Vgl. Bestimmungen und Satzungen der „Deutschen Arbeitsgemeinschaft" Hamburg, 3. Aufl., 1933. S. 5 (Punkt 11 der Allgemeinen Bestimmungen).

[133]) Nach: Bestimmungen und Satzungen der Arbeitsgemeinschaft „Oberschlesien", a. a. O., Darlehnsbedingungen, § 2, S. 12.

[134]) Punkt 3 fehlt in den heute geltenden „Bestimmungen und Satzungen", Deutsche Arbeitsgemeinschaft Hamburg, 3. Aufl. 1933, S. 8.

[135]) Nach „Bestimmungen und Satzungen der Arbeitsgemeinschaft Oberschlesien", a. a. O., Darlehnsbedingungen § 6, S. 13. Dieselben Richtlinien bestehen bei den Arbeitsgemeinschaften noch heute; vgl. „Bestimmungen und Satzungen", Deutsche Arbeitsgemeinschaft, Hamburg, 3. Aufl. 1933, S. 9.

ten. Die Verteilungsnummer wurde ermittelt, indem man zur Mitgliedsnummer des betr. Mitgliedes ein Tausendstel der beantragten Darlehnssumme addierte.

Beispiel:

Mitglied Nr. 11: beantragte Darlehnssumme 18 000 RM. Verteilungsnummer: 11+18=29.

Mitglied Nr. 21: beantragte Darlehnssumme 5 000 RM. Verteilungsnummer: 21+5=26.

Es würde die Reihenfolge der Darlehnsvergebung in diesem Falle sein: Mitglied Nr. 21, Mitglied Nr. 11. Dieser Verteilungsschlüssel findet für kinderreiche Familien noch folgende Ergänzung: Für jedes unversorgte Kind wurden von der Verteilungsnummer 2 Einheiten abgezogen. In obigem Beispiel würde demnach das Mitglied Nr. 11 bei 2 Kindern nicht die Verteilungs-Nr. 29, sondern die Verteilungsnummer 25 haben und damit, falls Mitglied Nr. 21 kinderlos ist, vor diesem rangieren. Es war bei der Argo vorgesehen, in späterer Zeit den Leistungsgrundsatz beim Verteilungsschlüssel ganz fallen und nur noch die durch Mitgliedsnummer und soziale Lage errechnete Reihenfolge maßgebend sein zu lassen. Bei den zur Zeit bestehenden „Arbeitsgemeinschaften" kann jedoch von einem Abgehen vom Leistungsgrundsatz keine Rede sein, da man dringend darauf bedacht sein muß, Einzahlungen von Bargeld zu bekommen. Denn nach dem Ausscheiden der öffentlichen Körperschaften aus dem Verrechnungsverkehr klaffen hier und dort Lücken, die Bargeld verschlingen; es sind keine geschlossenen Gemeinschaften mehr.

Die erforderlichen Barmittel wurden der Argo von Beamten und Lohn- und Gehaltsempfängern zur Verfügung gestellt, die dafür Verrechnungsguthaben erhielten[136]). Als Richtsatz war der Betrag von 20 RM für jedes selbständige Mitglied in jeder Kalenderwoche genannt, der stets überschritten, aber nur mit besonderer Genehmigung unterschritten werden durfte.

Die Auszahlung bei Bargeldbedarf fand nach einem besonderen Schlüssel statt. Bei Erteilung eines Auftrages auf Barzahlung wurde der Betrag als Schlüsselzahl angenommen, der nach Ausführung des Auftrages noch auf dem Konto als Guthaben verblieb. Damit auch kleinere Guthaben abgehoben werden konnten, erhöhte sich jede Schlüsselzahl wöchentlich um 200, wenn der Auftrag in der Woche nicht ausgeführt wurde.

Beispiel:

	Guthaben	Barauftrag	Restguthaben	Schlüsselzahl
	RM	RM	RM	RM
A	2000	900	1100	1100
B	700	300	400	400
C	1500	200	1300	1300
D	20	20	0	0

[136]) Vgl. „Bestimmungen und Satzungen der Arbeitsgemeinschaft Oberschlesien", a. a. O., S. 9/10. Allgemeine Bestimmungen Punkt 15.

Reihenfolge der Auszahlung: C, A, B, D. Wurden B und D in der ersten Woche nicht ausgeführt, lauteten für diese beiden Aufträge die Schlüsselzahlen in der folgenden Woche 600 und 200. Durch diese Methode der „Bargeldauskehrung" wurde erreicht, daß in der Regel ein Ziel von 30 Tagen nicht überschritten wurde. Es konnten sich also auch solche Geschäftsleute an der Verrechnung der Arbeitsgemeinschaft beteiligen, die im Anfang noch keine Möglichkeit zur Weiterverrechnung der erhaltenen Werte hatten.

Durch den Bargeldbedarf der Arbeitsgemeinschaft wird auch für den Gesamtumfang der zu gewährenden Darlehen eine Grenze gesetzt, die sonst nur durch das Vorhandensein der Arbeitskräfte geschaffen wäre[137]). Erich Schmidt gibt in der „Deutschen Arbeit"[138]) darüber eine interessante Tabelle. Drei Faktoren begrenzten die Zuteilungsmöglichkeit für Darlehen: das gesamte Verrechnungsvolumen, der Bargeldbestand und der wöchentliche Barbedarf als Prozentzahl des Verrechnungsvolumens. Schmidt betrachtet das Beispiel einer Arbeitsgemeinschaft, die einen Bau in Höhe von 10 000 RM zugeteilt hat; von diesem Bau soll ein Wert von 3000 RM schon fertiggestellt sein, so daß dafür eine Sicherungshypothek von 3000 RM vorliegt. Das Verrechnungsvolumen nimmt er mit 12 000 RM an, was verhältnismäßig gering sei. Er erhält folgende Tabelle:

Verrechnungsvolumen	12 000	12 000	12 000	12 000	12 000
wöchentlicher Bedarf	6 000	4 800	3 600	2 400	1 200
das sind	50 %	40 %	30 %	20 %	10 %
Barbestand	9 000	9 000	9 000	9 000	9 000
Auszahlung	6 000	4 800	3 600	2 400	1 200
Restlicher Barbestand	3 000	4 200	5 400	6 600	7 800
Zuteilungsmöglich	6 000	10 500	18 000	33 000	78 000
davon ab noch schwebende Arbeit	7 000	7 000	7 000	7 000	7 000
Zuteilungsreif	— 1 000	3 500	11 000	26 000	71 000

Der Barbestand ist 9000 RM, denn von dem Guthaben der Mitglieder sind 3000 RM aus dem Baubetrieb durch Leistungen entstanden, diese 3000 RM sind hypothekarisch — nicht durch Bargeld — gedeckt. Es ergibt sich in dem untersuchten Falle also, daß bei Bargeldbedarf von 50 % keine Arbeit begonnen werden kann, daß bei Bargeldbedarf von 40 % Arbeiten in Höhe von 3500 RM, bei Bargeldbedarf von 10 % Arbeiten in Höhe von 71 000 RM zugeteilt werden können. Im gleichen Artikel gibt Erich Schmidt den Bargeldbedarf beim Start jeder Verrechnungsgemeinschaft mit erfahrungsgemäß durchschnittlich 20 % an. Es sei das Ziel, diesen Satz möglichst zu senken.

Wir fassen noch die Kapitalbildungsmethoden der Arbeitsgemeinschaften zusammen und würdigen sie kritisch.

---

[137]) Vgl. Bestimmungen und Satzungen der Arbeitsgemeinschaft O/S., S. 8, Punkt 11 der Allg. Bestimmungen.

[138]) Deutsche Arbeit, Monatszeitschrift Hamburg, Jg. 1933, Nr. 5, S. 2. „Worauf es ankommt".

Bau von Eigenheimen, Erstellung von landwirtschaftlichen, gewerblichen und Verkehrsanlagen sind die hauptsächlichsten Ziele. Bis auf einen kleinen Verwaltungskostenbeitrag werden diese Anlagen ohne Verzinsung den Auftraggebern überlassen, die sie in dreißig Jahren amortisieren müssen. Die eigentliche Amortisation und Verzinsung bringen in schnellster Zeit diejenigen auf, die durch die Erstellung der Anlagen Arbeit bekommen[139]). Bei jedem Umsatz müssen sie 1½ % an die Verrechnungsgemeinschaft abführen. Durch diese Schwundgeldmethode wird erreicht, daß sich eine Kapitalbildung in kleinen Raten vollzieht. Die Arbeiter, Geschäftsleute und Landwirte verzichten also zu Gunsten der Bauauftraggeber auf einen Bruchteil ihres Verdienstes, dieser Verzicht bedeutet ein echtes Gemeinschaftsopfer, da sie den so zwangsweise ersparten Kapitalbetrag nie wiedersehen, geschweige denn eine Verzinsung ihres Kapitals bekommen. Direkt kurios ist die Umdrehung des heutigen Prinzips: Normalerweise zahlten diejenigen Zinsen, die sich fremder Ersparnisse bedienten, um sich selbst Existenzverbesserungen zu schaffen. Bei den Verrechnungsgemeinschaften kostet Kapitalbeanspruchung keine Zinsen, stattdessen müssen die Mitglieder des Verrechnungsverkehrs ihre Arbeitsmöglichkeit durch eine Kapitalabgabe bezahlen. Außerdem müssen die Geschäftsleute und Landwirte mit Hilfe ihrer Vorräte noch bis zur Liquidierung der Verrechnungskredite durch den Umsatzabzug den Verrechnungsverkehr kreditieren. Wir sehen deutlich an dieser Zusammenstellung, wie wenig bedenkenfrei die Methode der deutschen Verrechnungsgemeinschaften ist. Ernste Störungen können sich ergeben, wofern die Verrechnungskredite die vorhandenen Betriebsmittel- und Konsumgüter-Vorräte überschreiten. Dann wird sich erweisen, daß die Deckung des umlaufenden Verrechnungsgeldes durch halbfertige Bauvorhaben nicht genügt: nicht nur, weil ein halbfertiges Haus nicht den Preis der in ihm verkörperten Leistungen hat, sondern weil überhaupt die Marktpreise für Grundstücke, Häuser und Betriebsanlagen starken Schwankungen unterliegen, so daß große Verluste entstehen können. Nur in dem Maße, wie für die Arbeitskräfte Ueberschußbestände an Konsumgütern vorhanden sind, kann man auch die Zinslosigkeit der zugeteilten Verrechnungskredite hinnehmen. Andernfalls muß mit dem Verrechnungsverkehr eine Kapitalablenkung aus der regulären Wirtschaft verbunden sein[140]), die umso gefährlicher ist, als das Kapital aus einer am Zinsfuß orientierten Verwendung in eine ohne Rücksicht auf Zinshöhe und Rentabilität bestimmte Verwendung überführt wird, die Wirtschaft im ganzen also weniger produktiv werden muß. Da die vorhandene Höhe der Vorräte gleichfalls die Grenze bildet, bei deren Ueberschreitung sich inflatorische Wirkungen zeigen müssen, ergibt sich klar, daß die Verrechnungsgemeinschaften auf den hilfswirtschaftlichen Rahmen zu beschränken sind. An ihre Spitze gehören verantwortungsbewußte Leiter, die das Leistungsvermögen der

[139]) So auch: A. Halbe: Die Arbeitsgemeinschaft OS., a. a. O. S. 21.

[140]) In Niedergangszeiten werden die Verkäufer von Betriebskapital gern Buchgeld annehmen; bei größerer Nachfrage müssen die Preise der Kapitalien steigen.

Gesamtwirtschaft gut kennen und es über sich bringen, die Expansion der Verrechnungsgemeinschaften unter strenger Kontrolle zu halten. Die große sozialpolitische Bedeutung der Verrechnungskreise soll mit diesen Worten nicht geschmälert werden.

Durch die Zinslosigkeit wird sich innerhalb der Verrechnungsgemeinschaften noch eine andere Wirkung ergeben. Es wird für normal-wirtschaftlich denkende Menschen wenig Anreiz mehr bestehen, Rücklagen zu machen. Insoweit sich also nicht ein gewisser Gemeinschafts-Idealismus über die Zinslosigkeit hinwegsetzt, wird weniger gespart werden. Jedenfalls werden Spargelder von Verrechnungsmitgliedern hauptsächlich als Eigenkapital, nicht als Fremdkapital Verwendung finden.

Die Zinslosigkeit wird jedoch andererseits wieder sehr günstig wirken. Das infolge des wirtschaftlichen und politischen Risikos übersteigerte Zinsniveau muß durch die neue Konkurrenz notwendigerweise zum Sinken kommen. Da das Kapitalangebot vermehrt ist, wird die Produktivität des Grenzkapitals niedriger liegen und bei ruhiger Weiterentwicklung wird die Wirtschaft durch neue Ersparnisse aus sich heraus die Arbeitslosigkeit überwinden. Nie allerdings wird der Kapitalzinsfuß null sein.

Die gegenwärtig bestehenden Arbeitsgemeinschaften sind in der „Deutschen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung aller Berufe in Hamburg e. V." zusammengeschlossen. Davon befindet sich die größte in Hamburg selbst, sie zählte am 1. September 1933 1600 Mitglieder in der Arbeitsgemeinschaft Groß-Hamburg und nahezu 2000 Mitglieder in der nebengeschalteten Arbeitsgemeinschaft deutscher Erwerbsloser e. G. m. b. H. Bisher sind 2 Privatbauten in den Hamburger Vororten zugeteilt worden, ferner wurden 18 000 RM für einen Umbau in der „Arbeitsgemeinde" Neugraben und 17 000 RM für den Ausbau von 17 Siedlungshäusern in der Stadtrandsiedlung Farmsen bewilligt[141]). Die Arbeitsgemeinschaft Mecklenburg e. V. hat bis 1. September Arbeiten für etwa 18 000 RM in Angriff genommen. Neben der schon länger bestehenden Arbeitsgemeinde Rostock ist kürzlich ein Wirtschaftskreis in Güstrow begründet worden[142]). Die Arbeitsgemeinschaft Thüringen in Gotha hat im August 1933 das erste mit Verrechnungskredit erbaute Privathaus fertiggestellt[143]) und außerdem Arbeiten für Baureifmachung eines Geländes geleistet[144]). Außerdem bestehen: Die bedeutende Arbeitsgemeinschaft Niedersachsen e. V. Lüneburg[145]), die Arbeitsgemeinschaft Altmark e. V. Stendal, die Arbeitsgemeinschaft Niederschlesien e. V. Waldenburg und die Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin e. V.

Der Selbsthilfe- und Tauschhandelsgedanke lebt aber auch außerhalb dieser Organisationen in vielen Köpfen Deutschlands. Besonders bekannt geworden ist uns der Siedler H. Dolle in Kleinenberg (Kreis

---

[141]) Für das Vorstehende vgl.: Deutsche Arbeit, Monatszeitschrift Hamburg, 1. 9. 33, S. 3.

[142]) Vgl. dafür: Deutsche Arbeit, a. a. O., 1. 9. 33. S. 3—4.

[143]) Vgl. Deutsche Arbeit, a. a. O., 1. 6. 33, S. 4, u. 1. 9. 33, S. 4.

[144]) Vgl. Deutsche Arbeit, a. a. O., 1. 8. 33, S. 3.

[145]) Vgl. Deutsche Arbeit, a. a. O., 1. 5. 33, S. 3.

Büren, Westfalen.) „Er hat zahlreiche Häuser, Ställe, Scheunen gebaut, Wälder gerodet, Straßen ausgebessert, Siedlerstellen geschaffen auf dem Wege der gegenseitigen Hilfe, ohne viel Geld nötig zu haben“ [146]). Manch andere haben es ebenso oder ähnlich wie Dolle gemacht.

Die nationalsozialistische Regierung hatte der Erweiterung der Verrechnungskreise zuerst abwartend gegenübergestanden, sie weder ermutigt noch gehemmt. Kürzlich ist jedoch Staatssekretär Feder in einer Erklärung, die er an die Presse gab [147]), von Geldexperimenten in der Bauwirtschaft abgerückt, und der Beauftragte des Führers für Wirtschaftsfragen, Wilhelm Keppler, hat die nationalsozialistischen Parteistellen und Parteimitglieder angewiesen, sich an privaten Geldschöpfungsversuchen nicht zu beteiligen [148]). Damit scheint gegen die Arbeitsgemeinschaften und die übrigen deutschen Hilfswirtschaften, soweit sie sich auf geldtechnischer Grundlage aufbauen, ein Schlag geführt zu sein, der ihre weitere Ausbreitung verhindern, vielleicht auch ihre völlige Auflösung herbeiführen wird. Vielleicht mag es aber auch Erich Schmidt gelingen, durch Verhandlungen mit der Regierung das Bestehen der Arbeitsgemeinschaften wenigstens in ihrem gegenwärtigen Umfange zu retten.

In Oesterreich sind seit dem Sommer 1931 Berthold Ottos Gedanken gleichfalls in die Tat umgesetzt worden. Am 18. September jenes Jahres wurde die erste Verrechnungsgenossenschaft unter dem Namen „Rechenwirtschaft“, Tausch- und Kreditvereinigung, reg. Gen. m. b. H., im Handelsgericht Wien eingetragen [149]). Es sind seitdem etwa 15 Verrechnungsgenossenschaften im ganzen Lande entstanden. Der „Bund für Rechenwirtschaft“, Wien, ist bestrebt, alle schon bestehenden Verrechnungsgenossenschaften zusammenzufassen und die Verrechnungswirtschaft weiter auszubreiten. Triebkraft dieser Bewegung ist der Ingenieur R. Soyka in Wien. Die Organisation weist viel Parallelen zu den deutschen Arbeitsgemeinschaften auf. Die Schlüsselzahl, die für die Darlehensvergebung bestimmend ist, wird jedoch auf noch viel kompliziertere Art festgestellt als bei den deutschen Arbeitsgemeinschaften. Die Zuteilung hängt bei der Genossenschaft „Rechenwirtschaft“ von 7 Faktoren ab [150]): Dem Grad der Teilnahme am Verrechnungsverkehr, der Höhe der angeforderten Darlehnssumme, der Intensität der Werbung neuer Mitglieder für die Rechenwirtschaft, dem Familienstand und der sozialen Lage des Darlehnssuchers, der Dauer der Mitgliedschaft, der Höhe der freiwillig geleisteten Vorauszahlungen und der Dringlichkeit des Zweckes.

Wir sehen deutlich, wieviel Verwaltungsarbeit geleistet werden muß, um die regulierende Wirkung des Zinses einigermaßen zu ersetzen.

---

[146]) Aus: Otto Remmert, Jeder kann helfen, Schriften zur volksorganischen Wirtschaft, H. 1, Bund f. Inneren Frieden, Gevelsberg i. W., S. 5.

[147]) Vgl. Vossische Ztg., 10. 8. 33, Abendausgabe, „Keine Geldexperimente“.

[148]) Vgl. Vossische Zeitung Nr. 429, 8. 9. 1933, Finanzblatt, „Gegen private Geldschöpfungsversuche“

[149]) Rich. u. H. Soyka, Notwende, Selbstverlag, Wien 13, 1932. 2. Aufl. S. 9.

[150]) Vgl. Notwende, a. a. O., S. 14—15.

Aus der Freiwirtschaftsbewegung heraus wurde 1926 das erste Tauschmittel von einer privaten „Tauschhandelsgesellschaft" herausgegeben, das bis zur Notverordnung gegen Ausgabe von Notgeld im Jahre 1932 unter dem Namen „Wära" umlief. In der Schweiz und in Liechtenstein sollen noch heute Wära-Scheine umlaufen.

Der sichtbarste Erfolg innerhalb Deutschlands gelang 1931 in der Gemeinde Schwanenkirchen (Obb.), wo mit Hilfe eines Wära-Kredites ein stillgelegtes Bergwerk wieder in Betrieb genommen und erhalten werden konnte[151]).

Als noch sehr viel bedeutsamer muß jedoch der Erfolg des Schwundgeldes in der österreichischen Gemeinde Wörgl (Tirol)[152]) angesprochen werden. Hier führte der Bürgermeister, als sich die Gemeindefinanzen Ende des Jahres 1931 hoffnungslos verschlechterten, ein Notgeld ein, das für Notstandsarbeiten der Gemeinde Verwendung findet. Da das Notgeld (die „Arbeitsbestätigungsscheine") monatlich 1 % Schwund erleidet, wenn es nicht mit einer Marke in Höhe von 1 % beklebt wird, ist sein Umlauf stark beschleunigt, immer wieder fließt es in die Gemeindekassen zurück. Die Steuerrückstände in der Gemeinde verminderten sich deshalb stark, und zwar sanken sie von August bis Ende 1932 von 118 000 auf 50 000 Schilling[153]).

Eine Einlösung der Arbeitsbestätigungsscheine in Währungsgeld bei der Raiffeisenkasse war möglich, wurde aber nicht häufig ausgeführt, da eine Rücklösungsgebühr von 2 % erhoben wurde.

Die Notgeldaktion wurde im Frühjahr 1933 von der Landesregierung auf Betreiben der österreichischen Nationalbank verboten. Einer Beschwerde des Ortes Wörgl beim Verwaltungsgerichtshof wurde nicht stattgegeben[154]).

Noch ein Wort über die sogenannten „Ausgleichskassen", die von Dr. Otto Dickel (Augsburg) in seiner Halbmonatszeitschrift „Deutsche Freiheit" (Leonberg/Stuttgart) und durch den „Reichsbund für Arbeitsbeschaffung" e. V. propagiert werden. Wir würden das System der „Ausgleichskassen" gar nicht erwähnen, weil sein Leitgedanke auf einer mangelhaften Kenntnis des Wirtschaftsablaufs beruht, wäre es nicht im Sommer 1931 in Rendsburg (Holstein) in die Praxis umgesetzt worden.

Der Gedanke der Ausgleichskassen ist, der öffentlichen Hand zinslos gegen geringen Verwaltungskostenbeitrag Kredite zur Verfü-

---

[151]) Für das Vorstehende vgl. Freiwirtschaft, Leipzig 1933 (13. Jg. H. 3) S. 85 (Georg Hanisch).

[152]) Vgl. über Wörgl: Voss. Ztg. 24. 5. 1933, Nr. 245, Finanzblatt S. 1, „Schwundgeld in Tirol"; Die Auslese, Berlin, August 1933, S. 625 ff.; Die Rettung Oesterreichs, 2. Teil, v. Hans Burgstaller, Aufwärts-Verlag Wörgl 1933.

[153]) Nach: „Für und wider Wörgl", Auslese, Berlin 1933, Sept. Beilage S. 5.

[154]) Vgl. dazu: Die Auslese, Berlin, Aug. 1933, S. 627 (Josef K. F. Neumann, „Der Versuch von Wörgl") und Neue Freie Prese, Wien, Nr. 24 853 S, 19. 11. 1933, S. 6.

gung zu stellen, mit denen sie Arbeiten zur „Lagewerterhöhung" vornehmen soll[155]). Eine Erhöhung des „Lagewertes" ruft z. B. ein Straßenbau hervor: Der Gegenwert der zinslosen Aufbaukredite bestehe nicht nur in der Straße, sondern außerdem in der gehobenen Steuerkraft der Grundstücksanlieger.

In Rendsburg wurden rund 200 Arbeiter bei Wasserbau- und Deichbauarbeiten sowie Erwerbslosensiedlung beschäftigt, bis eine Notverordnung im Herbst 1931 die Ausgleichsschecks verbot. Bei der Liquidation der Kredite, die sich auf rund 40 000 RM beliefen, soll kein Beteiligter Verluste erlitten haben[156]).

Der Rendsburger Versuch hatte offenbar die Grenze des verfügbaren ungenutzten Kapitals eingehalten; es ist klar, daß die Ausgleichskassen bei einer weiteren Ausbreitung unfehlbar inflatorisch wirken müßten, umsomehr, als eine Kreditgrenze nach obenhin nicht erkennbar ist.

---

[155]) Vgl. „Ausgleichskassen oder Verrechnungsgemeinschaften?" in Deutsche Arbeit, Monatszeitschr. Hamburg, Aug. 1933; Deutsche Freiheit, Leonberg-Stuttgart, 20. 9. 1933, S. 1, „Das Wesen der Ausgleichskassen".

[156]) Nach: O. Dickel, Arbeitsbeschaffung durch Ausgleichskassen, Eisen-Verlag, München 1932, S. 23.

Anhang B.

Unselbständige Hilfswirtschaften.

Unter „unselbständigen Hilfswirtschaften" wollen wir solche Hilfswirtschaften verstehen, bei denen ein Abhängigkeitsverhältnis zu einer Außenstelle deutlich erkennbar ist. Solche Hilfswirtschaften bestehen in der Regel lediglich aus sozialpolitischen Gründen, der Staat oder private Fürsorgeorgane geben die nötige Unterstützung.

Der Lederer-Plan selbst hat sich nach seiner Veröffentlichung im Anfang des Jahres 1932 nicht durchsetzen können. Nur an einzelnen Stellen sind seine Gedanken weiter verfolgt und zum Teil in die Tat umgesetzt worden.

Die freien Gewerkschaften haben ihn aufgenommen, indem sie die Forderung aufstellten, der freiwillige Arbeitsdienst sei auf die Aufgabe zu beschränken, die Versorgung der Erwerbslosen durch Hilfsarbeit zu verbessern [1]).

Reichsbankpräsident Luther verwendete im Mai 1932 Lederers Gedanken zu einem eigenen Vorschlag [2]). Stilliegende Betriebe sollten wieder mit Erwerbslosen besetzt werden. Die Erwerbslosen sollten ihre Unterstützung weiterbeziehen und „als Zusatzentgelt einen Anspruch auf bestimmte Teilerträge dieser neuen Naturalwirtschaft, also . . . . . auf Schuhe, Kleider, Hausrat, Möbel usw." [3]) bekommen. Im übrigen sollten sie Gebrauchsartikel für arbeitslose Siedler herstellen. Diese Erwerbslosenproduktion sollte nur einen Teil einer großen Hilfswirtschaft darstellen, in der der freiwillige Arbeitsdienst, Reich, Länder und Gemeinden am Aufbau von Siedlungsstellen mithelfen. Land, Holz und Arbeitskräfte sollten geldlos den Siedlern zur Verfügung gestellt werden [4]).

„Der Deutsche Volkswirt" schlägt bei der Besprechung von Luthers Rundschreiben eine Erweiterung in der Richtung vor, daß man den hilfswirtschaftlich beschäftigten Erwerbslosen auch Nahrungsmitel, vor allem Butter und Fleisch, verschaffen sollte. „Vielleicht könnte man die Zwischenbewirtschaftung zusammengebrochener Groß-

---

[1]) Vgl. „Material für ein Wirtschaftsprogramm der freien Gewerkschaften", Veröffentlichung der zweiten AFA-Bundesausschußsitzung vom 22. März 1932, Richtlinien zur Wirtschaftspolitik, I, Punkt 4.

[2]) Vgl. „Frankfurter Zeitung" 15. 5. 32. „Luther über Arbeitsbeschaffung"; Wirtschaftsdienst Hamburg, 17. Jg. S. 687 (20. 5. 1932); Dt. Volkswirt VI, 34. S. 1108/09 (20. 5. 32.)

[3]) „Der Oesterreichische Volkswirt" 24. Jg. S. 816/17 „Geldlose Hilfswirtschaft" (21. 5. 1932).

[4]) „Frankfurter Zeitung" a. a. O.

betriebe dazu ausnutzen, die ja ohnehin in ziemlich großem Umfang notwendig sein wird, weil die Besetzung des Landes mit Siedlern viel langsamer vor sich gehen wird als die von der Not erzwungene Uebernahme des Bodens durch die Siedlungsgesellschaften oder ähnliche Instanzen. Aus den Naturalerträgen dieser Zwischenwirtschaften wären also Zuweisungen an die industrielle Hilfswirtschaft vorzunehmen, die als Entgelt dafür die künftigen Siedler während der Erstellung der Siedlerstellen mit industriellen Konsumgütern versorgt." [5])

Daß Erwerbslose für Erwerbslose unter der Regie des Wohlfahrtsamtes dringende Bedarfsgüter produzieren, ist jetzt in zahlreichen deutschen Städten üblich [6]). Neuanfertigungsbetriebe sind dabei seltener als Reparaturwerkstätten, die letzteren hängen häufig mit den Erwerbsbeschränkten-Werkstätten [7]) zusammen, die manchmal durch Einstellung von städtischen Wohlfahrtsempfängern wesentlich erweitert sind. In Dresden soll der Anteil von wohlfahrtserwerbslosen Facharbeitern 70 % und die Ersparnis im Etatsjahr durch die Einrichtung der Werkstätten 130 000 Reichsmark betragen [8]). Meist handelt es sich um Schuhmacherwerkstätten, Näh- und Flickstuben, in beschränktem Umfang um Tischlereien und Polsterwerkstätten. Die Arbeitskräfte werden entweder nach Tariflohn oder wie Fürsorgearbeiter entlohnt. Nicht immer ist der einzige Zweck die Versorgung der hilfsbedürftigen erwerbslosen Bevölkerung allein; dann steht der Regiebetrieb in direkter Konkurrenz mit dem örtlichen Handwerk. Die Reparaturen werden teils unentgeltlich (unter Zuschuß vom Wohlfahrtsamt) oder zu Selbstkosten- oder zu Pauschalsätzen ausgeführt. Ein Regiebetrieb mit Neuanfertigung von Bedarfsgütern befindet sich in Landeshut. Dort hat die Stadt eine stilliegende Leinenweberei übernommen und läßt durch erwerbslose Jugendliche Unterwäsche- und Hauswäschestoffe für Hilfsbedürftige herstellen [9]).

Aktionen der Gegenseitigkeitshilfe unter den Erwerbslosen sind in kleinem Umfange in vielen deutschen Städten vorgekommen [10]) und kommen noch vor. Der erste und unseres Wissens bisher einzige organisierte größere Betrieb ist das Soziale Werkstätten Kollektiv in Berlin-Charlottenburg [11]). Es ist in einer leerstehenden Baracke eines Gaswerks untergebracht, welche sich die Erwerbslosen zu einer Schneiderei und Flickstube, einer Schuhmacherei, einer Tischlerei, einer

---

[5]) „Der Deutsche Volkswirt" VI. Jg. S. 1109.

[6]) Vgl. Karl Hämmerling „Die Arbeitsfürsorge für Wohlfahrtserwerbslose" Berlin, 1931, S. 20—21.

[7]) Ueber deren Problematik vgl.: Soz. Prax. 1927 Sp. 685.

[8]) Vgl. „Die Gemeinde" IX, 781—2 (Sept. 1932).

[9]) „Die Gemeinde" IX. Jg. S. 781.

[10]) „Der Oesterreichische Volkswirt" 24. Jg. S. 816.

[11]) Für das Folgende vgl.: „Vossische Zeitung" 28. 2. 33, Nr. 99 „Selbsthilfe hilft den Arbeitslosen". „Tägliche Rundschau", 3. 3. 33. „Soziales Werkstätten Kollektiv".

Polsterei, einer Klempnerei, einer Metall- und Wohnungsreparatur-Werkstatt und einer Wäscherei eingerichtet haben. Etwa 50 Erwerbslose sind hier täglich für einander tätig; will ein Außenstehender, der gleichfalls erwerbslos ist, eine Reparatur, wird ihm Gelegenheit gegeben, mitzuarbeiten. Die Materialien für die Arbeit sind durch Spenden beschafft worden. Dabei werden viele auf dem freien Markt nicht mehr verwendbare Reste, z. B. alte Treibriemen (zur Schuhbesohlung), alte Bretter, Altmetall, Stoffreste weiter verwendet.

Es wird streng darauf gesehen, daß nur zusätzliche, d. h. sonst finanziell nicht zu ermöglichende Arbeit geleistet wird, damit dem Handwerk und den noch in Arbeit befindlichen Kollegen keine Konkurrenz gemacht wird. Die innerhalb des Kollektivs geleisteten Arbeitsstunden einerseits, die empfangenen Reparaturen andererseits werden nicht streng gegeneinander abgerechnet, der unter dem Erwerbslosen-Kollektiv herrschende Idealismus sieht neidlos, daß dem Bedürftigen zuerst und vornehmlich geholfen wird. Dennoch fehlt nicht eine Verrechnungsstelle, welche die Leistungen und die Ansprüche aller Mitglieder des Kollektivs aufzeichnet und zugleich die Arbeitsaufträge annimmt.

Außer dem Charlottenburger Werkstättenkollektiv gibt es in Berlin als Erwerbslosenselbsthilfe auch Erwerbslosen-Wohnheime, die manchmal auch als Wohn- und Werkheim kombiniert sind. Die Arbeit, die sich die Erwerbslosen dabei gegenseitig leisten, beschränkt sich jedoch fast ausschließlich auf den Innendienst der Wohngemeinschaft (wie Kochen, Waschen, Nähen und dergl.). Von Erwerbslosen-Werkstätten in anderen Städten ist uns nur eine Selbsthilfe-Werkstatt in Mannheim bekannt geworden[12]), die im Winter 1932/33 begründet worden ist. Die Stadt stellte die Räume zur Verfügung, Industrie- und Handwerksfirmen spendeten Werkzeuge und Materialien (im wesentlichen Alt-, Abfall- oder sonst geringwertiges Material), und aus der Arbeit der Erwerbslosen entstand allerlei nützlicher Hausrat, den sie für den eigenen Gebrauch herstellten. Eine strenge Betriebsorganisation, wie in Charlottenburg, fehlt offenbar, Form und Ziel der Arbeit scheinen dem einzelnen Fall angepaßt zu werden.

Neuerdings sind in den Vereinigten Staaten öffentliche Fürsorgeverbände dazu übergegangen, Erwerbslose für einander arbeiten zu lassen. Aus Reading in Pennsylvania[13]) ist uns bekannt geworden, daß das dortige „county relief program" Arbeiten wie Besorgung von Feuerungsmaterial, Reparaturen von Kleidungs- und Einrichtungsgegenständen, Neuanfertigung von Kinderkleidung und Bettdecken enthält. Die Arbeiten werden nur durch Erwerbslose ausgeführt, die pro Arbeitsstunde Anweisungen auf Bedarfsgüter im Werte von 40 cents und einen Bonus in bar von 5 cents erhalten.

---

[12]) Vgl. „Vossische Zeitung" 13. 10. 1933, Nr. 489. 1. Beil. „Arbeitslose helfen sich selbst".

[13]) Vgl. „The Survey" July 1933, pp. 262/63.

Da die Organisation dieser Arbeiten von einer öffentlichen Stelle herkommt, rechnet man sie nicht der amerikanischen Selbsthilfebewegung zu[14]).

An dieser Stelle können noch die in England seit der zweiten Hälfte des Jahres 1931 eingerichteten Beschäftigungswerkstätten für Erwerbslose (occupational centres) Erwähnung finden. Sie verfolgen wohl vornehmlich den Zweck, den Arbeitslosen wieder mit Arbeit vertraut zu machen und ihm Freude an der Arbeit zu geben, darüber hinaus aber dienen sie auch dazu, daß die Erwerbslosen für ihren gegenseitigen Bedarf Güter herstellen. Die occupational centres sind teils durch die Gemeinde oder einen privaten Fürsorgeverein aufgebaut, teils aus der Selbsthilfe der Erwerbslosen entsprungen. Größere occupational centres arbeiten meist unter einem Leiter, der ehrenamtlich tätig ist oder geringes Gehalt empfängt, kleinere bedürfen der Aufsicht nur während der Zeit des Aufbaus. Schuhreparaturen und Tischlerarbeiten sind die häufigsten Tätigkeiten, doch werden auch andere Arbeiten gepflegt. Werkzeuge und Raum werden von der Gemeinde oder privaten Firmen zum Gebrauch unentgeltlich überlassen, die Roh- und Hilfsstoffe stammen meist aus Schenkungen oder werden zu Selbstkostenpreisen erworben. Ueber geringe Barmittel verfügen die Erwerbslosen ja dank der Unterstützung. Ihr Unterstützungsbezug beschränkt aber auch ihre Arbeit auf die gegenseitige Hilfe, die eine zusätzliche Versorgung darstellt, und schließt Absatz auf dem freien Markt aus, da die Erwerbslosen sonst ganz oder teilweise ihrer Erwerbslosenunterstützung verlustig gingen[15]). Am 1. März 1933 gab es 593 „occupational centres" in England — gegen erst 314 am 1. Februar 1933[16]). Diese Zahlen beweisen den großen Aufschwung, den diese Idee der Erwerbslosenhilfe in der letzten Zeit genommen hat.

In England findet sich daneben ebenfalls die zusätzliche Versorgung Arbeitsloser mit kleinen Landparzellen (Allotments), die sie selbst bebauen müssen[17]).

---

[14]) Vgl. über die amerikanische Selbsthilfebewegung oben S. 77 ff. Zwar weist sie einige Parallelen zum Lederer-Plan auf — auch ihre Barkosten werden häufig durch öffentliche Gelder gedeckt, und die Produktion einzelner Gruppen wird planmäßig vorher bestimmt — doch ist ihre Grundtendenz die eines selbständigen Zusammenschlusses und kooperativen Zusammenarbeitens.

[15]) Vgl. Unemployment and Opportunity, publ. by The National Council of Social Service. London 1932—33. 24 pp., spez. pp. 6—13; The New York Times 8. 1. 1933 Sect. 4. p. E 3 (Ferdinand Kuhn jr.)

[16]) Industrial and Labour Information Vol. XLVI, pp. 43/4.

[17]) Unemployment and Opportunity a. a. O. pp. 15/6.

Literaturverzeichnis.

Graham, Frank D.: The Abolition of Unemployment, Princeton, N. J., U. S. A., 1932.

Lederer, Emil: Planwirtschaft, 1932, Tübingen.

Lederer, Emil: „Arbeit für Erwerbslose" in Berliner Tageblatt, 6. 2. 1932, Morgenausgabe.

A. Zum theoretischen Teil:

Adler, Georg: Ueber die Aufgaben des Staates angesichts der Arbeitslosigkeit. Tübingen 1894.

Berechnungen der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik für die praktische Durchführung des Lederer-Planes. 1932/33. (Ungedruckt.)

Braun, Martha Stephanie: Theorie der staatlichen Wirtschaftspolitik. Leipzig und Wien 1929.

Goldschmidt, Ilse: Arbeitsfürsorge. Köln Diss. 1929.

Haber, Franz: Untersuchungen über Irrtümer moderner Geldverbesserer. Jena 1926.

Hämmerling, Karl: Die Arbeitsfürsorge für Wohlfahrtserwerbslose. Berlin Diss. 1931.

Hayek, F. A.: Preise und Produktion. Wien 1931.

Hayek, Friedrich A.: Gibt es einen Widersinn des Sparens? Wien 1931.

Henderson, Leon: „The Princeton Plan" in The Survey, New York, April 1933.

Hohensyburgtagung für Gemeinwirtschaft, Die. Herausgegeben vom SPD-Bezirk Westl. Westfalen. 1932. (Als Manuskript gedruckt.)

Internationales Arbeitsamt Genf: Arbeitslosigkeit und Oeffentliche Arbeiten. Studien und Berichte, Reihe C Nr. 15. Genf 1931.

Jores, Hans: Die bedeutsamsten Versuche zur Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit in Deutschland in der Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegszeit. Diss. Würzburg 1927.

Kamrath, Friedrich: Die Produktive Erwerbslosenfürsorge durch Förderung arbeitsbeschaffender Maßnahmen aus öffentlichen Mitteln. Bln. Diss. 1924. (Maschinenschrift.)

Keynes, John Maynard: Vom Gelde. München 1932.

Kiehl, Hermann: Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge und strukturelle Arbeitslosigkeit in Deutschland. Königsberg Diss. 1929.

Kress, Andrew J.: Capitalism, Cooperation, Communism. Washington 1932.

Lautenbach, Wilhelm: Die Arbeitsbeschaffung im Rahmen des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung. Selbstverlag des Reichsverbandes Industrieller Bauunternehmungen e. V. 1932.

Lederer, Emil: Wege aus der Krise. Ein Vortrag 1931.

Lederer, Emil: „Der Zirkulationsprozeß als zentrales Problem der ökonomischen Theorie" in Archiv f. Sozialwiss. u. Sozialpol. Bd. 56 H. 1.

Lederer, Emil: Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit. Tübingen 1931.

Lederer, Emil: „Zur Morphologie der Krisen" in Wirtschaftstheorie der Gegenwart, 1928 Bd. IV.

Lederer, Emil: „Konjunktur und Krisen" in Grundriß der Sozialökonomik, Bd. IV, 1, S. 354 ff. Tübingen 1925.

Löwe, Adolf: „Wie ist Konjunkturtheorie überhaupt möglich?" in Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 24, S. 165 ff.

Lukas, Eduard: Das wahre Wesen und die wahren Aufgaben der Arbeitslosenversicherung und der produktiven Arbeitslosenfürsorge. Graz 1926.
Milhaud, Edgard: „Ein Plan zur sofortigen Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Krise" in Annalen der Gemeinwirtschaft, Jg. 8, H. 1, S. 1—26. (Januar/April 1932).
Mises, Ludwig: „Interventionismus" in Archiv für Sozialwiss, u. Sozialpol. Bd. 56 H. 3.
Mitnitzky, Mark: „Wirtschaftsschrumpfung ohne Ende?" in Gesellschaft, Berlin 1932, S. 148 ff.
Moll, Bruno: Gerechtigkeit in der Wirtschaft? Berlin 1932.
Moll, Bruno: Die modernen Geldtheorien und Währungssysteme. Stuttgart 1926.
Müller, Richard: Ein deutscher Dreijahres-Plan zur Behebung der Arbeitslosigkeit. 1932.
Oppenheimer, Franz: Wert und Kapitalprofit. 1926.
Peschel, Curt: Die Eingliederung der Arbeitslosenversicherung in unser wirtschaftspolitisches System. Berlin Diss. 1930.
Pigou, A. C.: Industrial Fluctuations. London 1927.
Pommernelle, Lothar: Die Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Jena Diss. 1929.
Reichsarbeitsblattes, Sonderveröffentlichung des. Gutachten zur Arbeitslosenfrage vom 27. März und 29. April 1931.
Rittershausen, Heinrich: Der Neubau des deutschen Kreditsystems. Berlin 1932.
Rittershausen, Heinrich: Arbeitslosigkeit und Kapitalbildung. Jena 1930.
Schiff, Walter: Die Planwirtschaft und ihre ökonomischen Hauptprobleme 1932.
Schulz, Gerhard Heinrich: Die Idee der produktiven Erwerbslosenfürsorge in Theorie, Praxis und Politik. Hamburg Diss. 1930.
Schwoner, Alfred: „Die Anstoßwirkung der Gütervermehrung auf die Produktion" in Arch. f. Sozwiss. u. Sozpol. Bd. 63, S. 43 ff. 1930.
Strigl, Richard: Angewandte Lohntheorie. Leipzig und Wien 1926.
Stucken, Rudolf: Die Konjunkturen im Wirtschaftsleben 1932.
Syrup: Der freiwillige Arbeitsdienst für die männliche Jugend. Sonderdruck aus dem Reichsarbeitsblatt. Berlin 1932.
Wagner-Roemmich: „Bemerkungen zu Lampes „Notstandsarbeiten oder Lohnabbau"" in Jahrb. f. Nationalök. u. Stat. 1928 H. 1.

B. Zum geschichtlichen Teil:

Brydges, Sir Egerton: Arguments in favor of the practicability of relieving the able-bodied poor, by finding employment for them. 8. Apr. 1817 in: The Pamphleteer. Vol. XI.
Danemark, Le. Etat actuel de sa civilisation et de son organisation sociale. Publ. par J. Carlsen, H. Olrik, C. N. Starcke. Copenhague 1900.
Darmstaedter, P.: Die Vereinigten Staaten von Amerika, Leipzig 1909.
Emminghaus, A.: Das Armenwesen und die Armengesetzgebung i. d. europ. Staaten. Berlin 1870.
Felt, Joseph B.: Massachusetts Currency. Boston 1839.
Florencourt, F. von: „Pauperismus und Proletariat" in Archiv der politischen Oekonomie, Neue Folge Bd. 7. 1848.
Garve, Christian: Anhang einiger Betrachtungen über Johann Macfarlans Untersuchungen die Armuth betreffend, und über den Gegenstand selbst, den sie behandeln. Leipzig 1785.
Gide-Rist: Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen. Jena 1913.
Hale, Sir Matthew: The Works, Moral und Religious. herausgeg. v. T. Thirlwall. London 1805.
Hammond, J. L. and Barbara: The Village Labourer 1760—1832. London 1924.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1. Aufl. Bd. 5, Art. „Nationalwerkstätten"; 2. Aufl. Bd. 1, Art. „Armenwesen", „Arbeitslosigkeit"; 4. Aufl. Bd. 1, Art. „Armenwesen".
Harl, J. P.: Entwurf eines rationellen und allgemeinen Armen-Versorgungs-Systems. Frankfurt am Main 1825.
Haxthausen, Aug. Friedr. von: Die ländliche Verfassung in den einzelnen Provinzen der preuß. Monarchie. Königsberg 1839.
Heiberg, C.: Mittheilungen über das Armenwesen mit Rücksicht auf die Herzogthümer Schleswig und Holstein. Altona 1835.
Hoffmann, J. G.: Sammlung kleiner Schriften. Berlin 1843.
Kottwitz, Freiherr von: Ueber Armenwesen. Berlin 1809.
Kries, Gustav: Die englische Armenpflege. Berlin 1863.
Krug, Leopold: Abriß der Staatsökonomie. Berlin 1808.
Lawätz, J. D.: Ueber die Sorge des Staats für seine Armen und Hülfsbedürftigen. Altona 1815.
Lindemann, H.: Arbeiterpolitik und Wirtschaftspflege in der deutschen Städteverwaltung. Bd. 1. Stuttgart 1904.
Loening, E.: „Armenwesen" in Schönbergs Handbuch III S. 981 ff.
Macfarlan, John: Untersuchungen über die Armuth. Uebersetzt von Chr. Garve. Leipzig 1785.
Marburg, J.: Die sozialökonomischen Grundlagen der englischen Armenpolitik im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts. Freiburg Diss. 1912.
Melle, W. von: Die Entwicklung des öffentlichen Armenwesens in Hamburg. Hamburg 1883.
Nachricht an das Publikum von einer neuen Verfassung der Armenpflege in Kopenhagen usw.: welche auf Sr. Königl. Majestät Befehl durch die Königl. Direktion der allgemeinen Pflege-Anstalt zu Stande gebracht werden soll. Kopenhagen November 1771.
Nathanson, M. L.: Dännemarks Handel, Schifffahrt, Geld- und Finanzwesen von 1730 bis 1830. Kopenhagen 1832.
Nicholls, Sir George: A history of the English Poor Law etc. London 1854. Vol. 2.
Nielsen, Axel: Dänische Wirtschaftsgeschichte. Jena 1933.
Resewitz, Friedrich Gabriel: Ueber die Versorgung der Armen. Kopenhagen 1769.
Rochow, Friedr. Eberh. von: Versuch über Armen-Anstalten. Berlin 1789.
Roscher, Wilhelm: System der Armenpflege und Armenpolitik. Berlin 1906.
Rulffs, Aug. Friedr.: Werk- und Zuchthäuser. Göttingen 1783.
Schmoller, Gustav: Die soziale Frage. München und Leipzig 1918.
Schriften des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit. Leipzig. 1887—1901. Hefte 4, 5, 35, 42, 43, 52.
Tooke and Newmarch: Die Geschichte und Bestimmung der Preise. Deutsch von Asher. 1858. Bd. 1.
Tourbié: Dänisches Armenrecht. Berlin 1892.
Vives, Joan. Ludovicus: Opera omnia. Valentia 1783. Vol. 4 „De subventione pauperum".
Voght, Baron von: Ueber die Hamburgische Armenanstalt v. J. 1788 bis 1794. Aus dem Englischen übersetzt v. J. J. Eschenburg (1796). Angehängt: Die Hamburgische Armenanstalt 1830, von C. W. Asher. Lüneburg 1832.
Webb, Sidney and Beatrice: English Poor Law History, Vol. I. London 1927.
Weeden, William B.: Economic and social history of New England, 1620—1789. Boston and New York 1890.
Wessel: „Die Praxis des Rechts auf Arbeit" in Preuß. Jahrbücher, Bd. 54. S. 44.

C. Ueber die bestehenden Hilfswirtschaften:

American Bankers Association Journal, March 1933. New York.
Auslese, Die. Berlin. Jg. 1933.

Bestimmungen und Satzungen der Arbeitsgemeinschaft „Oberschlesien" e. V. Oppeln 1932.
Bestimmungen und Satzungen, „Deutsche Arbeitsgemeinschaft" Hamburg. 3. Aufl. 1933.
Christian Science Monitor, The. Boston, 17. 1. 1933.
Deutsche Arbeit, Hamburg. Jg. 1933.
Deutsche Freiheit, Leonberg-Stuttgart. Jge. 1 und 2.
Dickel, Otto: Arbeitsbeschaffung durch Ausgleichskassen. Eisen-Verlag, München 1932.
Emergency Exchange Association, Inc., New York: The self-help system and procedure in setting up a local mutual exchange. New York, 4. April 1933. (Maschinenschrift.)
Freiwirtschaft, Leipzig. Jahrgang 1933.
Halbe, Albert: Die Arbeitsgemeinschaft OS. Verlag Korn, Breslau. 1932.
Harper's Magazine, July, August, September 1933. London and New York.
Hochwart, Der. Jg. III H. 1.
Literary Digest, The. 15. 10. 1932. New York.
Midwest Exchange, The: How the Exchange works. Yellow Springs, Ohio, 1933.
Midwest Exchange, The program and policies of the. Yellow Springs, Ohio, U.S.A. 1933.
Monthly Labor Review. United States Department of Labor. Vol. 36 No. 3—6. Washington, D.C., 1933.
Nation, The. Jge. 1931—33. New York.
National Council of Social Service: Unemployment and Opportunity. London 1932/33.
National Council of Social Service: The Twelfth Annual Report „Voluntary Service". London 1932.
New Republic, The. New York. Jge. 1932/33.
New York Times, The. 1932/33.
North American Review. New York. Febr. 1933.
Otto, Berthold: Der Zukunftsstaat als sozialistische Monarchie. Berlin 1910.
Soyka, Richard und J. Helma: Notwende. Wien 1932. Selbstverlag.
Survey, The. New York. Jg. 1933.
Survey Graphic, The. New York. Jg. 1933.
Weishaar, Wayne, and Wayne Parrish: Men without money. New York 1933.

D. Benutzte Zeitschriften und Zeitungen

(außer den bereits genannten).

Arbeitgeber, Der. 16. Jg. 1926.
Berliner Börsen-Zeitung. Jg. 1932.
Berliner Tageblatt. Berlin 1932/33.
Deutsche Oekonomist, Der. 50. Jg. 1932.
Deutsche Volkswirt, Der. Jge. 1—7. Berlin.
Frankfurter Zeitung, Frankfurt am Main. 1932.
Gemeinde, Die. Jg. IX. 1932. Berlin.
Informations Sociales. Bureau International du Travail. Vol. I—XLVI.
Internationale Rundschau der Arbeit. Internationales Arbeitsamt Genf. Jge. 1—10.
Monthly Labor Review, Washington 1933. No. 3—6.
Oesterreichische Volkswirt, Der. 19. Jg., 24. Jg. Wien.
Reichsarbeitsblatt. Teil II. Berlin 1930 u. 1931.
Soziale Praxis. Berlin. Jge. 1925—32.
Tägliche Rundschau, Berlin. Jg. 1933.
Vossische Zeitung. Berlin. Jge. 1931—33.
Wirtschaftsdienst, Hamburg. Jge. 1925—32.

Ich versichere hierdurch an Eides Statt, daß ich außer den vorstehend angegebenen Quellen für die Ausarbeitung meiner Dissertation keinerlei Hilfsmittel benutzt und mich keiner fremden Hilfe bedient habe.

Charlottenburg 2, den 10. 11. 1933.

Gerd Bollert.

Lebenslauf.

Als Sohn des Rechtsanwalts und Notars Justizrat Dr. Gerhart Bollert wurde ich am 7. Mai 1909 zu Berlin geboren. Ostern 1915 kam ich in die Vorschule des staatlichen Kaiserin-Augustagymnasiums zu Charlottenburg und besuchte dies Gymnasium bis zur Reifeprüfung im März 1928 ohne Unterbrechung, abgesehen von einem fast einjährigen Urlaub infolge einer schweren Erkrankung. Ich studierte im ersten Semester in Heidelberg, vom Wintersemester 1928/29 an in Berlin, meine Fächer waren Nationalökonomie und Geographie, später auch Jurisprudenz. Das Diplomvolkswirtsexamen bestand ich während meines achten Semesters am 14. Juni 1932.